



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Steigende Flüchtlingszahlen:

Geplante Entlastung der Kommunen

Spitzengespräch zwischen Kanzlerin Merkel und bayerischen kommunalen Spitzenvertretern

Ein ungeschöntes Bild von der Lage in den Grenzregionen Bayerns haben Spitzenvertreter des Bayerischen Landkreistags, Städtetags und Gemeindetags bei einem Gespräch mit Kanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt gezeichnet. Unisono wurde ein „sehr offenes Gespräch“ konstatiert, in dem die akuten Probleme aufgenommen und eine Lösung zugesagt worden sei. Vereinbart wurde, dass künftig auch die Repräsentanten Bayerns in die monatlichen Informationsrunden mit den kommunalen Spitzenvertretern eingebunden werden.

Wie Landkreistagspräsident Christian Bernreiter nach dem Gespräch deutlich machte, habe man unter anderem über die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und den Wohnungsbau diskutiert – vor allem aber darüber, dass die hohen Zugangszahlen kaum mehr zu meistern sind. „Angela Merkel war auch über die Situation in den Grenzregionen sehr gut informiert. Die ganze Dramatik der Grenzregionen hat sie aber logischerweise nicht gekannt. Sie hat uns erwidert, dass sie Tag und Nacht an einer Lösung

arbeitet und dass die Rückführung der nicht Asylberechtigten verstärkt werden muss“, so der Verbandschef.

Völlige Überlastung

Bernreiter habe ihr von völlig überlasteten Jugendamts-Mitarbeitern bis hin zu Burn-Out-Fällen berichtet, von täglich 1.000 ankommenden Flüchtlingen im 9.000-Einwohner-Ort Simbach am Inn und davon, dass er als Landrat jüngst 35 Objekte abklappern

vität habe er eine Stimmung wie jetzt noch nicht erlebt. Diesen Eindruck schilderte der Deggen-dorfer Landrat auch der Kanzlerin. „Ganz normale Menschen rufen uns Landräte an und fragen, ob wir noch wissen, was wir tun.“ Aus bürgerlichem Mund würde massive Angst und tiefe Sorge formuliert, was verständlich sei. Hinter den hohen Zugangszahlen stehe in der Praxis immenser Bedarf an Raum, Betten und sonstiger Versorgung. „Die Zeit der einfachen Lösungen ist vorbei.“ Dieses Fazit würden alle bayerischen Landräte ziehen, egal von welcher Partei.

Belastung der Grenzregion

„Wann und wie stoppen wir diese Völkerverwanderung? Diese Frage haben wir auch Angela Merkel gestellt“, hob Bernreiter hervor. Die Kanzlerin habe den bayerischen Landkreisen ihre höchste Anerkennung ausgesprochen und versich-

ert, sie wisse um die Belastungen der Grenzregionen. Diese gilt besonders bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UmF). Bis dato sind für diese Gruppe die Jugendämter der Grenzlandkreise zuständig, in denen sie in Deutschland ankommen. „Das war nicht mehr zu schultern“, so der Deggen-dorfer Landrat.

Bundesweite Verteilung

Bund und Länder hätten sich nunmehr auf eine bundesweite Verteilung geeinigt (siehe Kasten S.4). Dabei werde berücksichtigt, dass Bayern bei den UmF schon weit über dem Soll ist. Trotzdem: „Auch bei den unbegleiteten Minderjährigen muss noch nachgebessert werden.“ Der Gesetzentwurf solle für eine gewisse Entlastung Bayerns, Sorge aber auch bei der Finanzierung nicht für echte Gerechtigkeit zwischen den Ländern.

„Auch wenn Angela Merkel nicht bei uns vor Ort war – jetzt weiß sie aus erster Hand, was wir leisten“, zog der Landkreistagspräsident ein Fazit des Gesprächs. „Wir werden jetzt ganz genau darauf achten, was sie aus diesem Wissen macht.“

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zufolge hat Bundeskanzlerin Merkel versichert, dass sich die Bundesregierung mit den Ländern um eine zügige Rückführung nicht anerkannter Asylbewerber bemühen werde, alle Möglichkeiten (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale 2015 in Nürnberg:

Zukunftsthemen und Alltagsfragen

Für Bürgermeister, Behördenchefs und Abteilungsleiter ist der 14. und 15. Oktober 2015 im Nürnberger Messezentrum ein Pflichttermin: Dann nämlich findet die KOMMUNALE, Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf statt. Hier treffen sich Entscheider und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung. Parallel zur Ausstellung lädt der Bayerische Gemeindetag zu seiner Jahrestagung ein.

300 Aussteller präsentieren ihre Produkte und Dienstleistungen. Die kommunale Fachmesse, die erstmals im NCC Mitte stattfindet, ist eine Veranstaltung mit bundesweitem Anspruch, was sich im Ausstellerportfolio widerspiegelt. Ob kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung: „Es ist ein Mehrwert für die Besucher, dass sie bei der KOMMUNALE auf Menschen treffen, die die gleichen Themen bewegen. Es sind die großen Zukunftsthemen ebenso wie pragmatische Alltagsfragen, die hier besprochen werden – und für die es Lösungen gibt“, betont Projektverantwortlicher Werner Richthammer.

Folgende Themen stehen unter

anderem auf der Tagesordnung:

- Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – die neue Heimatstrategie des Freistaats
- Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr?
- CO2-freie Energieversorgung
- Breitbandförderung
- Zukunft des Einheimischenmodells
- Kommunaler Finanzausgleich
- Frauen führen Kommunen
- Asyl in Bayern.

Zum Dialog mit der Staatsregierung laden Präsident Dr. Uwe Brandl und das scheidende Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse die Staatsminister Ilse Aigner, Joachim Herrmann, Emilia Müller und Dr. Markus Söder ein. Außerdem werden Repräsentanten aus Ministerialbürokratie, Wissenschaft und Wirtschaft für Informationen zur Verfügung stehen. □



GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 5. November 2015 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 3. Bayerischen Breitbandforum in die Stadthalle Neusäß bei Augsburg ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum der Bayerischen Gemeindezeitung kostenfrei. Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

musste, um eine neue Unterbringungsmöglichkeit zu schaffen. „Das sind die Probleme, mit denen unsere 71 Landrätinnen und Landräte täglich zu kämpfen haben“, unterstrich Bernreiter. „Berlin muss diesen Ernst der Lage erkennen. Deswegen war unser Besuch unbedingt nötig.“

Es gehe nicht darum, zu jammern, so der Landkreistagspräsident. Aber: „Als wir enorme Zugänge in München verzeichneten, redeten andere Länder von Willkommenskultur und nahmen dann doch keine Flüchtlinge auf.“ Es gehe darum, ein realistisches Bild davon zu vermitteln, was die enorm hohen Flüchtlingszahlen vor Ort wirklich bedeuten – und dann den Bund zum Handeln zu bringen. „Ohne einen Masterplan kommen wir nicht weiter“, betonte Bernreiter.

In 35 Jahren politischer Akti-

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Explodierende Kosten

Eine teure Weinstube, ein kostspieliges Prestigeobjekt und Medaillen aus purem Gold für verdiente Stadträte: Bei der Vorlage des Schwarzbuchs 2015 in München beklagten BdSt-Präsident Rolf von Hohenhausen und seine Stellvertreterin Maria Ritch, erneut zahlreiche Fälle von Steuergeldverschwendung im Freistaat.

Fall 1: Zu einem Dauerbrenner in den Schwarzbüchern des Bundes der Steuerzahler wird die zweistöckige Straßenbahnunterführung am Augsburger Hauptbahnhof. Schon in der Planungsphase sind die Kosten von Jahr zu Jahr gestiegen. Der BdSt befürchtet, dass am Ende rund 300 Mio. Euro im Tunnel verschwunden sein werden.

Fertigstellung verzögert

Doch nicht nur die Kosten sind explodiert. Auch die Fertigstellung des Tramtunnels samt unterirdischer Haltestelle wird sich verzögern. Statt im Jahr 2019 wird der Tunnel wohl erst im Jahr 2022 fertig sein, was sich sicherlich wieder kostenträchtig auswirken wird.

In Anlehnung an das Bahnprojekt „Stuttgart 21“, das finanziell aus dem Ruder gelaufen ist, geht man jetzt schon davon aus, dass das ehrgeizige und kostenträchtige Augsburger Tunnelprojekt zu einem „Augsburg 22“ ausarten und am Ende die Steuerzahler mit rund 300 Mio. Euro belasten wird.

Fall 2: Lieb und im wahrsten Sinne des Wortes teuer ist der Bayerischen Staatsregierung offenbar der Frankenwein. Bis Ende

2016 will sie in einem Flügel der Münchner Residenz rund 90 m² umfassende Räumlichkeiten, in denen bisher der „Residenzladen“, ein Souvenirgeschäft, untergebracht war, zu einer „Fränkischen Weinprobierstube“ umgestalten. Im Zuge dessen wird auch die Haustechnik erneuert. 2013 ist man für dieses Vorhaben noch von Kosten in Höhe von rund 400.000 Euro ausgegangen. Im Doppelhaushalt 2015/2016 des Freistaats Bayern sind für die Umbaumaßnahmen schon 850.000 Euro veranschlagt.

Vinophiler Treffpunkt

Die Kostensteigerung auf nunmehr etwa 1 Mio. Euro liegt nach Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat darin begründet, dass „die erste Kostenschätzung auf der Grundlage von Vergleichsprojekten erfolgte, während nunmehr eine detaillierte Kostenermittlung erarbeitet wurde“. Trotz allem müsse aus Sicht der Steuerzahler die Frage erlaubt sein: Ist ein kleiner, aber feiner „vinophiler Frankenwein-Treffpunkt“ den bayerischen Steuerzahlern so viel Geld wert?

Fall 3: Ab 2016 wird der ZAW Donau-Wald die Müllabfuhr im Verbandsgebiet – also in den Landkreisen Deggen-dorfer, Freyung-Grafenau, Passau und Regen sowie in der Stadt Passau – selbst in die Hand nehmen. Zu diesem Zweck sollen etliche Müllfahrzeuge angeschafft und auch entsprechendes Personal rekrutiert werden. Finanziert wird dieses Vorhaben aus angesammelten Rücklagen in Höhe von rund 13 Mio. Euro. Bisher ist die Abfallsammlung – mit Ausnahme im Landkreis Regen – von privaten Entsorgungsunternehmen als sog. „beauftragte Dritte“ erledigt worden.

Rekommunalisierung

Der Bund der Steuerzahler kritisiert diese Rekomunalisierung der Abfallsammlung und befürchtet (Fortsetzung auf Seite 4)



Nun ist Deutschland schon seit 25 Jahren wiedervereint. Das ist Grund zur Freude, gleichzeitig lohnt es sich aber darüber nachzudenken, was Deutschland heutzutage ausmacht. Was sind die verbindlichen Normen und Werte, auch jenseits des Grundgesetzes? Was verbindet alle Menschen, die hier leben? Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Deutscher Landkreistag: Überfällige Maßnahmen 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden 3
Asylbewerber im Dorf: Wie das Miteinander gelingen kann 4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiepolitik 5-11
Abfall · Umwelt 11
Kommunaler Bau 12-13
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 14
Friedhofsgestaltung 14-16
Kommunalfahrzeuge 15-17
Aus den bayerischen Kommunen 18-20

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Überfällige Maßnahmen

Angesichts des massiv anhaltenden Flüchtlingsstroms hat das Präsidium des Deutschen Landkreistages eine wirksame Begrenzung des Zuzugs nach Deutschland gefordert. Wie Präsident Landrat Reinhard Sager nach der Sitzung des Gremiums im Landkreis Kusel feststellte, „hatten wir es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie mit einer derart großen Zahl von Flüchtlingen zu tun. Diese Entwicklung betrachten die Landräte mit größter Sorge.“

Sager zufolge unterstützt das Präsidium im Grundsatz die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren, zur Reduzierung von Sozialanreizen und zur Flexibilisierung der Regelungen für die Unterbringung. Diese entsprechen in weiten Teilen Forderungen des Deutschen Landkreistages. Der Präsident merkte aber auch an, „dass wir uns hier und da sicherlich noch deutlichere Einschnitte in den Leistungskatalog hätten vorstellen können, etwa wenn es darum geht, welche Sozialleistungen einer ausreisepflichtigen Person zustehen“.

Wichtig sei vor allem, dass Asylbewerber ohne Bleibeperspektive nicht auf die Landkreise verteilt würden. Deshalb hätten Bund und Länder verabredet, Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten für die gesamte Dauer des Verfahrens bis hin zur Abschiebung in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Die entsprechenden Einrichtungen der Länder müssten allerdings dieser Aufgabe auch gewachsen sein und deshalb dringend und deutlich ausgebaut werden.

Rahmenbedingungen

Angesichts der großen Zahl von Asylbewerbern, bei denen die Ausreisepflicht vollziehbar feststehe – allein für 2015 handelt es sich insoweit um 50.000 Fälle –, forderte das Präsidium die Länder auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, Abschiebungen konsequent durchführen zu können. „Diese müssen dann auch zügig umgesetzt werden. Zu begrüßen ist, dass Termine für Abschiebungen nicht mehr anzukündigen sind. Die Länder sind aufgefordert, Erlasse, die der konsequenten Durchführung von Abschiebungen entgegenstehen, aufzuheben. Außerdem müssen Gesundheitsprüfungen bei einer zentralen Stelle auf Landesebene durchgeführt werden. Erkrankungen dürfen einer Abschiebung nur dann entgegenstehen, wenn die Rückführung mit einer ernsthaften Gesundheitsgefahr für den Betroffenen verbunden wäre“, machte Sager deutlich.

Wie sehr das beschlossene

Maßnahmenbündel zur gewünschten Eindämmung der Problematik beitragen werde, sei derzeit noch nicht sicher absehbar. „Wir dürfen dieses Thema daher auf politischer Ebene nicht als erledigt betrachten und müssen weiter an einer Lösung arbeiten. Denn klar ist: Deutschland wird das Flüchtlingsproblem nicht allein lösen können. Deshalb brauchen wir jetzt umgehend ein gesamteuropäisches Vorgehen in der Flüchtlingsfrage“, stellte der DLT-Präsident klar.

Breitbandausbau

Auf der Tagesordnung der Präsidiumssitzung stand auch das Thema Breitbandausbau und dessen Bedeutung für die Landkreise. Laut Präsident Sager „ist das Breitbandförderprogramm des Bundes eine wichtige und überfällige Maßnahme, um den flächendeckenden Internetausbau zu beschleunigen. Von dieser Förderung müssen allerdings auch alle Landkreise gleichermaßen profitieren können. Das gilt auch mit Blick auf die in den Landkreisen praktizierten Modelle des Breitbandausbaus, insbesondere das Betreiber- und das Deckungslückenmodell.“

Vor diesem Hintergrund gehe es um Chancengleichheit und Technologieoffenheit. „Hier freuen wir uns über die neuesten Überlegungen des Bundes, den Entwurf der Förderrichtlinie in diesem Sinne zu überarbeiten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, obwohl wir noch immer eine Benachteiligung des Betreibermodells sehen.“

Das Präsidium bekräftigte, dass es das Ziel der Bundesregierung, bis 2018 flächendeckend eine Versorgung mit mind. 50 Mbit/s sicherzustellen, nach wie vor unterstützt. Wie Sager hervorhob, dürfe dies aber nicht bedeuten, dass kreisweite Ausbauprojekte, die bis 2018 begonnen, aber noch nicht fertiggestellt wurden, von der Förderung ausgeschlossen werden. Gefördert werden sollten darüber hinaus auch solche Projekte, die das 50 Mbit/s-Ziel schrittweise verfolgen, sofern sie in der ersten Ausbaustufe eine Versorgung von mind. 30 Mbit/s

erreichen.

Kritik übte das Präsidium an einer Regelung in der Förderrichtlinie, die vorsieht, dass Landkreise, die im Rahmen des Betreibermodells ein eigenes Glasfasernetz errichtet haben, nach Ende des Förderzeitraums gehalten sind, diese Infrastruktur zu veräußern. „Ein solches Veräußerungsgebot ist ein Novum im deutschen Förderrecht, für das es keine verfassungsrechtliche Grundlage gibt“, erklärte Sager. Die Verfassung lasse ein kommunales Engagement im Bereich des Netzausbaus zu. „Die geplante Regelung diskreditiert ohne Grund das Betreibermodell und sollte daher ersatzlos gestrichen werden“, forderte der DLT-Chef.

Wichtig sei zudem, dass Bundes- und Landesfördermittel kombiniert und gemeinsam beantragt werden können. „Wir erwarten, dass die Förderverfahren auf Bundes- und Länderebene möglichst weitgehend harmonisiert werden, um den bürokratischen Aufwand zu minimieren“, unterstrich Sager.

Begrüßt wurde vom Deutschen Landkreistag schließlich die Einigung von Bund und Ländern über Teile der künftigen Nahverkehrsfinanzierung. Danach sollen die Regionalisierungsmittel ab 2016 von derzeit 7,4 Mrd. Euro auf jährlich 8 Mrd. Euro erhöht und ab 2017 mit 1,8 % statt bisher 1,5 % dynamisiert werden. „Auch wenn dieses Ergebnis noch hinter den Forderungen der Länder zurückbleibt, ist anzuerkennen, dass der Bund den Ländern deutlich entgegengekommen ist und durch die Einigung Planungssicherheit geschaffen wird“, betonte Sager. Zu begrüßen sei auch, dass Bund und Länder den Anstieg der Trassen- und Stationspreise künftig begrenzen wollen, über die bislang ein bedeutender Teil der Regionalisierungsmittel an die Infrastrukturgesellschaften der Deutschen Bahn und damit letztlich auch wieder an den Bund zurückfließen.

Gleichzeitig forderte der Präsi-

dent die Länder auf, die Landkreise als ÖPNV-Aufgabenträger finanziell angemessen auszustatten, damit sie ihren gesetzlichen Aufgaben der Mobilitätsicherung auch angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen und veränderter Altersstruktur weiterhin gerecht werden können. „Beim ÖPNV darf kein Rückzug aus der Fläche erfolgen. Gerade hier ist der Nahverkehr Bestandteil der Daseinsvorsorge und ein wichtiger Beitrag zur Alltagsmobilität, der sich nicht auf Schülerverkehre und Rufbusssysteme reduziert. Nicht zuletzt ist er wichtiger wirtschaftlicher – zum Beispiel touristischer – Standortfaktor“, fuhr Sager fort.

Regionalisierungsmittel

Er forderte die Länder auch auf, die Regionalisierungsmittel nicht nur für eine Weiterentwicklung des Verkehrs auf der Schiene, sondern auch für die Sicherstellung von Busverkehren in der Fläche bereit zu stellen. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dort, wo der Schienenpersonennahverkehr nicht mehr gewährleistet werden kann. Angesichts wegbrechender Schülerverkehre seien in den Ländern zudem die sog. § 45a PBefG-Mittel zu kommunalisieren, um zu einer effizienteren und europarechtskonformen Verkehrsfinanzierung aus einer Hand zu kommen, so Sager.

Abschließend mahnte der DLT-Präsident, dass über die von Bund und Ländern beschlossene Fortführung des Bundesprogramms für Großprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) hinaus zeitnah auch eine Einigung über die künftige Ausgestaltung der GVFG-/Entflechtungsmittel erforderlich sei. Die für die Finanzierung kommunaler Verkehrsinfrastruktur wichtigen Entflechtungsmittel müssen nach Sagers Überzeugung unbeschadet des Ergebnisses der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen den Kommunen von den Ländern unvermindert bereitgestellt werden. Die Länder müssten ihrer bereits seit der Föderalismusreform I bestehenden Verantwortung ohne Abstriche gerecht werden und sollten nicht auf den Bund verweisen. **DK**

Mehrbelastung für Kommunen

VKA und Deutscher Städtetag zur Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst

VKA und Gewerkschaften haben einen Tarifkompromiss im Sozial- und Erziehungsdienst erreicht. Damit endet eine langwierige, schwierige und insbesondere für Eltern und Kinder überaus strapazierende Tarifeinigung.

Der Tarifabschluss liegt mit einem Kostenvolumen von rund 315 Millionen Euro geringfügig um neun Millionen Euro über der Schlichterempfehlung. Veränderungen wurden im Wesentlichen durch Verschiebungen innerhalb der Entgeltgruppen vorgenommen. Modifizierungen gab es im Erziehungsdienst durch Umschichtungen innerhalb der Entgeltgruppen in der Basisentgeltgruppen und bei besonders schwierigen Tätigkeiten. Im Sozialdienst wurden in einer von drei Eingruppierungen (S14) punktuelle Verbesserungen zugestanden.

Ergebnis letztlich noch vertretbar

Nach den Worten von VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle ist das Ergebnis „eine deutliche Belastung für die kommunalen Haushalte. Angesichts der massiven Forderungen der Gewerkschaften ist der Abschluss aber letztlich noch vertretbar.“ Gefordert hatten die Gewerkschaften nach eigener Aussage „durchschnittlich zehn Prozent“, bei den Erzieherinnen und Erziehern waren es bis zu 21 Prozent. Die Forderungen umfassten insgesamt ein Kostenvolumen von rund 1,2 Milliarden Euro.

Unterschiede

Mit der Tarifeinigung steigen die Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst im Durchschnitt um 3,3 Prozent, die Steigerungen fallen für die einzelnen Berufsgruppen unterschiedlich aus. Dies entspricht der VKA-Position, keine pauschalen Erhöhungen über alle Gruppen vorzunehmen. Nun sei es Sache der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass endgültig auch dort die Weichen für eine Ein-

gung und Befriedung gestellt werden.

Tragfähiger Kompromiss

Als tragfähigen Kompromiss bewertet der Deutsche Städtetag den Tarifabschluss. Eine angemessene Eingruppierung aufgrund gestiegener Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher sei sinnvoll. Die Einigung zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften führe allerdings auch zu erheblichen finanziellen Belastungen für die kommunalen Haushalte, die finanzschwachen Kommunen besonders zu schaffen machen werden, hob der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, hervor.

Hohe Anforderungen

Articus zufolge entwickeln sich durch die Tarifeinigung die Gehälter für viele Beschäftigte im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst positiv. Dass höhere Anforderungen in diesen verantwortungsvollen Berufen auch honoriert werden sollten, hätten die Städte immer unterstützt. Mit dem Abschluss seien allerdings auch erhebliche Mehrausgaben verbunden, die Städte in strukturschwachen Regionen mit hohen Sozialausgaben und Defiziten besonders belasten.

Differenzierte Einigung auf Basis der Schlichtung

Immerhin, so der Städtetagsvertreter, sei die Einigung auf Basis des Schlichterspruchs differenziert ausgefallen und bleibe deutlich unter Belastungen von rund 10 Prozent, die durch die ursprünglichen Gewerkschaftsforderungen entstanden wären. **DK**

Asyldebatte im Landtag

CSU will Zuwanderungsbegrenzung Opposition fordert europäische Gesamtlösung

Die Flüchtlingsproblematik hat auch den Landtag beschäftigt. In der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause standen insgesamt sieben Dringlichkeitsanträge aller Fraktionen auf der Tagesordnung, die sich mit dem anhaltenden Flüchtlingszustrom und den damit verbundenen Problemen bzw. Konsequenzen im Freistaat befassen.

Im Tenor sind sich alle einig, dass aufgrund des drohenden Kollapses schnelles Handeln dringend geboten ist. Die CSU will vor allem die Zuwanderung begrenzen, Fluchtursachen bekämpfen und den Asylmissbrauch abstellen.

Entlastung der Kommunen

Die Freien Wähler fordern die konsequente Anwendung des geltenden Asylrechts und keine weitere Überforderung des Systems. SPD und Grüne wollen die flächendeckende Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber. Darüber hinaus ist für die SPD zur Flüchtlingskrisenbewältigung die Zusammenarbeit aller EU-Staaten notwendig. Wichtig ist schließlich auch die Entlastung der Kommunen.

Feste Kontingente

In Anlehnung an ihre Resolution auf der Klausurtagung im oberfränkischen Kloster Banz hatte die CSU-Fraktion einen sechs Punkte-Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem vor al-

lem für Bürgerkriegsflüchtlinge Kontingente festgelegt, die Außengrenzen effektiv geschützt und die Schleuserkriminalität stärker bekämpft werden. Darüber hinaus fordert die CSU die Verhinderung des Asylmissbrauchs und schnellere Verfahren sowie die Solidarität in Europa und innerhalb Deutschlands. Wichtig sei zudem die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern.

Integration verbessern

Schließlich steht die Regierungsfraktion zur ihrer Verantwortung gegenüber bleibeberechtigten Flüchtlingen, deren Integration weiter verbessert werden müsse. In der teilweise heftigen Debatte ging Fraktionsvorsitzender Kreuzer auf folgende sechs Punkte seines Dringlichkeitsantrags ein: 1. Flüchtlingszustrom eindämmen 2. Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen 3. Asylmissbrauch abstellen und Verfahren verbessern 4. Europäische Verantwortung einfordern 5. Bund und Länder in die Verant-

wortung nehmen 6. Bleibeberechtigte Flüchtlinge integrieren.

Es gelte auch, Asylanten ohne Bleiberecht künftig keine Sachleistungen mehr zu gewähren. Entscheidend sei, dass in den Bürgerkriegsländern Libyen und Syrien, wo zurzeit 15 Millionen Menschen auf der Binnenflucht seien, geordnete Verhältnisse hergestellt werden. Des Weiteren müssten die europäischen Außengrenzen gesichert werden.

Kreuzer forderte von allen anderen Bundesländern mehr Solidarität. Dies werde er auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vehement durchsetzen. Den Grünen warf er vor, nicht einen vernünftigen Lösungsansatz geboten zu haben.

Investitionen in ein verbindendes Europa

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher forderte zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eine tragfähige europäische Gesamtlösung. Man brauche jetzt finanzielle Investitionen in das verbindende Europa und keine weiteren Schlagbäume. In Deutschland stünde man vor der Herausforderung von 800.000 bis zu einer Million Flüchtlinge. Zur Entlastung der Kommu-

nen müsse der Ministerpräsident mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Rahmenvertrag für eine Gesundheitskarte schließen. Rinderspacher forderte von der Staatsregierung mehr Geld für den Wohnraumbau.

Zahl der Asylrichter drastisch erhöhen

Auch Hubert Aiwanger will eine gemeinsame Lösung aller EU-Mitgliedstaaten. Das Asylsystem müsse an den politischen Gegebenheiten ausgerichtet werden. Zur Bewältigung der Verfahren sei die Zahl der Asylrichter drastisch zu erhöhen. Ebenso benötige man mehr Lehrerstellen. Bundesmittel für Asylanten müssten umgehend an die Kommunen weitergeleitet werden.

Auf Willkommenskultur folgt Integrationskultur

Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause verlangte Hilfe für die Menschen, die vor Ort tätig seien. Der bayerischen Willkommenskultur müsse jetzt eine Integrationskultur in allen gesellschaftlichen Bereichen folgen. Auch habe der Freistaat den Kommunen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Bei der Abstimmung wurde der CSU-Antrag angenommen, die Dringlichkeitsanträge der Opposition wurden dagegen von der Mehrheitsfraktion abgelehnt. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Kling
86479 Aichen
am 14.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Gansler
82497 Unterammergau
am 21.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Heß
91578 Leutershausen
am 11.10.

Bürgermeister Manfred Schneider
91807 Solnhofen
am 13.10.

Bürgermeister Richard Michl
86949 Windach
am 13.10.

Bürgermeister Michael Bauer
92712 Pirk
am 14.10.

Bürgermeister Alfons Weber
87733 Rettenbach
am 19.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Norbert Bücherl
92271 Freihung
am 8.10.

Bürgermeister Franz Kraß
94060 Pocking
am 10.10.

Bürgermeisterin
Liane Sedlmeier
94486 Osterhofen
am 11.10.

Bürgermeister Arno Nunn
82487 Oberammergau
am 17.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Harald Fichtner
95015 Hof
am 18.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Thomas Ebeling
92421 Schwandorf
am 20.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Versicherungskammer Bayern:

Kommunalversicherung aus einem Guss

GZ-Gespräch mit Barbara Schick, Vorstand Komposit und Harald Speil, Hauptabteilungsleiter Öffentlich-rechtliche Einrichtungen/Haftpflicht

Umfassender Versicherungsschutz zu fairen und risikogerechten Preisen sowie eine Vielzahl zusätzlicher präventiver Dienstleistungen zur Vermeidung von Schäden: Dafür steht die Versicherungskammer Bayern, seit 1921 Partner der Kommunen im Freistaat. Diese Kompetenz spiegelt sich auch darin wider, dass öffentlich-rechtliche Einrichtungen im Sachversicherungsgeschäft der Versicherungskammer Bayern die zweitstärkste Kundengruppe nach den Privatkunden darstellen. Wie Barbara Schick, Vorstand Komposit und Harald Speil, Leiter der Hauptabteilung Öffentlich-rechtliche Einrichtungen/Haftpflicht, in einem Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterten, beträgt das Prämienvolumen mit den öffentlich-rechtlichen Kunden rund 340 Mio. Euro. Etwa 190 Mio. Euro entfallen davon auf das Kommunalgeschäft.

Die Leistung der Versicherungskammer Bayern an die Kommunen zeichnet sich Schick zufolge dadurch aus, dass sie den Städten und Gemeinden einen Spezialversicherungsschutz anbietet. In den Kompositversicherungen würden die Kommunen mit all ihren Einrichtungen versichert, ohne dabei schwere Risiken

dabei ein Alleinstellungsmerkmal im Markt“, betonte Barbara Schick.

Beihilfeablöseversicherung und betriebliche Vorsorge

Auch im Bereich der Lebens- und Krankenversicherung sei die VKB mit der Beihilfeablöseversi-

che für sich.Nachhaltige Partnerschaft laute die Maxime.

RiskManagement

Diesem Ziel folgend unterstützen die VKB die Kommunen durch Beratungen und Schulungen im technischen wie im haftungsrechtlichen RiskManagement, so Schick. Beim technischen RiskManagement mit Ingenieuren, Architekten, Geologen und Geographen gehe es der Versicherungskammer darum, Schäden vorzubeugen. Konkret heißt dies: Beratung zum baulichen und betrieblichen Brandschutz, Beratung bei Schutz vor Einbrüchen zum Beispiel in Museen und Sparkassen, Beratung im Bereich Umweltrisiken (Gas-Tankanlagen, Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen, Deponien) und weiterer Elementargefahren vor allem gegen Hochwasser und Überschwemmungen oder auch zu Schäden durch Leitungswasser.

Prävention

Wie Harald Speil exemplarisch darlegte, wurden im Jahr 2011 1.500 Leitungswasserschäden in Kommunen untersucht. Dabei zeigte sich, dass gut ein Drittel in Kitas und Schulen eingetreten sind. Der durchschnittliche Schaden ist dort mit 6.500 Euro höher als in anderen kommunalen Einrichtungen. Aus dieser Erkenntnis heraus habe die VKB-Abteilung RiskManagement das Konzept „Schadenprävention in Schulen“ entwickelt (siehe Kasten).

Haftungsberatung

Beim haftungsrechtlichen RiskManagement wiederum werden Kommunen zu Aspekten der Haftung und zur Vermeidung von Personenschäden beraten.

Konkret ist der Fokus auf Verkehrssicherungspflichten (Winterdienst/Räum- und Streupflicht, Spielplätze, Schwimmbäder, Friedhöfe, Maibäume) gerichtet. Zudem werden Kommunen über die 1997 gegründete MediRisk Bayern zum RiskManagement in Krankenhäusern unterstützt. Mit dem Service der MediRisk Bayern stellt die Versicherungskammer Bayern Krankenhäusern zukunftsorientiert und kompetent ein professionelles Instrumentarium zur Schadenprävention in allen haftungsrechtlichen Bereichen zur Verfügung. Speil zufolge werden hier potenzielle Haftungsgefahren im Krankenhaus durch Juristen und Mediziner ermittelt und ein Risikobericht mit konkreten Empfehlungen zur Minimierung von Haftungsrisiken erstellt.

Umsetzung empfohlener Maßnahmen im Alltag

120 Krankenhäuser haben diesen einzigartigen Service bereits in Anspruch genommen – doch damit nicht genug: Im Rahmen der zwei Jahre währenden Nachsorge unterstützten die RiskManager der VKB das Krankenhaus vor Ort bei der Umsetzung empfohlener Maßnahmen im Klinikalltag.

Professionelle Beratung in Qualitätszirkeln

Bestandteil dieser wertvollen Dienstleistung ist neben der professionellen Beratung von Qualitätszirkeln/Arbeitskreisen u. a.



V. l.: Barbara Schick, Vorstand Komposit und Harald Speil, Hauptabteilungsleiter Öffentlich-rechtliche Einrichtungen/Haftpflicht und Theresa von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung. □

wie die Absicherung einer Mülldeponie, einer Kläranlage oder bestimmter Risiken eines Fuhrparks auszuschließen. „Die unbegrenzte Deckung in der kommunalen Haftpflichtversicherung ist

cherung und der betrieblichen Altersvorsorge Partner der Kommunen. Dass in Komposit etwa 90 Prozent aller bayerischen Kommunen über alle Sparten hinweg bei der VKB versichert sind, spre-

Umfassendes VKB-Konzept:

Schadenprävention in Schulen

Feuer, Leitungswasser, Einbruch-Diebstahl, Vandalismus, Elementarkräfte (Naturereignisse): In Schulgebäuden gibt es diverse Möglichkeiten, diese Gefahren zu begrenzen und die Folgen abzumildern. Wie man Schwachstellen erkennen, gezielt Mängel beseitigen und Sachschäden abwenden oder in ihrem Ausmaß verringern kann, zeigt die VKB-Broschüre „Schadenverhütung in Schulgebäuden“ auf. Anhand häufiger Schadensursachen, mittels Schadenbildern und einer umfangreichen Checkliste zur schnellen Überprüfung werden die wichtigsten Themen des Sachschutzes in Schulen eingehend beleuchtet.

Beispiel Leitungswasser: In den vergangenen Jahren sind in Schulen rund 500 Leitungswasserschäden aufgetreten. Die Schadenhöhe ist aufgrund der oft sehr späten Entdeckung des Schadens deutlich größer als bei anderen Gebäuden. Ursächlich ist die begrenzte Lebensdauer von Trinkwasserinstallationen - sie beträgt 30 bis 50 Jahre. Als Vorsorgemaßnahme empfiehlt sich laut Publikation insbesondere der Einbau automatischer Absperrventile, zudem der Einbau von Feuchtemeldern und ggf. die Aufschaltung von Alarmmeldung zur Notruf-Service-Leitstelle. Ziel ist die deutliche Schadenreduzierung vor allem der Kosten Trocknung, Erneuerung des Bodenbelages und Renovierungskosten. Absperrventile können letztlich keinen Schaden vermeiden, bewirken jedoch eine Verringerung der Schadenhöhe.

Beispiel Einbruch- und Diebstahlschutz: Neben organisatorischen Maßnahmen (z. B. Kontrollrundgänge, Ausleuchtung des Gebäudes und der Außenbereiche) sowie aufklärenden Maßnahmen sind technische Diebstahl- und Einbruchsicherungen unerlässlich. Dabei ist zwischen mechanischen Einrichtungen, wie beispielsweise speziellen Tür- und Fenstersicherungen und elektronischen Maßnahmen, wie die Installation einer Einbruchmeldeanlage, zu unterscheiden. Dieses stimmige Sicherungskonzept sorgt für effektive Vandalismusprävention.

Das Konzept „Schadenprävention an Schulen“ wird von der VKB seit 2014 angeboten. 5.400 Schulen in Bayern und der Pfalz sowie über 2.100 Kommunen wurden im vergangenen Jahr angeschrieben und über das neue Konzept informiert. Darüber hinaus stehen Seminare für Hausmeister und Sicherheitsbeauftragte sowie individuelle Einzelberatungen durch Ingenieure der Versicherungskammer Bayern auf dem Programm, die nach Überzeugung von VKB-Vorstand Barbara Schick allerdings „noch stärker in Anspruch genommen werden könnten“.

DK

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Kein anderes Thema beschäftigt die Menschen und alle politischen Ebenen bei uns derzeit mehr als die Problematik um die Bereiche Asyl, Flüchtlinge und Zuwanderung. Zum einen ist es erfreulich, dass wir als Bundesrepublik Deutschland und Freistaat Bayern die Möglichkeit bieten können, Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen. Doch gilt zu beachten, dass uns die dramatische Entwicklung in den vergangenen Monaten an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit gebracht hat.

Auf politischer Ebene sind dabei in besonderer Maße alle kommunalen Mandatsträger gefordert, die sich in der Regel unmittelbar vor Ort nicht nur mit der Unterbringung und Verpflegung von Asylsuchenden beschäftigen, sondern insbesondere auch mit den Sorgen und Befürchtungen der Bevölkerung auseinandersetzen müssen. Als kommunale Familie stellen wir uns dieser Verantwortung und wertschätzen auch die bisherige Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung.

Sicherheit und Wohlbefinden nicht gefährden!

Darüber hinaus nehmen wir in jüngster Zeit mit großer Sorge ein weiteres Problemfeld zur Kenntnis: Rechtsradikale Tendenzen. Diese treten nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern auf, sondern auch bei uns in Bayern. Eines ist klar: Verunglimpfende und menschenverachtende Äußerungen in den sozialen Netzwerken gefährden den sozialen Frieden ebenso wie ausländerkritische Aussagen. Da müssen wir tätig werden - gerade auch, weil kritische Bekundungen oft aus Sorge und Angst um das Wohlbefinden der Bevölkerung und auch von Bevölkerungsgruppen kommen, die sich meilenweit weg von jeglichem rechten Gedankengut befinden.

Von daher sollte das Thema Sicherheit noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Ebenso muss eine drohende Überlastung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, der Verwaltungs- und Polizeikräfte sowie der hauptamtlichen Hilfskräfte unbedingt im Auge behalten werden. Übrigens: Was hier von allen aktiv Beteiligten in Beruf und Freizeit geleistet wird, verdient höchste Anerkennung.

Als Kommunalpolitische Vereinigung haben wir uns zum Thema Flüchtlinge und Asyl bereits mehrmals klar positioniert. Unter anderem sind wir anlässlich des Asylgipfels der Bayerischen Staatsregierung mit zahlreichen Forderungen an Ministerpräsident Horst Seehofer herangetreten:



- Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und eine Verstärkung der Polizeipräsenz nicht nur entlang der Grenzen, sondern auch an anderen Konfliktzonen wie den geplanten Balkanzentren.

- Die Beschleunigung der Asylverfahren und Abschiebungen sowie die Erklärung der Westbalkanstaaten zu sicheren Drittstaaten.

- Eine deutliche Initiative für den sozialen Wohnungsbau - nicht nur für Asylbewerber und diejenigen, die bleiben dürfen, sondern gerade auch für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die über nicht mehr bezahlbare Mietpreise klagen oder keine geeignete Wohnung finden.

- Eine ernsthafte Diskussion über Leistungskürzungen und Sachleistungen für Asylbewerber, um die Anreize für einen weiteren Zustrom herunterzusetzen.

- Die Prüfung von Standards für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - oft sind auch niederschwelligere Angebote sachgerecht.

- Die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf das gesamte Bundesgebiet schon vor dem gesetzlich fixierten Datum 1. Januar 2016.

- Eine massive Ausweitung der Sprachförderung und die Beseitigung von Hindernissen beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Bleiberecht als unabhängige Voraussetzungen für eine gelingende Integration.

- Die Umsetzung eines einheitlichen und wirksameren Registrierungssystems bei der Erstaufnahme ist dringend erforderlich.

- Die weitere dringend notwendige Unterstützung für die kommunale Familie bei den Personalkosten, damit in den Verwaltungen die anderweitigen Aufgaben nach wie vor zeitgemäß, zuverlässig und bürgerfreundlich erledigt werden können.

Zu unserer Freude wurde von der Bayerischen Staatsregierung ein Großteil davon bereits umgesetzt oder zumindest ernsthaft angepackt bzw. weiterverfolgt. Dies zeigt deutlich den Stellenwert der Kommunen im Freistaat. Doch Bayern allein kann auch nur seinen Part erfüllen, aber die komplexe Gesamtproblematik nicht lösen.

Es bleiben deshalb auch weiterhin große Fragezeichen grundsätzlicher Art, wie beispielsweise: Schaffen es die EU-Staaten, sich dauerhaft auf eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge zu verständigen? Welche Maßnahmen helfen wirklich, um die Fluchtursachen zu bekämpfen?

Als bayerische Kommunen bleiben wir auf jeden Fall gewappnet und versuchen weiterhin alles, um im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Menschen vor Ort zu arbeiten. Aber wir brauchen mehr Unterstützung als bisher. Insbesondere ist dabei der Bund gefragt.

Ihr Stefan Rößle
KVP-Landesvorsitzender

auch die Umsetzungskontrolle durch Review der laufenden Haftpflichtfälle. „Das ist gelebte Partnerschaft im besten Sinne“, konstatierte Speil. Und Barbara Schick ergänzte: „Für mich ist RiskManagement ganz klar Bestandteil eines Gesamtqualitätsmanagements.“

KATWARN

Den Kommunen offeriert die Versicherungskammer Bayern darüber hinaus eine Vielzahl von Serviceleistungen - so etwa die Anbindung an die Notruf-Service-Leitstelle (NSL), den Unwetterwarndienst WIND und den kommunalen Katastrophewarndienst KATWARN.

Kostenloses System

KATWARN ist ein ergänzendes Warnsystem, das in Zusammenarbeit von Fraunhofer FOKUS und der Versicherungskammer Bayern entwickelt wurde. Es informiert bei Unglücksfällen, zusätzlich zu den Informationen der Polizei und Feuerwehr oder per Radio, die betroffenen Bürger direkt per Smartphone-App, SMS oder E-Mail. Für die Bevölkerung ist das System mit Ausnahme der Anmeldung per SMS kostenlos.

Verhaltensempfehlungen

Die Warnungen werden im Gefahrenfall von der zuständigen Katastrophenschutzbehörde ausgegeben und enthalten Kurzinformationen zur Gefahr (z. B. Großbrand oder Gefahrengutunfall) sowie Verhaltensempfehlungen. KATWARN ist in Bayern für die Bürgerinnen und Bürger von Altötting, Aschaffenburg, Deggendorf, München, Nürnberg, Fürth und Würzburg schon verfügbar. Weitere Kommunen haben ihr Interesse signalisiert.

Oktoberfest-Informationen

Pünktlich zum Oktoberfest erweiterte das Warn- und Informationssystem in Absprache mit der Berufsfeuerwehr München sein Angebot: Mit „Katwarn-Oktoberfest“ erhielten Wies'n-Gäste offizielle Sicherheitsinformationen auf Wunsch direkt aufs Smartphone. Allerdings wurde dabei nicht nur an Katastrophen oder schwere Unglücke gedacht.

Einsatzbeispiele reichten nach Angaben der Feuerwehr von „technischen Störungen“ auf der Wies'n über Hinweise zu hohem Besucherandrang bis hin zu Einschränkungen im Öffentlichen Nahverkehr.

Zusammenarbeit

„Ein äußerst wichtiger Punkt für die Versicherungskammer ist die langjährige Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren in Bayern“, stellte Barbara Schick fest - aktuell u. a. bei der Ausrüstung mit Trainingsgeräten zur Schaumlösung, mit Fahrersicherheitstraining für junge Fahrer von Einsatzfahrzeugen und mit Brandschutzerziehung von Kindern.

Sondersignalfahrttrainer

Zu den erfolgreichen Aktionen der vergangenen Jahre zählten die Übergaben einer Vielzahl von Wärmebildkameras, Power Moons (Leuchtbällons) und Rauchschutzhängen. Seit 2013 und noch für weitere zwei Jahre würden ehrenamtliche Fahrer von Einsatzfahrzeugen mit dem sog. Sondersignalfahrt-Trainer geschult. Damit gelinge es, die Anzahl der Unfälle, die sich am Schadenort ereignen, zu reduzieren. Dies habe nicht nur positive Auswirkungen auf den Sachschaden der Kommune am Fahrzeug, sondern erhöhe durch die schnellere Ankunft am Einsatzort auch die Wahrscheinlichkeit, Sach- oder gar Personenschäden zu vermeiden. DK

Wie das Miteinander gelingen kann

Asylbewerber im Dorf: Damit die Angst nicht über das Mitgefühl siegt

Mit dem Schwerpunkt Integration in den Arbeitsmarkt fand zum dritten Mal in diesem Jahr das Seminar „Asylbewerber im Dorf“ an der SDL Thierhaupten statt. Noch vor der Sommerpause waren die Bedingungen andere. „Mit dem hohen Flüchtlingsstrom haben die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, aber auch die Angst zugenommen“, stellte Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) Thierhaupten, fest. In dieser völlig neuen Situation gibt es weder Lösungen noch Konzepte, sondern lediglich Informationen und Erfahrungen. Nur der informierte Bürger, so Gerlinde Augustin, kann agieren. Hilfestellung, Motivation, Argumente brauchen Kommunalpolitiker und Helfer, aber wichtig ist auch, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu unterstützen.

Immer wieder zeigt sich, wie wichtig es ist Menschen in Dialog zu bringen und die Kommunikation zwischen Helferkreisen, Kommunen, Gemeinderat Bürgerschaft und Asylsuchenden aufrecht zu erhalten. Durch das persönliche Gespräch und den Kontakt lassen sich Sorgen und Befürchtungen relativieren. Dabei muss konsequent auf Ausdruck und Vokabular geachtet werden, um Missverständnisse zu

laubnis bei der Ausländerbehörde achten muss, wurden von Herrn Sait Demir von der HWK Schwaben ausgeführt. Erst nach drei Monaten darf ein Asylsuchender arbeiten. Außerdem erklärte er, was Betriebe brauchen und welche Rolle die Qualifizierung der Flüchtlinge dabei spielt. Begleitung und Vermittlung gibt es u.a. auch beim Bayerischen Netzwerk für Beratung und Arbeitsvermittlung.

der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Würzburg trug mit Ideen zur Qualifizierung und Weiterbildung von Asylbewerbern sowie mit konkreten Beispielen dazu bei, die Seminarteilnehmer zu inspirieren und weiter zu motivieren. Dabei stellte er z.B. Projekte wie das HuT, „Handwerk und Technik“ aus Schwäbisch Gmünd vor, bei dem durch Freiwilligenarbeit die handwerklichen Fähigkeiten von Asylbewerbern geschult werden.

Tandem aus Azubi und Handwerksmeister

Die Perspektive der Betriebe wurde durch das Tandem aus Schreinermeister Florian Kreidler und Azubi Yosief Efrem (Eritrea) vom Schreinerbetrieb Kreidler in Zusmarshausen dargelegt. Herr Kreidler ermutigte auch andere Arbeitgeber dazu Asylbewer-



Von links: Christine Brandmeir, Gerlinde Augustin, Florian Kreidler, Schreinermeister aus Zusmarshausen, Yosief Efrem, Azubi, Sait Demir, Handwerkskammer von Schwaben, Prof. Dr. Theresia Wintergerster.

vermeiden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist ja auch der Schlüssel zu Arbeit und Integration. „Integration kann auch eine Chance für die Dorfgemeinschaft sein“, resümierte eine Seminarteilnehmerin.

Was kann ein starkes Land wie Deutschland leisten?

Das Seminar spannte den Bogen von der weltweiten Flüchtlingssituation über den Arbeitsalltag von und mit Asylbewerbern bis hin zur Frage, wie viele Asylbewerber Deutschland aufnehmen kann. Das Grundgesetz sieht dazu keine Obergrenze vor, jedoch bei über 60 Mio. Flüchtlingen weltweit relativiert sich die nationale Situation. Dennoch, so Schopf-Emrich von der Diakonie Augsburg, muss die Diskussion mit der Bevölkerung geführt werden. Schopf-Emrich schilderte, wie Asylrecht und Asylverfahren in Deutschland funktionieren und wie die Unterbringung der Asylbewerber generell abläuft. Seit 2012 sind die Kommunen gefordert, die Regierungen und Landratsämter zu unterstützen und Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Schritt wird die Verantwortung in die Regionen und ländlichen Kommunen bzw. in die Zivilgesellschaft getragen.

Hier appellierte Herr Schopf-Emrich an die anwesenden Bürgermeister: „Gerade jetzt brauchen wir dringend schlichte und modulare Unterkünfte, die sollten vermehrt gebaut werden. Öffentliche Hallen und andere Einrichtungen eignen sich nicht zur Unterbringung von Asylbewerbern, da so Widerstand in der Gesellschaft entsteht.“

Die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt, mögliche Hürden und Tipps dazu, worauf man beim Antrag auf Arbeitser-

So leitete Frau Petra Bachmeir aus dem Asylkreis Affing-Anwalting, der im Jahr 2014 mit dem Schwäbischen Integrationspreis ausgezeichnet wurde, ihren Praxisbericht ein. Oft hilft es die örtlichen Firmen persönlich anzusprechen. Sie vermittelte den Seminarteilnehmern wertvolle Erfahrungen und empfahl u.a. das Zusammenstellen der Bewerbungsunterlagen durch den Helferkreis. Hilfreich kann es außerdem sein, so Petra Bachmeir, bei den Bewerbungsgesprächen dabei zu sein, um den Arbeitgeber z.B. über rechtliche Fragen aufklären zu können. In Affing-Anwalting konnten schon einige Arbeitsplätze vermittelt werden.

Prof. Dr. Ulrich Gartzke von

ber in ihrem Betrieb zu beschäftigen: „Yosief ist eine Bereicherung für unseren Betrieb. Es macht Spaß mit ihm zu arbeiten.“

Sprachliche Grundlage von wesentlicher Bedeutung

Die sprachliche Grundlage ist dabei von wesentlicher Bedeutung. Und auch Herr Efrem antwortet auf die Frage hin, was ihm bei der Eingewöhnung in Deutschland am meisten weitergeholfen habe: „Man muss die Sprache beherrschen.“ Vor allem das handwerksspezifische Vokabular kann vor Ort gut vermittelt und gefestigt werden.

Weitere Informationen unter: www.sdl-inform.de

Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern

Bund und Länder haben beschlossen, dass die Länder mehr Geld vom Bund bekommen und härtere Maßnahmen gegen Asylmissbrauch eingeführt werden, um die Anreizwirkung zu reduzieren. Damit wurden die bayerischen Anliegen auf ganzer Breite durchgesetzt. CSU-Chef und Ministerpräsident Horst Seehofer machte deutlich, dass die Beschlüsse ein wichtiger Zwischenschritt zur Bewältigung der Flüchtlingskrise seien. Endlich übernehme der Bund Verantwortung und entlaste die Länder.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Albanien, Kosovo und Montenegro werden als sichere Herkunftsländer eingestuft.
- Der Bund erhöht die finanziellen Mittel zur Entlastung der Länder für 2015 um eine Milliarde. Ab 2016 gibt es eine strukturelle Beteiligung an den Kosten, der Bund übernimmt 670 Euro pro Asylbewerber monatlich.
- Die CSU hat die Leistungskürzung für Ausreisepflichtige durchgesetzt. Außerdem gilt das Sachleistungsprinzip in Erstaufnahmeeinrichtungen und anderen Gemeinschaftsunterkünften. Die Einführung der Gesundheitskarte bleibt den Ländern überlassen. In Bayern wird es keine Gesundheitskarte geben. Die Residenzpflicht wird wieder eingeführt.
- Der Bund verdoppelt für den Wohnungsbau die Mittel an Ländern und Kommunen.
- Künftig gilt für Schleuser eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten.

DK

Explodierende Kosten..

(Fortsetzung von Seite 1)
tet – auch wegen der Umsatzsteuerfreiheit für die anfallenden Personalkosten – eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten von privaten Entsorgungsunternehmen und damit einen unfairen Wettbewerb.

Entsorgungssicherheit

Demgegenüber beruft sich der Vorsitzende des ZAW Donau-Wald unter anderem darauf, dass in die Entscheidung für eine eigene Abfallsammlung im Verbandsgebiet Aspekte der „Entsorgungssicherheit und -standards, Flexibilität, Kosten, Arbeitsplätze, DSD-Problematik, Verwaltung und Disposition, Konkurrenz, Fachkenntnisse und strategische Überlegungen“ einbezogen worden seien. Der BdSt stellt trotzdem die Frage: Ist die künftige Betätigung des ZAW Donau-Wald als Monopol-Entsorgungsunternehmen noch im Sinne der Gebührenzahler, wenn Betriebe der Entsorgungswirtschaft damit vom Markt verdrängt werden und deren Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen?

Fall 4: Als eine „Zumutung für die Steuerzahler“ bewertet der BdSt den G7-Gipfel in Elmau. Das Spitzentreffen habe den Steuerzahlern als Gastgeber mindestens 132 Millionen Euro gekostet, so die Verbandskritik. Nach Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wird sich der Bund mit rund 40 Mio. Euro daran beteiligen. Der Bund der Steuerzahler geht jedoch von einem weit höheren Personal- und Kostenaufwand für das politische Großereignis aus.

Der Freistaat Bayern dürfe durchaus ein gastfreundliches Land sein und gerne die wichtigsten Staats- und Regierungschefs der Welt beherbergen. Aber müs-

se dies unbedingt in einem zwar idyllischen, aber abgeschiedenen Alpental im Werdenfelser Land sein?, fragt sich der BdSt. Er zeigt sich überzeugt davon, dass eine andere Standortwahl für das Gipfeltreffen, z. B. in der Landeshauptstadt München, in der bereits seit Jahren die sogenannte Sicherheitskonferenz mit einem vergleichbar gefährdeten Personalkreis erfolgreich veranstaltet wird und der Sicherheitsaufwand wesentlich geringer wäre, erheblich weniger Kosten verursacht hätte.

Fußball als Daseinsvorsorge?

Fall 5: Erst vor kurzem wurde in Regensburg die neue Continental Arena eröffnet. Der BdSt kritisiert die hohen Kosten für das ihr Meinung nach teure Prestigeobjekt und weist unter anderem darauf hin, dass der SSV Jahn mittlerweile in der 4. Liga – Regionalliga Bayern spielt. Die Kosten für die Errichtung dieser modernen Arena betragen einschließlich Erschließung, Herstellung von Park- und Stellplätzen, Außenanlagen etc. rund 52 Millionen Euro, wie der BdSt vorrechnet. Nach alledem stelle sich die Frage, ob die Errichtung eines Fußballstadions noch zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehöre.

Fall 6: Bauvorhaben der öffentlichen Hand sind nicht selten mit Kostensteigerungen verbunden, so auch beim Bezirk Niederbayern in Landshut. Bei dem Neubau der Landmaschinenschule im Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn sind die Baukosten aus dem Ruder gelaufen.

Im November 2012 ging man für den Neubau der Landmaschinenschule im Rahmen der Vorplanung von Kosten in Höhe von 4,44 Mio. Euro brutto aus. Zwischenzeitlich war man bei einem

Kostenstand von 4,98 Mio. Euro angelangt. Nach Auffassung des beauftragten Architekturbüros soll dies vorwiegend auf erhebliche Preissteigerungen seit der Kostenschätzung zurückzuführen sein. Der Bezirk Niederbayern – Bauherr der neuen Landmaschinenschule – ist jedoch der Auffassung, dass die beauftragten Planungsbüros die Kosten „zu knapp kalkuliert“ hätten. Daher hat der Bezirk im November 2013 die ursprünglich genehmigten Gesamtkosten über den zwischenzeitlichen Kostenstand hinaus auf 5,27 Mio. Euro brutto erhöht. Diese Gesamtkosten können nach Angaben des Bezirks Niederbayern auch eingehalten werden.

Auch wenn der Neubau der Landmaschinenschule – abgesehen von 1 Mio. Euro Fördermittel des Freistaats Bayern – vollständig durch Eigenmittel im Rahmen des Vermögenshaushalts des Bezirks Niederbayern finanziert wird, seien letztlich die Steuerzahler die Leidtragenden der rund 20-prozentigen Kostensteigerung, stellt der BdSt fest.

Fall 7: Die Stadt Wunsiedel verleiht an Personen, die sich um das Wohl der Stadt große Verdienste erworben haben, Ehrenmedaille aus purem Gold. 2014 verlieh Wunsiedel fünf Medaillen an verdiente Stadtratsmitglieder. In Anbetracht einer Verschuldung von rund 41 Millionen Euro und einer damit einhergehenden Pro-Kopfverschuldung von 4.428 Euro per 31. Dezember 2014 seien 11.290 Euro für goldene Verdienstmedaillen schon ein stattlicher Betrag, betont der Bund der Steuerzahler. Die Stadt Wunsiedel hat diese Praxis allerdings vor ein paar Monaten gestoppt. Über eine kostensparende Ersatzlösung werde derzeit Zeit nachgedacht, heißt es.

DK

Geplante Entlastung der..

(Fortsetzung von Seite 1)
einer Abschwächung der ungebremsten Zuwanderung, wie sie derzeit stattfindet, ausschöpfen wird und den Gemeinden und Städten finanziell unter die Arme greifen wird, sobald entsprechender Bedarf seitens der Kommunen an die Bundesregierung gemeldet wird.

Urbanisierungswelle

Brandl wies darüber hinaus darauf hin, dass nach ersten Erkenntnissen aus den Gemeinden und Städten der ländlichen Gegenden eine Urbanisierungswelle zu befürchten ist. Viele Flüchtlinge werden ihr Heil in den Großstädten und Ballungsräumen suchen; der ländliche Raum, der ausreichend Wohnraum und Unterbringungsmöglichkeiten sowie vielfältige Chancen bereithält, scheint für Flüchtlinge nicht attraktiv genug zu sein.

Finanzmittel fehlen

„Trotz all der positiven Ansätze bei den verschiedenen Gipfeln der letzten Tage und Wochen bei der Bundeskanzlerin und beim bayerischen Ministerpräsidenten fehlt es den Kommunen nach wie vor an ausreichenden Finanzmitteln – da muss sich der Freistaat endlich bewegen und die Kommunen an den Bundesmitteln beteiligen. Nur auf Europa oder den Bund zu zeigen, hilft den Kommunen nicht weiter“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Dr. Ulrich Maly: „Ein Integrationsplan ohne die Kommunen und ohne zusätzliche Mittel für die Kommunen kann nicht funktionieren.“

Kein anderes Problem bewegt Kommunalpolitiker derzeit mehr als die vielfältigen Herausforderungen, die sich mit dem Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen stellen. Die Krise ist akut in

grenznahen Regionen, besonders in Städten wie etwa Passau, Freilassing, Rosenheim oder München. Maly: „Derzeit drängen die Schwierigkeiten bei der Erstunterbringung. Aber Kommunen werden über den aktuellen Krisenmodus hinaus auf Monate und Jahre weiter beschäftigt sein. Mit der ersten Verpflegung von Schutzsuchenden in Bahnhöfen oder der Unterbringung in Hallen ist es noch lange nicht getan, denn die Erfordernisse wirken auf lange Zeit: Es geht zum Beispiel aktuell um die Aufstellung der kommunalen Haushalte und die Schaffung zusätzlicher Personalstellen in Städten und Gemeinden. Kommunen brauchen mehr Personal, um die soziale Betreuung sicherzustellen, Integration zu schaffen und die ordnungsgemäße Verwaltung zu gewährleisten. Das bedeutet langfristige Mehrkosten und funktioniert nur mit auskömmlichen kommunalen Finanzmitteln – hier muss sich der Freistaat stärker beteiligen.“

Vorleistung

Maly zufolge stehen die Kommunen zu ihrer Verantwortung, sie handeln und sie zahlen. Die Kommunen gingen in Vorleistung, um ein gesamtgesellschaftliches Problem mit der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu meistern. Der Bund habe inzwischen Leistungen versprochen und nun müsse der Freistaat endlich die Kommunen an den Bundesmitteln beteiligen. Bislang habe Bayern von den Bundesmitteln noch nichts weiter geleitet.

Aus den Mitteln für die Familienpolitik müssten die Kommunen zur Schaffung und Finanzierung der zusätzlichen Kindertagesplätze Geld erhalten; bei den Schulen sei der Freistaat zusammen mit den Kommunen gefordert. Darti-

ber hinaus entstünden Kosten für Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit, für Sprachkurse und Integrationsangebote, für Berufsbildung. „Alle diese Beispiele kosten Geld für die Kommunen und ziehen einen hohen Personalaufwand in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern und Sozialämtern nach sich.“

Koordination

Ein weiteres Beispiel ist laut Maly die Koordination der Arbeit von Ehrenamtlichen: „Ohne das ehrenamtliche Engagement hätte Bayern die Herausforderungen in den letzten Wochen und Monaten nicht meistern können. Doch ehrenamtliches Engagement benötigt Anleitung und Koordination. Hier gehen die Kommunen in Vorleistung. Um die ehrenamtlichen Angebote weiter aufrecht zu erhalten, ist die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat und die Weiterleitung der Bundesmittel geboten.“

Integration anpacken

Zudem muss nach Überzeugung des Städtetagschefs die Integration der Menschen, die mittelfristig und langfristig bleiben werden, rasch angepackt werden. Vor allem die Mittel für den Wohnungsbau müssten über die von Bund und Ländern kürzlich vereinbarte Summe von zusätzlich 500 Millionen Euro hinaus weiter deutlich erhöht werden. „Die erfolgreiche Integration steht und fällt mit der ausreichenden Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum – dies gilt für Zuwanderer ebenso wie für Einheimische. Die von Bund und Freistaat angekündigte Erhöhung der Wohnungsbauförderung ist ein positives Signal. Die Erhöhung muss aber in höherem Umfang erfolgen.“

DK

Energiewende ganzheitlich anpacken

Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende der CSU in Nürnberg

Neuwahlen sowie die Verabschiedung eines Positionspapiers zur Energiewende standen auf der Tagesordnung der Landesversammlung des Arbeitskreises Energiewende (AKE) der CSU in Nürnberg. Martin Ehrenhuber wurde zum neuen Landesvorsitzenden bestimmt. Der Gründungsvorsitzende des AKE und langjährige Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, Dr. Siegfried Balleis, stand für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung.

Ehrenhuber machte deutlich, das Augenmerk auf die Bereiche Politische Arbeit, Dialog & Netzwerk, Kommunikation & Medienarbeit sowie Organisation lenken zu wollen. Zentral sei hierbei die Beschäftigung mit den konkreten Gesetzgebungsverfahren in Europa, Bund und Land. Für ihn sei wichtig, die

Energiewende im Sinne Bayerns voranzubringen und den Freistaat auf Dauer als Energiewendeland Nummer 1 zu etablieren.

Massive Kritik erntete Bundeswirtschaftsminister Gabriel für geplante Ausschreibungen sowie die beabsichtigte staatliche Vorfinanzierung von Off-Shore-Windparks. Nach Ehrenhubers Auffas-

sung ist dies eine nicht hinnehmbare Bevorzugung von Windstrom aus dem Norden und schädlich für die Energiewende in Bayern. Insgesamt sei es ratsam, nicht immer nur die Kosten der Energiewende in den Mittelpunkt zu stellen, sondern auch den Fokus auf den großen Nutzen und den späteren Return für die gesamte Volkswirtschaft zu richten.

Neues Positionspapier

Der scheidende Landesvorsitzende Dr. Siegfried Balleis stellte im Anschluss das neue Positionspapier des AKE unter dem Motto „Energiewende ganzheitlich anpacken: Produktion, Verteilung, Speicherung und Nutzung“ vor. Darin wird betont, dass die Energiewende eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts ist und in der Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen sowie zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit Bayerns eine „zwingende Notwendigkeit“ darstellt.

Um die Energiewende erfolgreich umsetzen zu können, fordert der AKE die Entwicklung und Anwendung eines dezentralen Energiesystems, das an die spezifischen Bedingungen der unterschiedlich ausgebildeten Region in Bayern angepasst ist. Erforderlich sei ein ganzheitlicher, integrierter Ansatz, in dem das Energiesystem in seiner Gesamtheit - angefangen von der Produktion über die Verteilung bis hin zur Speicherung und effizienten Nutzung - betrachtet wird sowie alle am Energiesystem beteiligten Bereiche wie Wärme/Kälte, Mobilität und Strom miteinander vernetzt sind.

Es wird vorgeschlagen, die Bürgerinnen und Bürger über die Einrichtung genossenschaftlicher Energiebetriebe am Umbau des Energiesystems einzubinden, um dadurch die erforderliche Akzeptanz der Bevölkerung für die Umsetzung der Maßnahmen zu erzielen.

Die noch bestehenden Lücken innerhalb des Energiesystems müssen laut AKE durch die Entwicklung innovativer Energie- und Umwelttechnologien geschlossen und durch die Bereitstellung von Regeltechniken sowie geeigneter Geschäftsmodelle ergänzt werden. Weiterhin wird die Einführung finanzieller Anreizprogramme in Form von

Förderprogrammen bzw. der Einrichtung eines Energiewendefonds gefordert, mit dem die Umsetzung der Energiewende sozial verträglich gestaltet und die Akzeptanz in der Gesellschaft erhöht wird. Diese Maßnahmen seien durch geeignete ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu flankieren.

Riesige Chance

Mit diesem Ansatz sei die Energiewende nicht nur eine Herausforderung, sondern gleichzeitig eine riesige Chance für die Gesellschaft und Wirtschaft, indem sie die Exportmöglichkeiten der bayerischen Industrie fördert, Bayern vom Import fossiler Energie aus politisch instabilen Ländern unabhängig macht sowie die regionale Wertschöpfung stärkt und damit neue Arbeitsplätze schafft.

Eingangs hatte Alexander Schenk, Principal Key Expert im Bereich Technology and Innovation der Division Energy Management der Siemens AG Österreich, über das Thema „Smart City Seestadt Aspern - Entwicklung eines Migrationspfades für die Stadt Wien“ informiert. Bei dem ambitionierten Projekt - einem der größten Stadtentwicklungsprojekte in Europa - gehe es um die Optimierung von verschiede-

nen und oft noch nicht am Markt erhältlichen Technologien.

Seestadt stelle ein Umsetzungsprojekt dar, das energieeffiziente Lösungen und innovative Smart-Home-Anwendungen im Rahmen einer realen gemischten Infrastruktur (Wohnungen, Schule, Büro, Gewerbe) hervorbringen wird, so Schenk. Zentrales Forschungsthema sei die Vernetzung. Ziel sei, mehr Intelligenz in das Gesamtsystem zu bringen.

So können beispielsweise Sensoren die gespeicherte Wärme eines Gebäudes erkennen und wissen, wann das Gebäude tatsächlich auskühlt und wieder erwärmt werden muss. Dadurch ist es möglich, mit den Daten und Wetterprognosen der Zentralanstalt für Meteorologie (ZAMG) einige Tage im Vorhinein den Heizbedarf individuell zu errechnen und das Gebäude energieeffizient zu führen.

Für Siemens steht die Beteiligung in direktem Zusammenhang mit konkretem, nutzbarem Output. Es werden Applikationen für Smart Grids, intelligente Stromsysteme und Gebäudetechnik entwickelt oder auch erweitert. Der Fokus liegt auf energieeffizienten Lösungen in den Bereichen smarte Informationstechnologien, Smart Energy und Smart Building. **DK**

Interaktives Tool:

Klimacheck für kleine Kommunen

Von den Klimawandelfolgen bleibt niemand verschont. Je nachdem, an welchem Ort man sich in Bayern befindet, können die Klimaveränderungen regional unterschiedliche und unerwünschte Folgen für die Menschen einer Gemeinde haben. Um die konkrete Betroffenheit in Erfahrung zu bringen und Auswirkungen wie Hitzebelastung, Trockenheit oder Hochwasser für die Kommunen abschätzbar zu machen, wurde der „Klimacheck“, ein interaktives PDF-Tool für Gemeinden, entwickelt.

Neben Informationen über den Klimawandel und dessen Folgen im Freistaat kann der „Klimacheck“ auch den jeweiligen Anpassungsbedarf ermitteln und den Gemeinden mit Strategieoptionen zur Seite stehen. Das Anpassungstool wurde vor allem für kleine und mittlere Gemeinden in Bayern im Rahmen des EU-Projekts C3-Alps konzipiert und entstand aus einer Kooperation des Bayerischen Umweltministeriums und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Fakultät für Tourismus.

Die aus dem „Klimacheck“ gewonnenen Erkenntnisse sollten in aktuelle strategische Planungs- und Investitionsentscheidungen miteinbezogen werden, um Bayerns Kommunen für die Zukunft klimasicher zu machen. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist es aus ökologischer und ökonomischer Sicht am sinnvollsten, die Handlungsoptionen der Gegenwart zu nutzen. Nichtstun wäre angesichts der Folgen des Klimawandels die teuerste Variante.

Das Wissen einer Gemeinde über den Klimawandel vor Ort wird über Formulare und Checklisten anhand folgender Punkte abgerufen:

- Hitzebelastung: Steigende thermische Belastungen auf Straßen, öffentlichen Plätzen und in Gebäuden durch zunehmende Hitzeperioden im Sommer.
- Trockenheit: Verstärktes Auftreten von Trockenphasen und regionalen Dürreperioden mit Auswirkungen auf u. a. Grundwasserneubildung, Abwasserbeseitigung, Wasserqualität, (Wald-) Brandgefahr.
- Starkniederschläge und kleinräumige Überflutungen: Verstärktes Auftreten kleinräumiger und kurzfristiger Starkniederschlagsereignisse, die zu kleinräumigen Überflutungen auf öffentlichen Straßen, Plätzen und privaten Grundstücken führen. Im Winter zunehmende Schneelast auf Gebäuden
- Hochwasser: Häufigere und größere Hochwasser mit erhöhter Schadenswirkung, besonders im Winterhalbjahr.
- Sturmereignisse: Zunahme der Intensität und Häufigkeit von Stürmen, die zu Schäden an Gebäuden und im öffentlichen Raum führen.
- Lawinengefahr: Zunahme der Lawinengefahr durch veränderte

Schneekonsistenz (feucht, schwer) und Starkschneefälle. Verstärkung des Gefahrenpotentials für Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur.

- Georisiken (Muren, Erdstöße, Steinschlag, Felssturz): Zunahme der Gefahr durch Georisiken durch häufigere Frostwechsel und Starkniederschläge. Verstärkung des Gefahrenpotentials für Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur.

- Veränderungen der Schneebedeckung mit Folgen für den Tourismus: Rückgang der Schneebedeckung, besonders in tiefen und mittleren Lagen und dadurch zunehmende Unsicherheit bei der Durchführung schneebasierter Aktivitäten.

Der „Klimacheck“ gliedert sich in drei Abschnitte: 1. Informationen über den Klimawandel und seine Folgen in Bayern, 2. Ermittlung der individuellen Betroffenheit der Gemeinden durch die Folgen des Klimawandels, 3. Anpassungsmaßnahmen und Strategien zur Umsetzung.

Nicht alle Regionen und Kommunen sind von den oben genannten Folgen gleichermaßen betroffen. In Abschnitt 2 kann die Kommune herausfinden, welche Klimawandelfolgen sie betreffen. Dies ist notwendig, damit sie sich im nächsten Abschnitt gezielt über Anpassungsmaßnahmen informieren können.

Abschnitt 3 wiederum zeigt Maßnahmen zur Anpassung an die verschiedenen Klimawandelfolgen sowie Strategien zur Umsetzung auf. Zugleich kann der aktuelle Stand in Bezug auf Anpassung in der Gemeinde überprüft und so ermittelt werden, in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf besteht.

Die Inhalte sind gegliedert nach den Klimawandelfolgen, d. h. zu jeder Klimawandelfolge gibt es eine Sammlung an Anpassungsmaßnahmen. Diese sind strukturiert nach Aufgabenbereichen, in denen die Gemeinde Zuständigkeiten besitzt. Angeführt werden folgende Handlungsfelder: Planen und Bauen, Straßen- und Wegeunterhalt, öffentliche Gebäude, Ver- und Entsorgung (Trinkwasser, Abwasser), Bevölkerungsschutz (Feuerwehr) sowie Gewässer 3. Ordnung. Darüber hinaus gibt es als optionales Handlungsfeld den Bereich Tourismus. **DK**



„Während mein Auto Ökostrom lädt, gehe ich mit gutem Gewissen einkaufen.“

LEW E-Mobility – die umweltfreundliche und sparsame Alternative im Alltag

Die Lechwerke bieten intelligente, unkomplizierte und sichere Ladelösungen – für zu Hause, den firmeneigenen Fuhrpark und im öffentlichen Raum.

Informieren Sie sich auf www.lew.de/emobil

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie



LEW

Für Transparenz und Wirtschaftlichkeit:

Energiemonitoring und Energieaudit

Unterstützung für Kommunen: Mit Energie Südbayern zu mehr Energietransparenz und Energieeffizienz

Mit zukunftsorientierten Energiedienstleistungen für Kommunen unterstützt die Energie Südbayern GmbH Städte und Gemeinden in aktuellen Energiefragen. Das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bietet Kommunen eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz – es hilft dabei, Energieverbräuche in kommunalen Liegenschaften zu analysieren, zu vergleichen und zu priorisieren. So können Kostentreiber identifiziert und Einsparungspotentiale effizient und nachhaltig ausgeschöpft werden. Auch beim aktuellen Thema Energieaudit – dieses müssen betroffene kommunale Unternehmen noch bis Anfang Dezember 2015 durchführen – unterstützt der regional verwurzelte Energiedienstleister rasch und effektiv.

Die aktuellen Entwicklungen des Energiemarkts stellen Kommunen vor eine Vielzahl von Herausforderungen – auch eine eigenständige und vorausschauende Energiepolitik wird von ihnen erwartet. Wichtiger Faktor ist hier ein wirtschaftliches Energiemanagement. Mit dem kommunalen Energiedaten Monitoring System „KEMS“ unterstützt Energie Südbayern Kommunen aktiv dabei, den Energieeinsatz in ihren Liegenschaften zu analysieren und zu optimieren. „KEMS“ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz für mehr kommunale Energieeffizienz: Es erfasst die Energieverbräuche der einzelnen Liegenschaften wie beispielsweise Schulen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser oder Kindergärten und vergleicht sie mit bundesweiten Referenzwerten.

Aus dem Ergebnis werden die wesentlichen Effizienzpotenziale ermittelt sowie eine Priorisierung der notwendigen ökologischen wie auch ökonomischen Maßnah-

men vorgenommen. „Die Priorisierung ist besonders wichtig, denn nur so lassen sich die Investitionsmittel der Kommunen gezielt bei den Liegenschaften einsetzen, die das größte Einsparpotenzial besitzen“, erklärt Jürgen Hitz, Hauptabteilungsleiter Handel und Vertrieb bei Energie Südbayern.

Steigerung des Wirkungsgrades

Im Anschluss an die Analyse können vorgeschlagene Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs eingeleitet werden. „Hierzu zählen beispielsweise die Senkung des Energieverbrauchs durch Aufdecken besonderer Kostentreiber, die Steigerung des Wirkungsgrades durch Erneuerung bzw. Optimierung von Anlagentechnik oder auch die Minimierung des Energiebedarfs durch Sanierungsmaßnahmen“, erläutert Jürgen Hitz.

Energie Südbayern bietet KEMS

gemeinsam mit der Thüga Energieeffizienz GmbH als maßgeschneidertes Dienstleistungspaket an und unterstützt die Kommunen in allen Phasen – von der systematischen Datenerhebung der Liegenschaften über die Auswertung und Analyse der Verbrauchswerte inklusive umfangreicher Referenzvergleiche bis hin zu konkreten und bewährten Handlungsempfehlungen im Zuge möglicher Sanierungsmaßnahmen. Ein persönlicher Ansprechpartner betreut und berät die Kommunen und begleitet bei Bedarf auch die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen. Schon kurzfristig führt KEMS so zu einer dauerhaft niedrigeren kommunalen Verbrauchs- und Kostensituation.

Zahlreiche Kommunen in Südbayern vertrauen bereits auf das erprobte System. „KEMS hat mich überzeugt“, bestätigt Bad Füssings 1. Bürgermeister Alois Brundobler: „Durch die deutliche und übersichtliche Darstellung des Energieverbrauchs können wir gezielt Maßnahmen ergreifen und unsere Liegenschaften effizienter machen.“

Maßgeschneiderte Unterstützung

Mit der jüngsten Novellierung des Energiedienstleistungsgesetzes sind kommunale Unternehmen aufgefordert, ihre Verpflich-

tung zu einem Energieaudit nach DIN EN 16247-1 zu prüfen. Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, an denen eine oder mehrere öffentliche Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts direkt oder indirekt mit mindestens 25 Prozent beteiligt sind, müssen bis zum 5. Dezember 2015 erstmals ein Energieaudit

durchgeführt haben – und dieses im Anschluss alle vier Jahre wiederholen. Energie Südbayern bietet betroffenen Kommunen auch hier rasche und effiziente Hilfestellung bei der Umsetzung und führt das Energieaudit über den gesamten Prozess hinweg bis zur Erstellung des Abschlussberichts durch.

Interessierte Kommunen wer-

den von einem zertifizierten Energieauditor persönlich beraten, optimieren ihren Energieeinsatz und erfüllen so rechtzeitig ihre gesetzlich vorgegebene Auditierungspflicht.

Weitere Infos zu den Themen Energiedatenmonitoring und Energieaudit finden sich unter: www.esb.de/kems □

Regionale Partnerschaft in der Erdgasversorgung:

Konzessionsvertrag in Wolfratshausen verlängert

Das Erdgas-Leitungsnetz der oberbayerischen Stadt Wolfratshausen bleibt beim regionalen Energiedienstleister Energie Südbayern GmbH (ESB). Ein entsprechender Konzessionsvertrag wurde vor kurzem unterzeichnet. Damit reiht sich Wolfratshausen ein in eine lange Reihe von Städten und Gemeinden, die den Vertrag mit ESB ebenfalls verlängert haben. Dazu zählen zum Beispiel Aichach, Bad Griesbach, Bruckmühl, Feldkirchen-Westerham, Schliersee oder Trostberg.

In der Stadt Wolfratshausen wird die Erdgas-Infrastruktur auch in Zukunft durch die Energienetze Bayern GmbH betrieben, der Netzgesellschaft im ESB-Unternehmensverbund. Der Stadtrat hat die Entscheidung getroffen, die örtliche Erdgaskonzession an Energie Südbayern zu vergeben.

Unterzeichnet wurde der Vertrag von Klaus Heilingelechner, Erster Bürgermeister von Wolfratshausen sowie von Werner Bähre, Geschäftsführer von Energie Südbayern. Die Vergabe der Konzession erfolgte im Rahmen des vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahrens. „Beim Vergabeverfahren wurden verschiedenste Aspekte objektiv, transparent und diskriminierungsfrei beleuchtet“, erklärt Klaus Heilingelechner. „ESB war dabei der günstigste und überzeu-

gendste Anbieter – dementsprechend können wir künftig an die bisher reibungslose Zusammenarbeit anknüpfen.“

Kompetenter Partner

Die ESB-Tochtergesellschaft Energienetze Bayern ist der größte regionale Gasverteilnetzbetreiber Südbayerns. „Als zuverlässiger und kompetenter Partner bieten wir Dienstleistungen rund um den Betrieb von Versorgungsnetzen an“, erläutert Anton Erb, Geschäftsführer von Energienetze Bayern. „Wir sind stolz, uns zu den effizientesten Erdgasnetzbetreibern Deutschlands zählen zu können.“

Über ein Leitungsnetz von mehr als 9.000 Kilometern werden jährlich rund 20 Milliarden Kilowattstunden Erdgas sicher und um-

weltfreundlich dorthin transportiert, wo es gebraucht wird: zu Stadtwerken, benachbarten Netzbetreibern sowie Industrie-, Gewerbe- und Privatkunden in ganz Ober- und Niederbayern.

Auch die Muttergesellschaft ESB legt als regional führender Energieversorger großen Wert auf hohe Kundenzufriedenheit. Dies belegen die Zertifizierung des Kundenservices durch den TÜV Süd sowie das unabhängig vergebene Siegel Deutschlands kundenorientierteste Dienstleister. In Oberbayern ist das Unternehmen an mehreren Standorten mit regionalen Service-Niederlassungen vertreten, in Wolfratshausen traditionell mit einer eigenen Betriebsstelle.

„Erdgas spielt im Energiemarkt der Zukunft als effizienter, emissionsarmer und günstiger Energieträger weiterhin eine bedeutende Rolle“, erklärt Energie-Südbayern-Geschäftsführer Werner Bähre anlässlich der Vertragsunterzeichnung vor Ort. „Wir freuen uns, Wolfratshausen auch künftig als kompetenten Partner unterstützen zu dürfen.“ □

Bayerngas schließt Geschäftsjahr 2014 erfolgreich ab

Der Konzern entwickelt sich zur Lösungsplattform für Energie

Der Bayerngas-Konzern hat das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 22,2 Millionen Euro abgeschlossen (2013: minus 36,1 Mio. Euro). Damit ist der Bayerngas-Konzern zurück auf der Erfolgsspur. Bereits in 2013 hatte das Unternehmen die Weichen neu gestellt. Die Vertriebs- und Handelseinheiten wurden Ende 2013 bzw. Anfang 2014 neu organisiert: Die Vertriebe der Bayerngas GmbH und der novogate GmbH wurden zur Bayerngas Vertrieb GmbH zusammengeführt und die Bayerngas Energy Trading GmbH schuf eine eigene Einheit, um das Handels- und Dienstleistungsgeschäft auszubauen. Die Kunden des Bayerngas-Konzerns konnten damit zielgruppenspezifisch betreut werden.

Als Ergebnis hat die Münchner Unternehmensgruppe ihren signifikanten Marktanteil im deutschen Gasmarkt in 2014 behauptet: Im wärmsten Jahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen in Deutschland erzielte der Bayerngas-Konzern ein Gasabsatzvolumen von 81,2 Milliarden Kilowattstunden (2013: 86,2 Mrd. kWh).

Die organisatorischen Änderungen waren ein Zwischenschritt. Die Bayerngas entwickelt sich zur Lösungsplattform für Energie und plant die Zusammenführung von Bayerngas Vertrieb GmbH und Bayerngas Energy Trading GmbH.

Zwei Marktentwicklungen liegen den Überlegungen von Bayerngas zugrunde: Erstens die immer weitergehende Komplexität im Markt mit dem Wunsch und der Notwendigkeit bei den Kunden, sich auf das eigentliche Kerngeschäft fokussieren zu wollen; zweitens das Bedürfnis nach persönlicher Betreuung und entsprechend flexiblen Lösungen.

Die zunehmende Komplexität und der Wunsch nach Flexibilität zwingen zum Vorhalten teuren Expertenwissens und teurer Systeme. Das ist wirtschaftlich nur sinnvoll, wenn die dahinterliegenden Kostenstrukturen schmal sind.

„Make or use“, das ist die Frage, die sich Stadtwerke, Regionalversorger und Industriekunden vermehrt stellen müssen“, so Günter Bauer, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH. „Der Kunde kauft

gezielt die feinsortierten Instrumente, die er nach individueller Definition seines Kerngeschäfts benötigt. Er nutzt uns, bleibt Herr über sein Gesamtgeschäft und erhöht seine Gewinnchancen. Wenn man so will: Die Individualisierung der Dienstleistungen. Um den Kunden darüber hinaus mehr Flexibilität aus einer Hand zu bieten, planen wir für 2016 die Verbindung der Leistungsportfolios von Bayerngas Vertrieb GmbH und Bayerngas Energy Trading GmbH“, so Bauer.

Individuelles Portfolio

Roland Jans, einer der Geschäftsführer der Bayerngas Energy Trading GmbH, erklärt: „Unser Anspruch ist, dass unsere Partner mehr als die berühmte Summe der Einzelteile erhalten. Wir werden auch in der zukünftigen Struktur weiterhin professioneller Partner für Handelshäuser, internationale Börsen und Broker sein. Gleichzeitig werden wir das Unternehmen sein, das sich durch den persönlichen Kontakt und das Angebot eines individuellen Portfolios energiewirtschaftlicher Lösungen auszeichnet. Das gilt sowohl für handels- als auch für vertriebsorientierte Partner in hoher fachlicher Güte.“

Zusätzliche Flexibilität entsteht für den Kunden durch die Aufnahme des Angebots von Strom und Energie-Effizienzdienstleistungen sowie die schrittweise Ausweitung

der Belieferung von Industrie-Bestandskunden mit Gas in den angrenzenden Nachbarländern.

Bauer erläutert: „Unsere Kunden möchten zusätzlich zu unseren bisherigen Gaslösungen auch Stromprodukte von uns. Dahinter verbirgt sich der Wunsch der Kunden, die für Bayerngas typische persönliche Beratung auch für Stromlösungen zu erhalten. Das zeigt den Wert einer langfristigen vertrauensvollen Anbieter-Kunden-Beziehung. Stromprodukte werden für Bayerngas ein weiterer wichtiger Baustein des zukünftigen Produktportfolios: individuelle Gaslösungen, Stromprodukte sowie neue Beratungsprodukte und Effizienzdienstleistungen.“

Dr. Thomas Rupprich, Geschäftsführer Bayerngas Vertrieb GmbH: „Die Ausweitung der Belieferung mit Gas in angrenzende Nachbarländer stellt einen erheblichen Effizienzgewinn für unsere Bestandskunden dar. Neben Österreich werden wir bereits Anfang 2016 erste Lieferungen in diesen Marktgebieten aufnehmen. Das Angebot von Effizienzdienstleistungen folgt dem Gesetzgebungsprozess. Ab 1. Dezember 2015 sind Energieaudits für Nicht-KMUs verpflichtend. Mit unserer guten Marktposition im Industriekundenbereich und den dort erworbenen Branchenkenntnissen sind wir der natürliche Partner auch für Energieeffizienzdienstleistungen. Technische Dienstleistungen und Energieflussbetrachtungen bieten wir seit mehr als zehn Jahren erfolgreich an. Zudem sammeln wir gegenwärtig Erfahrungswerte zu Effizienzrichtlinienkonformen Dienstleistungen im österreichischen Markt. Die feste Aufnahme von Stromprodukten in unser Portfolio ist für das erste Quartal 2016 geplant.“ □



Transparent, effizient, wirtschaftlich.
Energiedaten-Monitoring und Energieaudit für Kommunen.

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner – ebenso für das aktuelle Thema Energieaudit. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ und die Energieaudit-Durchführung bieten wir ganzheitliche Lösungen für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon 089 68003-521 oder per E-Mail unter kems@esb.de.

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kems

DVGW veröffentlicht wissenschaftliche Power-to-Gas-Studie:

Mögliche Reduzierung des Netzausbaus

Eine wissenschaftliche Studie zur netzausbaudämpfenden Wirkung der Power-to-Gas-Technologie, die der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) aktuell veröffentlicht hat, ist zum Ergebnis gekommen, dass der netzdienliche Einsatz von Power-to-Gas-Anlagen zu einer Entlastung des gesamten Verteilungsnetzes und somit zu einer Verringerung des erforderlichen Stromnetzausbaus führen kann. Damit kommt der Power-to-Gas-Technologie, mit der Ökostrom durch Elektrolyse in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert werden kann, eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Energiewende zu.

Dem interdisziplinären Studienteam gehörten Vertreter aus Wissenschaft und Forschung an. Neben dem Lehrstuhl für Elektrische Energieversorgungs- und Energietechnik an der Bergischen Universität Wuppertal (BUW) und dem Institut für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft

an der RWTH Aachen brachten die DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH und die DVGW-Forschungsstelle am Engler-Bunte-Institut in Karlsruhe ihre gasfachliche Expertise in die Untersuchung mit ein.

Wie die Untersuchung zeigt, kann durch die Integration der

Kopplungselemente Power-to-Gas-Anlage und bivalente Gasvorwärmanlagen ein ausreichendes Verschiebepotenzial bereitgestellt werden. Dadurch ist es möglich, den erforderlichen Ausbaubedarf der Stromnetze bei netzdienlicher Fahrweise signifikant zu reduzieren. Hierzu müssen laut Studie die Power-to-Gas-Anlagen auf Verteilungsebene innerhalb der nächsten zehn Jahre errichtet werden, da der weitere Zubau an dezentralen Erzeugungsanlagen größtenteils in dieser Zeitspanne erfolgen wird.

Eine Wirtschaftlichkeit übergreifender Smart-Grid-Konzepte für Strom- und Gasverteilungsnetze wird dabei erreicht durch Deckungsbeiträge aus Markt und Netz, Kopplung der Netze auf möglichst niedriger Spannungsebene, Investitionskosten für kleine Power-to-Gas-Anlagen (H2) von ca. 1.000 Euro/kWh (inklusive Einspeisung) sowie ein ausreichendes Zumischungspotenzial für Wasserstoff in den Gasnetzen.

Langzeitspeichertechnologie

Weiterhin wird so durch das Kopplungselement Power-to-Gas dem Energiesystem die bei einer hohen Durchdringung mit erneuerbaren Energien langfristig benötigte Langzeitspeichertechnologie zur Verfügung gestellt. Die voraussichtliche entlastende Wirkung bis in das Hochspannungsnetz hinein muss noch abgeschätzt werden und ist Bestandteil eines geplanten Nachfolgeprojektes.

Empfehlung

Nach Empfehlung des Studienteams sollte auf Seiten der Netzbetreiber die Planung zur Umgestaltung der Strom- und Gasnetze zukünftig so erfolgen, dass eine Kopplung der Netze über entsprechende Kopplungselemente (Power-to-Gas-Anla-

gen und bivalente Gasvorwärmanlagen) und somit eine optimierte und mittel- bis langfristig kostengünstigste und zukunftsichere Lösung ermöglicht wird. Die Ergebnisse der Berechnungen haben gezeigt, dass die Integration von PtGA aus technischer Sicht sehr interessant ist. Aufgrund der im Vergleich zum Stromnetzausbau hohen Kosten für die PtGA lässt sich die Kopplung der Netze im derzeitigen Marktumfeld nicht wirtschaftlich darstellen.

Hersteller von PtG- und Einspeiseanlagen sind daher gefragt, die Kosten für die Anlagen durch z. B. Serienfertigung, Standardisierung und Modularisierung deutlich zu reduzieren. Zudem besteht vor allem bei der Methanisierung noch Bedarf bei der Erhöhung der Flexibilität (Reduzierung der Startzeiten, Optimierung des Betriebsbereichs und der Leistungsänderungsgeschwindigkeit), um größere Potenziale zur Energiespeicherung, als mit Wasserstoff möglich wären, auch in der NS/MS-Ebene bereitzustellen.

Diverse Werkzeuge

Die Politik ist nach Auffassung der Experten dazu aufgerufen, das Marktumfeld so zu gestalten, dass ein wirtschaftlicher Betrieb von PtG-Anlagen möglich ist. Hierzu stehen dem Gesetzgeber unterschiedliche Werkzeuge zur Verfügung. Beispielsweise können die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und die Speicherung von Energie geändert werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den volkswirtschaftlichen Nutzen teilweise auf die Betreiber umzulegen.

Um eine effektive Optimierung der Energienetze planen zu können, ist auf eine kostengünstige Lösung hinzuwirken. Dies kann durch z. B. eine zeitweilige Zusammenführung der momentan unabhängig agierenden Bereiche „Transport von Energie – Netze“, „Verkauf von Energie“ und „Stromerzeugung“ erreicht werden. Zu verhindern ist, dass ein Bereich auf Kosten der anderen Bereiche eine Gewinnmaximierung anstrebt und somit nur eine suboptimale Lösung erzielt wird. **DK**



Klaus-Peter Dietmayer in Frankfurt bei Audi:

Premiere A4 g-tron mit Power-to-Gas von erdgas schwaben

Saubere Autos, saubere Werte und sauberes Klima – mit Erdgas im Tank! Vor kurzem tagte der Aufsichtsrat Zukunft Erdgas e.V. in Frankfurt am Main. Anlässlich der Premiere des Erdgas-A4 g-trons von Audi auf der parallel laufenden Internationalen Automobil Ausstellung besuchten die Aufsichtsratsmitglieder durch Vermittlung von Klaus-Peter Dietmayer den Stand von Audi.

Der neue A4 g-tron, der mit Bio-Erdgas von erdgas schwaben fährt, wurde dem interessierten Publikum in allen Einzelheiten präsentiert. Das Bio-Erdgas wird ebenfalls in Frankfurt produziert. Klaus-Peter Dietmayer hatte für erdgas schwaben schon 2014 exklusiv die komplette Produktion der Power-to-Gas-Demonstrationsanlage gesichert. „Das saubere Auto gibt es längst. Ganz frei von jeder Manipulation: Das Erdgas-Auto!“, betont Klaus-Peter Dietmayer. „Und mit dem A4 gibt es jetzt ein absolutes Spitzenmodell.“

Dazu ist im Internet folgendes Video abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=3NPK90kiKiM>

Thüga Strom zu Gas-Anlage:

Präqualifiziert für Regelenergiemarkt

München/Frankfurt am Main: Die Strom zu Gas-Anlage der Thüga-Gruppe hat sich für die Teilnahme am Markt für Sekundärregelenergie präqualifiziert. „Damit haben wir erneut ein gestecktes Ziel erreicht. Schon frühere Tests hatten gezeigt, dass der Elektrolyseur selbst sehr schnell hoch und runter geregelt werden kann – Voraussetzung für die Teilnahme am Regelenergiemarkt“, so Michael Riechel, Sprecher des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

Die Anlage wird künftig vor allem negative Sekundär-Regelleistung bereitstellen. Das heißt, sie kann - wenn sich zu viel Strom im Netz befindet - die Lastabnahme des Elektrolyseurs auf Anforderung des Übertragungsnetzbetreibers erhöhen. Die Anlage nimmt dann den Strom auf und wandelt ihn in Wasserstoff um. Damit trägt sie auch zur Stabilität des Stromnetzes bei. Die Vermarktung erfolgt über den Pool der Mainova AG, die Anlagensteuerung dann über den Übertragungsnetzbetreiber TenneT.

Anlage leistet Pionierarbeit in vielen Bereichen

Für den PEM-Elektrolyseur ist der Einsatz in Kombination mit der Strom zu Gas-Technologie inklusive Einspeisung in das Erdgasverteilnetz neu: „Die Thüga Strom zu Gas-Anlage war die erste dieser Art weltweit, in der die Technologie so zum Einsatz gebracht wurde“, so Phil Doran, Geschäftsführer ITM Power GmbH – dem Hersteller der Anlage. Die 13 Partnerunternehmen der Strom zu Gas-Plattform haben sich für diese Technologie entschieden, weil sie umweltfreundlich ist, die Anlage lastflexibel macht und eine sehr kompakte Bauweise aufweist. „Mit dieser Anlage leisten wir in vielen Bereichen Pionierarbeit, daher sind unsere Ergebnisse auch von hoher Relevanz“, betont Riechel.

Der erste Belastungstest hatte im relevanten Lastbereich (zwischen 50 und circa 320 Kilowatt) ergeben, dass die Gesamtanlage - von der Stromentnahme bis zur Gaseinspeisung - einen Wirkungsgrad von bis zu 77 Prozent, bezogen auf den Brennwert, erreicht. „Ein Grund für den hohen Wirkungsgrad ist auch die Tatsache, dass wir direkt in das Gasverteilnetz einspeisen und damit auf einen Verdichter verzichten können“, erklärt Riechel weiter.

Gemeinsam mit dem European Institute for Energy Research und der DVGW-Forschungsstelle am Engler-Bunte-Institut hat die Thüga Strom zu Gas-Projektplattform Anfang des Jahres den ersten Belastungstest durchgeführt. Analysiert wurden dabei Wirkungsgrad, Regelgeschwindigkeit, Lastverhalten und die Gasqualität. Der

Belastungstest wird im Laufe der geplanten Betriebszeit (2014 bis 2016) der Anlage noch zweimal wiederholt.

Integration der Anlage in ein intelligentes Energiesystem

Neben der Analyse technischer Parameter der Anlage steht während der Betriebsphase auch im Fokus, wie die Anlage künftig in ein zunehmend intelligentes Energiesystem integriert werden kann. „Wir wollen die Anlage für die Dauer eines Demonstrationsbetriebes so einbinden, dass sie aktiv dazu beiträgt, die Unterschiede zwischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und Stromverbrauch auszugleichen“, erklärt Riechel. Dafür entwickelt das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme eine Software für eine entsprechende Echtzeit-Steuerung.

Strom zu Gas-Projektplattform

In einer Projektplattform bündeln 13 Unternehmen der Thüga-Gruppe ihr Know-how und Kapital, um gemeinsam in die Entwicklung der Strom zu Gas-Speichertechnologie zu investieren. Im Fokus steht die Prüfung der Praxistauglichkeit der Strom zu Gas-Technologie. Die Unternehmen sind überzeugt, dass diese langfristig das größte Potential hat, die überschüssigen Mengen an regenerativen Energien zu speichern.

Zu diesem Zweck entwickeln, bauen und betreiben die Unternehmen über mehrere Jahre (2012 – 2016) gemeinsam eine eigene Demonstrationsanlage in Frankfurt am Main. Die Anlage wandelt Strom in Wasserstoff um und speichert diesen dann in das Gasverteilnetz ein. Insgesamt werden sie über 1,5 Millionen Euro investieren. Gefördert wird das Projekt vom hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung sowie der Europäischen Union. Im Anschluss an die erste Phase ziehen die Projektteilnehmer ein zweites Projekt in Betracht, in der aus Wasserstoff und Kohlenstoffdioxid synthetisches Methan erzeugt und eingespeist werden soll.

Nähere Informationen unter: www.szg-energiespeicher.de

Stadtwerke Augsburg:

Neue Netzgesellschaft gegründet

Im Zuge der Neuausrichtung der Stadtwerke Augsburg wird ab sofort die neue swa Netze GmbH Betreiber der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze der Stadtwerke Augsburg (swa) sein. Die Eintragung im Handelsregister ist Ende August 2015 erfolgt. Die große Netzgesellschaft tritt an die Stelle der früheren Stadtwerke-Tochter Netze Augsburg GmbH.

Die neue swa Netze GmbH ist als 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Augsburg Energie GmbH ebenfalls Teil der Unternehmensgruppe der Stadtwerke Augsburg.

In der swa Netze GmbH sind künftig 525 der rund 1.800 Mitarbeiter der Stadtwerke angestellt. Geschäftsführer bleibt der Chef der bisherigen Netze Augsburg GmbH, Dr. Franz Ottilinger. Die Neuausrichtung wurde durch sich verändernde Vorgaben der Bundesnetzagentur im Zuge der sogenannten Regulierung notwendig. Auch die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze selbst sind künftig Eigentum der swa Netze GmbH. Das Wassernetz ist nicht betroffen und verbleibt weiterhin bei der ebenfalls 100-prozentigen Stadtwerke-Tochter Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH. **DK**

Der schönste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Facebook YouTube

UMWELT PAKT BAYERN KUMAS UMWELTNETZWERK eza! energie & umweltzentrum alpen dena Deutsche Energie-Agentur TÜV SÜD Regionale Energieagentur AUGSBURG

Bayernwerk Natur:

Partner der Gemeinde Ascha

Die Bayernwerk Natur GmbH und die Nahwärme Ascha GmbH sind neue Partner. Die Kooperation haben Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur, und Wolfgang Zirngibl, Bürgermeister der Gemeinde, jetzt bekannt gegeben.

Die Tochter des Energienetzbetreibers Bayernwerk übernimmt nach Zustimmung der Gesellschafter und der Geschäftsführung 90 Prozent der Anteile an dem bislang kommunalen Nahwärme-Unternehmen im Landkreis Straubing-Bogen. Die Nahwärme Ascha GmbH betreibt neben einem Biomassekessel, einem Heizkessel und einer Holz Trocknungsanlage das örtliche Fernwärmenetz mit rund 100 angeschlossenen Kunden. In einem weiteren Schritt der Kooperation wurden die innovative Holzvergassungsanlage, die nicht nur Wärme, sondern auch Strom regenerativ erzeugt und die Photovoltaik-Anlage der benachbarten Strom. Wärme. Ascha. GmbH (S.W.A.G.) übernommen und in die Nahwärme Ascha GmbH integriert. Somit kommt die Wärmeversorgung aus einer Hand und sichert die zukünftige umweltgerechte Wärmeversorgung in Ascha.

„Wir freuen uns über den erfolgreichen Abschluss der Partnerschaft mit der Gemeinde Ascha. Die Ausrichtung der Nahwärme Ascha GmbH passt im Hinblick auf die dezentrale und regenerative Strom- und Wärmeversorgung hervorragend zur Bayernwerk Natur. Mit der Kooperation setzen wir ein sichtbares Zeichen als Gestalter der Energiezukunft in Bayern“, sagte Geschäftsführer Werner Dehmel. Die Gemeinde Ascha

sei über die Grenzen des Freistaats als Kommune für ihr ausgezeichnetes, nachhaltiges Energiekonzept anerkannt. Das außergewöhnliche kommunale Engagement in Ascha habe seit vielen Jahren eine hohe Bekanntheit und das angebotene Strom- und Wärmeangebot genieße das Vertrauen und die Akzeptanz der Kunden.

Die Gemeinde wird auch in Zukunft zehn Prozent ihrer Anteile an der Nahwärme Ascha halten. Wolfgang Zirngibl zeigte sich nach Abschluss der Kooperationsvereinbarung zufrieden. „Die Bayernwerk Natur war unser Wunschpartner für eine Zusammenarbeit. Das Unternehmen bringt seine langjährige Erfahrung im Betrieb dezentraler, regenerativer Anlagen und die wirtschaftliche Perspektive zur Entwicklung unserer Energie-Gesellschaft in die Partnerschaft ein“, sagte Aschas Bürgermeister. Die regionale Verankerung der Bayernwerk Natur habe der Gemeinde die Entscheidung erleichtert. Für die Kunden ergeben sich durch die neuen Eigentümerverhältnisse keine Änderungen. Neben der bestehenden nachhaltigen Wärmeversorgung hat sich die Nahwärme Ascha GmbH nach Aussage von Werner Dehmel das Ziel gesetzt, das Nahwärmenetz auszubauen und weitere Kunden mit regenerativer Wärme zu versorgen. □



Die Bayernwerk Natur GmbH und die Nahwärme Ascha GmbH sind neue Partner - die Kooperation haben Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur, und Bürgermeister Wolfgang Zirngibl bekannt gegeben.

Bürgerenergiepreis Niederbayern 2015

Im Rahmen einer Festveranstaltung in Landshut hat das Bayernwerk den mit Unterstützung der Regierung von Niederbayern ins Leben gerufenen Bürgerenergiepreis Niederbayern vergeben. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert.

„Der Bürgerenergiepreis ist eine noch junge Auszeichnung. Der Preis wurde 2013 hier in Niederbayern ins Leben gerufen und ist inzwischen in vier bayerischen Regierungsbezirken angekommen“, erklärte Christoph Henzel, Leiter des Geschäftsbereichs Kommunalmanagement des Bayernwerks. „Wir möchten mit dem Bürgerenergiepreis den Blick auf die Impulse lenken, mit denen Bürger der Energiezukunft vor Ort und in ihrem persönlichen Umfeld Schubkraft verleihen“, so Henzel. „Denn Bürgerinnen und Bürger, die in

ihrem Umfeld eigene Ideen umsetzen, sind wichtige Wegbereiter für eine erfolgreiche Energiezukunft“, stellte Henzel fest.

Der niederbayerische Regierungsvizepräsident Dr. Helmut Graf begrüßte die Zielrichtung des Bürgerenergiepreises und die Initiative, das Gestalter der Energiewende vor Ort ausgezeichnet werden. Die Preisträger des Bürgerenergiepreises Niederbayern 2015 erhalten jeweils 3.333 Euro. Dabei handelt es sich um:

Maria Kulzer mit ihrem Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung in der Gemeinde Ascha“

Jurybegründung: Maria Kulzer hat in der Gemeinde Ascha über Jahre hinweg eine Vielzahl von Aktionen angestoßen und durchgeführt, die der Einsparung von Energie und dem Schutz der Umwelt dienen. So initiierte sie unter anderem Programme zum Austausch von Heizpumpen und zur Förderung der Elektromobilität, die dann von der Gemeinde Ascha umgesetzt wurden.

Besonders bemerkenswert ist, mit welcher Konsequenz und Ausdauer sie ihr Vorhaben bereits zu einem Zeitpunkt begann, zu dem die Energiewende noch kein stehender Begriff war. Mit Ihrem Engagement ist sie ein echter Impulsgeber. Wichtig ist auch, dass die Erfolge der Gemeinschaftsarbeit weit über die Gemeindegrenzen hinaus kommuniziert werden und Besuchergruppen sich regelmäßig vor Ort über den von Ascha eingeschlagenen Weg informieren. Ascha nimmt damit eine echte Vorbildfunktion ein.

Die Mittelschule Viechtach mit ihrem Projekt „Umweltbildung Nachmittagsbetreuung“

Jurybegründung: In der Nachmittagsbetreuung der Mittelschule Viechtach wird Wert darauf gelegt, dass die Schülerinnen und Schüler die Zeit nutzen, um ein Bewusstsein für Energieeffizienz und Ökologie zu entwickeln. Dazu werden Schülergruppen gebildet, die festgelegte Themen bearbeiten und ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentieren. Beispiele aus den letzten Jahren waren der Wald, Müll, Stromerzeugung und der Wasserkreislauf.

Unter der ehrenamtlichen Betreuung von Alois Pinzl entstehen auf diese Weise jedes Jahr Flyer und eine kleine Ausstellung zum jeweiligen Schwerpunktthema. Um mehr Besucher zu erreichen, beschränkt man sich dabei nicht nur auf die Schule, sondern geht mit der Ausstellung auf Wanderschaft, in Kaufhäuser, in Banken, ins Rathaus und in andere Schulen. Durch dieses Projekt werden weite Teile der Bevölkerung erreicht und Anregungen zu um-

Straßenbeleuchtung im Praxistest

Pilotprojekt „Intelligent City 2.0“ des Bayernwerks in Abensberg vorgestellt

Kommunen sind verpflichtet, öffentliche Straßen und Plätze zu beleuchten, um Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Steigende Energiekosten, knappe finanzielle Mittel und immer höhere Anforderungen an die Energieeffizienz machen diese Aufgabe extrem anspruchsvoll. Neue Lösungen sind gefragt, die ein effizientes Straßenbeleuchtungsmanagement ermöglichen und helfen, vorhandene Ressourcen optimal zu nutzen.

Das Bayernwerk ist nicht nur regionaler Netzbetreiber in Bayern, sondern steht auch mehr als 1.200 Kommunen als Partner im Bereich der Straßenbeleuchtung zur Seite. Auf 34.500 Kilometer erstreckt sich das Straßenbeleuchtungsnetz, das vom Unternehmen betrieben wird.

„Mit der technologischen Weiterentwicklung der Netzinfrastruktur wollen wir einen wichtigen Beitrag für die Energiezukunft leisten. Diesen Ansatz verfolgen wir auch bei der Straßenbeleuchtung“, so Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG bei der Vorstellung des Pilotprojekts „Intelligent City 2.0“ in der Stadt Abensberg.

Straßenbeleuchtungsdaten müssen möglichst effektiv gemessen, überwacht, analysiert und ausgewertet werden können. „Und dies praktizieren wir mit unserem Pilotprojekt in Abensberg“, erklärte Gotzel. „Wir stellen uns dieser Herausforderung und testen seit Februar 2015 gemeinsam mit der Stadt Abensberg ein neues System zur Beleuchtungsfernverwaltung.“

Im Rahmen des Pilotprojekts wurden 27 intelligente GPRS-fähige LED-Leuchten der Firma Philips in Verbindung mit dem Leuchtenmanagementsystem CityTouch LightWave installiert. Ziel des Projekts ist es, Erfahrungen mit GPRS-fähigen Leuchten zu sammeln, die über eine internetfähige Cloud-Software gesteuert werden können. Die eingesetzten LED-Leuchten verfügen über einen integrierten Chip, über den sie kommunizieren können.

„Und der Erfolg kann sich wohl sehen lassen“, betonte Gotzel. Die in Abensberg eingesetzten LED Leuchten seien mit jeweils 40 LEDs bestückt und können mit einer Systemleistung von 16 bis 85 Watt betrieben werden. „In Ver-

bindung mit dem Leuchtenmanagementsystem konnte in Abensberg eine Energieeinsparung von rund 70 Prozent bei gleichzeitiger Verbesserung des Beleuchtungsniveaus erzielt werden. Dies entspricht einer CO₂-Einsparung von 6,8 Tonnen pro Jahr.“

Die Leuchten lokalisieren sich bei Inbetriebnahme selbst und melden sich eigenständig an der verbundenen Plattform an. Von dort können sie mittels einer visualisierten Darstellung auf einfache Weise gesteuert werden. Der Kommunikationsweg läuft zweigleisig. Zum einen liefern die Leuchten Daten über ihren aktuellen Betriebszustand und melden sich bei eventuellen Störungen automatisch bei einem Handy, einer E-Mailadresse oder direkt beim Hersteller. Durch die ständige Transparenz über den Zustand der Straßenbeleuchtung kann besser und schneller auf Abweichungen reagiert werden.

Zum anderen ist über die Plattform eine flexible Anpassung des Beleuchtungsniveaus und der Schaltzeiten in Echtzeit möglich. Entweder direkt per Mausclick oder anhand von hinterlegten Lichtplänen für verkehrsschwache Zeiten, für Zeitumstellungen oder für Veranstaltungen. Durch die bedarfsgerechte Beleuchtung kann der Energieverbrauch deutlich gesenkt werden.

Die schnelle und flexible Straßenbeleuchtungssteuerung ist längst noch nicht alles. Die Verbindung von moderner Hard- und Software bietet grundsätzlich Möglichkeiten für weitere Anwendungen. So ist es technisch denkbar, dass zukünftig CO₂-Werte, Feinstaubbelastungen, Daten aus Verkehrszählungen oder freie Parkplätze durch „smarte Leuchten“ zur Weiterverarbeitung an Vertreter von Kommunen weitergeleitet werden. □



Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks (Vierter von links), stellt dem Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Dritter von rechts) im Beisein von Vertretern des Unternehmens und der Stadt das Pilotprojekt vor. □

weltfreundlichem Verhalten gegeben. Die Schule geht als Vorbild für andere Schulen voran.

Thomas Piller aus Rattenberg mit seinem Projekt „Hackschnitzel-Qualitätsoptimierung“

Jurybegründung: Waldhackschnitzel aus nachhaltiger Produktion sind ein umweltfreundlicher und CO₂-neutraler Brennstoff. Dies gilt aber nur, wenn qualitativ hochwertige Hackschnitzel eingesetzt werden. Ist dies nicht der Fall, wird der Flugascheanteil durch Verschmutzungen und überhöhten Staubgehalt zu hoch und die Filter der Biomassekessel werden überfordert. Das erschwert nicht nur die Einhaltung der Staubgrenzwerte, sondern kann auch zu Betriebsstörungen führen.

Thomas Piller hatte die Idee, eine Genossenschaft zu gründen, die das Problem bei der Wurzel packt: Sie schaffte eine mobile Hackschnitzelreinigungsanlage an, mit der der Brennstoff direkt vor Ort in den Lagern vom Staub befreit werden kann. Dadurch werden die genannten Probleme gelöst und Restholz wie Stauden, Äste und Überholz, das im unbehandelten Zustand zu starke Verunreinigungen aufweist, kann in Biomassekesseln genutzt werden. Durch seinen Anstoß hat Thomas Piller dafür gesorgt, dass vorhandene natürliche Ressourcen optimal genutzt werden können und die Energiewende in der Region wieder einen Schritt voranschreiten kann. □

Für ein lebendiges Bayern.

Wir machen uns stark für die Menschen in der Region und engagieren uns für Gesellschaft, Kultur und Ökologie.

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Energiewende in Bayern:

Wasserkraft ist und bleibt eine tragende Säule

Anlässlich der Jahrestagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) berichtete der 1. Vorsitzende der VWB, Fritz Schweiger, im vollbesetzten Nockherbergsaal über die Neuerungen auf dem Stromsektor in Bayern. Dazu konnte er zahlreiche Ehrengäste, insbesondere aus Wirtschaft und Politik begrüßen. Er dankte den Vorständen, den Beiräten sowie der Geschäftsstelle und den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit im vergangenen Wasserkraftjahr.

Dann ging er auf die Energiewende und den Wandel im Stromsektor ein. Er führte aus, dass auf die Effizienz sowie auf die Intelligenz im Strommarkt in Zukunft

ein stärkeres Augenmerk gelegt werden muss.

Anschließend sprach der Staatssekretär des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Me-

dien, Energie und Technologie, Franz Josef Pschierer. Er führte aus, dass es mit größten Anstrengungen verbunden sei, die unterschiedlichen Interessen bei der Wasserkraft in Einklang zu bringen. Es wird künftig ein Interessensausgleich stattfinden müssen, um die gemeinsame Sache der Energiewende voranzubringen. Hier muss Ökologie und Ökonomie verbunden werden. Bis 2025 soll der Anteil der Energie an der

bayerischen Stromerzeugung von derzeit ca. 36 % auf 60 % Erneuerbarer steigen. Außerdem sprach er über die Systemstabilität und die Systemdienlichkeit der Wasserkraft, was in Zukunft auf jeden Fall mehr zu beachten sein wird.

Glühender Verfechter

Dipl.Ing. Hermann Steinmaß, Altlandrat des Landkreises Traunstein und MdL a.D., ist ein glühender Verfechter der erneuerbaren Energien und macht sich dabei für eine Wasserkraftnutzung in Bayern und hier ganz besonders im Landkreis Traunstein stark. Steinmaß ging auf die Ziele einer zukünftigen Stromversorgung ein. Hier nannte er die Versorgungssicherheit an erster Stelle, gefolgt von der Wirtschaftlichkeit und der Nachhaltigkeit.

Als weiteren Aspekt nannte er die Preiswürdigkeit der Energie, um im Wettbewerb bestehen zu können. Bei all diesen Faktoren schneide die Wasserkraft hervor-



V.l.: Fritz Schweiger, Franz-Josef Pschierer, Stefan Pastötter und Hermann Steinmaß.

Forschungsprojekt Smart Power Flow:

Erprobter Einsatz von Großbatterien

Ortsspeicher in Tussenhausen in Betrieb genommen

Im Projekt Smart Power Flow wird der Einsatz einer großen Vanadium-Redox-Flow-Batterie im lokalen Niederspannungsnetz der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) erprobt. Dazu wurde heute der Ortsspeicher in Tussenhausen offiziell in Betrieb genommen. Der Batteriespeicher soll das regionale Stromnetz unterstützen und entlasten. Er ist der bislang größte Speicher seiner Art in Bayern. An dem Pilotprojekt Smart Power Flow sind neben der LVN auch das Reiner Lemoine Institut, die SMA Solar Technology AG und der Speicherpionier Younicos AG beteiligt.

Der Umbau der Energieversorgung in Deutschland hat große Auswirkungen auf die regionalen Stromnetze. Ursprünglich waren die Netze zum Verteilen des Stroms angelegt. Heute sammeln sie in Bayerisch-Schwaben auch immer mehr Strom aus den zahlreichen Photovoltaik-Anlagen ein. Der neue Ortsspeicher soll den überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien lokal zwischenspeichern und später bei Bedarf wieder ins Ortsnetz abgeben. Der Batteriespeicher schafft so einen effizienten, lokalen Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch.

Vorreiter Bayern

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer: „Wir stellen unser Energiesystem um und sind bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Bayern im bundesweiten Vergleich Vorreiter. Umso wichtiger ist es, die erneuerbaren Energien optimal in das Stromnetz zu integrieren. Hierbei spielen Pilotprojekte wie Smart Power Flow eine bedeutende Rolle.“

Im Projekt Smart Power Flow soll untersucht werden, inwiefern ein regionaler Netzausbau durch den Einsatz von Batteriespeichern vermieden werden kann. Der Ortsspeicher unterstützt die lokale Spannungshaltung, so dass zukünftige Netzausbaukosten minimiert und die Aufnahmefähigkeit des Verteilnetzes für erneuerbare Energien maximiert wird. Außer-

dem möchten die Projektpartner mit dem Ortsspeicher verschiedene Betriebs- und Vermarktungsweisen erproben, wie z.B. Spannungshaltung, Frequenzregelung, Blindleistungsmanagement und die Teilnahme am Regelleistungsmarkt. Damit soll gezeigt werden, dass der Spagat zwischen wirtschaftlichem und netzstützendem Betrieb möglich ist.

Vorzeigeprojekt

„Verteilnetze bilden das Rückgrat für das dezentrale Energiesystem der Zukunft“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Wir wollen die Energiewende in der Region voranbringen. Dafür testen wir gemeinsam mit Partnern und Bürgern neue Technologien. Für die Region ist der Ortsspeicher hier in Tussenhausen ein Vorzeigeprojekt auf dem Weg in die Energiezukunft.“

Clemens Triebel, Mit-Gründer des Speicherpioniers Younicos, ergänzt: „Wir freuen uns darauf, zeigen zu können, wie vielseitig intelligente Speicher auch auf Netzzebene eingesetzt werden können. Wie die schon heute wirtschaftlichen Batterieparcs auf Übertragungsebene ermöglichen auch sie es uns, mehr erneuerbare Energien zu nutzen.“

Als Standort für den Ortsspeicher wurde die Marktgemeinde Tussenhausen im Landkreis Unterallgäu aus 80 möglichen Orten ausgewählt: Zum einen speisen im Ortsnetz mehrere Photovoltaikanlagen Strom mit einer Leistung

von maximal 560 Kilowatt ein. Zum anderen ist ein entsprechend großer Ortsnetztransformator vorhanden. Der Batteriespeicher wurde am Ortsrand auf dem Gelände der Reiner Wertstoff Recycling GmbH aufgestellt. Der Standort bietet ausreichend Platz, ist gut zugänglich und liegt in der Nähe der Ortsnetzstation.

Mit einer Leistung von 200 Kilowatt und einer Kapazität von 400 Kilowattstunden ist der Ortsspeicher in Tussenhausen bayernweit der größte seiner Art. Außerdem kommt die erste Vanadium-Redox-Flow-Batterie, der sogenannte CellCube FB200-400 DC von Gildemeister energy solutions, im süddeutschen Raum zum Einsatz. Bei dieser speziellen Technologie speichert die Batterie die elektrische Energie in Form von flüssigen Elektrolyten.

Eine Vanadium-Redox-Flow-Batterie bietet zahlreiche Vorteile: Sie verfügt über eine hohe Lebensdauer, hat nahezu unbegrenzte Ladezyklen und kann ohne Probleme komplett entladen werden. Die Batteriekapazität ist dank ihres modularen Aufbaus beliebig erweiterbar und muss außerdem kaum gewartet werden.

Besondere Eignung

Der Großspeicher ist besonders für den Einsatz als Quartierspeicher oder für Industrie und Gewerbe geeignet. So könnten in Zukunft beispielsweise Gemeinden, große Unternehmen, Gewerbetreibende oder landwirtschaftliche Betriebe einen solchen Speicher nutzen, um ihren Eigenverbrauch zu erhöhen oder am Regelleistungsmarkt teilzunehmen.

Projektpartner bei dem für drei Jahre angelegten Projekt sind das Reiner Lemoine Institut, die SMA Solar Technology AG, LEW Verteilnetz GmbH und Younicos. Die Kosten für das Forschungsvor-

Bayerns Erdwärme nutzen

Im zu Ende gehenden bayerischen Energiedialog mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie setzt das Wirtschaftsforum Geothermie e.V. (WFG) darauf, dass die einheimische Energieform Tiefengeothermie einen deutlichen Schub erhält. Denn sie verbindet rund um die Uhr Energiesicherheit mit Klimaschutz.

Der Blick auf die Region zwischen Donau und Alpen zeigt es: Tiefengeothermie ist leistungsstark und zuverlässig – insbesondere in Bayern. Die äußerst günstige Geologie schafft in Bayern ein Energie-Reservoir in Form von Thermalwasser, von dem die meisten anderen Bundesländer nur träumen können. „Im Lauf der vergangenen acht Jahre sind in Bayern bereits an 20 Standorten Geothermie-Heiz- und Kraftwerke ans Netz gegangen. 18 Anlagen erzeugen Fernwärme, fünf Anlagen Strom. Wenige Tage vor Weihnachten konnten wir Grünwald, das seit mehreren Jahren seine Einwohner mit Fernwärme aus Geothermie versorgt, auch im Kreis der Stromerzeuger begrüßen, zwei weitere Strom-Anlagen sind derzeit in Taufkirchen und Traunreut in Bau“, berichtet Dr. Erwin Knappek, Vorsitzender des Wirtschaftsforum Geothermie e.V.

Idealkombination

Dr. Erwin Knappek hat Bayerns Tiefe-Erdwärme-Branche beim Energiedialog mit Staatsministerin Ilse Aigner vertreten. „Den Dialog mit Ilse Aigner habe ich als sehr fruchtbar und konstruktiv erlebt. Ich denke, das Wirtschaftsministe-

ben belaufen sich auf insgesamt 2,9 Millionen Euro. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fördert das Projekt Smart Power Flow aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Nähere Infos: www.forschung-energiespeicher.info

rium ist durch die Gespräche darin bestätigt worden, was vor zwei Jahren im „Bayernplan“ der CSU erstmals niedergelegt worden ist: Wetterabhängige Erneuerbare Energien brauchen grundlastfähige und flexibel auf Schwankungen reagierende Kraftwerke. Tiefengeothermie ist grundlastfähig, flexibel und erneuerbar zugleich – eine Idealkombination für Bayern und die Energiewende“, betont Knappek.

Der Vorsitzende des Geothermie-Branchenverbandes mit Sitz in Augsburg erwartet, dass das Engagement von Planern und Investoren im Tiefengeothermie-Bereich durch klare Aussagen der bayerischen Staatsregierung zur Energiewende nun aktive Unterstützung erfährt.



V.l.: Johannes Ruf, 1. Bürgermeister Markt Tussenhausen, Volker Wachenfeld, SMA Solar Technology AG, Dr. Markus Litpher, LEW-Vorstandsmitglied, Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Philip Hirssemenzel, Younicos, Dr. Claus Beneking, Reiner Lemoine Institut gGmbH. Bild: LEW/Ruth Plössel

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Donau-Kraftwerk Regensburg www.rmd.de

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV

MODERN

DYNAMISCH

LVBW-Generalversammlung in Regensburg:

Sachargumente pro Wasserkraft

Bei der Generalversammlung des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) in Regensburg beklagte der wiedergewählte Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Lang den Umstand, dass der Erfolg der Wasserkraft „leider auch viele Neider auf den Plan ruft“. „Gerade unsere Beharrlichkeit und Ausdauer“ sei vielen Gegnern ein Dorn im Auge. „Sie verkennen jedoch, dass wir schon seit mehr als 100 Jahren auf dem Markt sind und durch unsere ausgereifte Technologie, aber auch durch unser Wissen, nicht klein zu kriegen sind. Jedenfalls gibt es keine wirklichen Sachargumente gegen uns“, unterstrich Lang vor gut 250 Tagungsteilnehmern.

Lang verwies darauf, dass es geradezu fahrlässig wäre, das ungeheure Potenzial dieser erneuerbaren Energiequelle nicht zu nutzen. Mit Blick auf die gern wiederholte Behauptung von Wasserkraft-Gegnern, dass es nur durch Wasserkraftwerke zu einem Aufstau der Gewässer komme und dadurch keine Fische mehr in den Flüssen vorkommen würden, meinte der Vorstand: „In Bayern gibt es wesentlich mehr Querbauwerke als Wasserkraftanlagen, nämlich ca. 30.000 Querbauwerke und nur 4.200 Wasserkraftwerke. Alle Querbauwerke haben vorrangig die Funktion für die Erhaltung des Gewässers und sind deshalb aus wasserwirtschaftlicher Sicht zwingend erforderlich. Sieht man sich dagegen die Querbauwerke an, bei denen keine Wasserkraftanlage vorhanden ist, so sind nur bei ganz wenigen Fischaufstiegshilfen vorhanden, weil diese eben entweder der Bezirk oder der Staat bauen müsste und hierfür offensichtlich kein Geld zur Verfügung steht.“

„Wir sind es also, die die europäische Wasserrahmrichtlinie umsetzen und nicht zum Beispiel die Fischereiverbände“, fuhr Lang fort. Der einzig konstruktive Beitrag der Fischereiverbände gegen fünf Wasserkraftwerksbetreiber, die angeblich zu wenig Restwasser abgeben. Lang: „Bei über 4.000 Wasserkraftwerken in Bayern sind also angeblich nur 0,119 % betroffen. Dies gibt offensichtlich dem Fischereiverband das Recht und die Legitimation, die komplette Wasserkraft in Bayern in Frage zu stellen.“

Wie das bayerische Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz

schutz im Bayerischen Landtag berichtet hat, wurden im vergangenen Jahr 1.270 Anlagen überprüft, also fast die gesamten Anlagen, bei denen eine Restwassermenge festgelegt ist. Im Ergebnis gab es deshalb 160 Mitteilungen an die Kreisverwaltungsbehörden, worauf 50 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet wurden, von denen 40 abgeschlossen sind. Lang: „Sieht man sich die 50 im Vergleich zu den vorhandenen 4.200 Wasserkraftanlagen an, so sind lediglich 1,19 % betroffen. Ich will diese Zahl nicht schön reden, doch rechtfertigt sie keinesfalls einen Frontalangriff gegen die Wasserkraft, wie es der Landesfischereiverband derzeit tut. Damit ist auch die unseriöse Aussage des Landesfischereiverbandes widerlegt, dass die Mehrzahl der Wasserkraftwerke nicht die geforderten Restwassermengen einhalten.“

Mitgliederbefragung

Laut einer Studie, die der LVBW im Vorfeld seiner Hauptversammlung vorgelegt hatte, gibt es im Gegensatz zur offiziellen Darstellung aus den Funktionärserebenen von Fischerei und Bund Naturschutz in der täglichen Praxis so gut wie keine Konflikte zwischen den bayerischen Wasserkraftwerksbetreibern und Fischern, fuhr der Vorstandsvorsitzende fort. Basis der Untersuchung war eine Befragung unter den rund 600 Mitgliedern des Verbands, der in erster Linie kleine und mittlere Wasserkraftbetreiber im Freistaat vertritt.

Lediglich knapp 6 Prozent der Befragten gaben an, „grundsätzlich Probleme mit Anglern und Fischern“ zu haben. Damit seien pauschale Behauptungen, wonach die Wasserkraftnutzung in Konfrontation zu ökologischen

Anforderungen vor Ort stehe, „ins Reich der Legende verwiesen“, so der Aufsichtsratsvorsitzende des Verbands, Klaus Schuster. Mit welcher Verantwortung für die natürlichen Ressourcen die Wasserkraftnutzung in Bayern erfolge, zeigte sich laut Schuster auch in einem weiteren Ergebnis der Befragung: Knapp 70 Prozent gaben an, bereits eine Fischaufstiegshilfe installiert zu haben, knapp 10 Prozent der Anlagenbetreiber planen derzeit eine solche Anlage. „Damit hat die bayerische Wasserkraftwirtschaft die Forderung nach der Durchgängigkeit der genutzten Gewässer vorbildlich umgesetzt“, stellte dazu Vorstand Hans-Peter Lang fest.

Leistungssteigerung möglich

Weitere Ergebnisse der Studie waren unter anderem auch Aussagen zur möglichen Leistungssteigerung der Anlagen. Dabei zeigte sich, dass unabhängig von der Anlagengröße – unter den Befragten befanden sich Betreiber von Wasserkraftwerken zwischen 5 kW und 2600 kW Leistung – Potenzial zur Leistungssteigerung gesehen wurde. Rund 60 Prozent gaben an, Steigerungen von bis zu 20 Prozent für möglich zu halten. Allerdings plant nur ein Viertel der Befragten eine Modernisierung. Hauptgründe für die Zurückhaltung sind rechtliche Vorgaben und vor allem die zu niedrige Stromvergütung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Wie Ministerialrat Stefan Thums vom Bayerischen Staats-

ministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie darlegte, sei die Wasserkraft durch ihre gesicherte Leistung die erneuerbare Energie mit dem größten Beitrag zur Versorgungssicherheit in Bayern. Insgesamt würden bei ca. 2,3 GW installierter Leistung im Jahresmittel bereits ca. 12,5 TWh Strom erzeugt. Die Wasserkraft könne ihre regionale Wertschöpfung mit Hochwasserschutz und Sohl- und Uferstabilisierung verbinden. Dabei sei ihre Akzeptanz in der Bevölkerung generell hoch. Eine Erhöhung der Stromerzeugung aus Wasserkraft im Einklang mit Naturschutz werde angestrebt.

win-win-Situation

Das realisierbare Potenzial bis 2021 wird nach Thums Angaben auf rund 13,5 TWh im langjährigen Mittel geschätzt. Dies entspreche einer Steigerung um ca. 1 TWh. Ein Großteil davon beruhe auf der Modernisierung und Erhaltung bestehender Anlagen. An bestehenden Querbauwerken werde die Errichtung von Wasserkraftanlagen mit der Herstellung der Durchgängigkeit bei Einhaltung des Fischpopulationschutzes verbunden. Hierdurch könne je nach Gegebenheit eine win-win-Situation für den Natur- und Gewässerschutz und die Stromerzeugung erreicht werden. Der Erhalt der Fischpopulation sei ein bedeutendes Anliegen, dem zum Beispiel durch die Herstellung der Durchgängigkeiten, innovative Kraftwerkskonzepte und ökologische Begleitmaßnahmen Rechnung getragen wird.

Ziel sei eine positive ökologische Gesamtbilanz, unterstrich Thums. Andererseits müssten Modernisierungs-, Erweiterungs- oder Neubauvorhaben auch für den Wasserkraftbetreiber wirtschaftlich sein, damit Ausbaupotenziale der Wasserkraft realisiert werden können. Bei erforderli-

Förderung für kommunalen Klimaschutz verstärkt

Die Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen wird zum 1. Oktober deutlich verbessert. Für finanzschwache Kommunen sowie Kitas, Schulen, Jugendfreizeitanlagen, Sportstätten und Schwimmhallen werden die Förderquoten erhöht. Neue Fördermöglichkeiten gibt es außerdem für nachhaltige Mobilität, Energiesparmodelle und LED-Beleuchtung.

Mit der neuen Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums (BMUB) wird die Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen weiter verstärkt und deutlich ausgebaut. Sie bietet nun noch mehr Handlungsmöglichkeiten für Städte, Gemeinden und Landkreise.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Die Förderquoten für Investitionen in Klimaschutzprojekte finanzschwacher Kommunen werden erhöht.
- Gefördert werden die Sanierung von Außen-, Straßenbeleuchtungs- und Lichtsignalanlagen durch LED-Beleuchtung zusätzlich zum Einbau hocheffizienter LEDs bei der Sanierung von Innen- und Hallenbeleuchtung. Weiterhin werden die Sanierung und der Austausch raumlufttechnischer Geräte bezuschusst.
- Für Klimaschutzinvestitionen in Anlagen und Gebäuden von Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeitanlagen, Sportstätten und Schwimmhallen wird ein neuer Förderschwerpunkt mit erhöhten Förderquoten eingeführt.
- Die Förderung nachhaltiger Mobilität wird erweitert und erhöht. Hier profitiert insbesondere der Radverkehr.
- Für Klimaschutzmaßnahmen bei stillgelegten Siedlungsabfalldeponien ist eine höhere maximale Zuwendung möglich.
- Bei Energiesparmodellen gibt es ein neues Starterpaket. Hier werden Ausgaben für pädagogi-

sche Arbeit und geringinvestive Maßnahmen bezuschusst.

Die Neuerungen der Kommunalrichtlinie setzen auch Maßnahmen aus dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ sowie niederschwellige Klimaschutzmaßnahmen aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung um.

Anträge können ab sofort bis zum 31. März 2016 beim Projektträger Jülich (PtJ) eingereicht werden. Des Weiteren sind vom 1. Juli bis zum 30. September 2016 sowie in 2017 Zeiträume für die Antragstellung vorgesehen.

Die Förderung durch die Kommunalrichtlinie trifft auf große Nachfrage bei den Kommunen: Seit 2008 hat das BMUB im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) bereits über 8.000 Projekte in rund 3.000 Kommunen dabei unterstützt, Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Weitere Informationen:

Im Auftrag des BMUB steht das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) den Kommunen mit einer Hotline unter der Rufnummer 030/39001-170 als Ansprechpartner zur Verfügung (www.klimaschutz.de/kommunen).

Weitere Infos zum Antragsverfahren beim Projektträger Jülich unter www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen

Kongress in Garmisch-Partenkirchen am 22./23.10.:

„Die Energie der Alpen“

Hochkarätige Referenten und Vertreter aus Verbänden, Kommunen, Unternehmen und Wissenschaft nutzen den ersten Kongress „Die Energie der Alpen“ als neutrale Plattform, um darüber zu diskutieren, wie der energetische Bedarf an Strom, Gas und Wärme in den Alpenländern gedeckt werden kann. Die Prämisse bei der Umsetzung: Die Interessen von Umwelt, Klima und Menschen sind zu beachten.

„Der Kongress will“, so Klaus Lorenz von der Kommunikationsberatung Lorenz Kommunikation, „sachliche und praktische Lösungen präsentieren, die sich an den Ausführungen der Alpenkonvention orientieren und den Emotionen, die zweifelsohne mit allen Eingriffen in die Landschaft verbunden sind, den notwendigen Raum geben.“

Unterstützt wird der Kongress von zahlreichen Programm-Partnern und Ausstellern. Darunter u.a. dem Alps Zentrum, der AGAW, dem Wirtschaftsforum Geothermie, WindforS, unterschiedlichen Lehrstühlen der TU München, FWT, Siemens, Senvion, Verbund u.a.

Veranstaltet wird der Kongress am 22./23. Oktober 2015 von der Lorenz Wagner Alpenenergie GbR mit Sitz in Eurasburg, ein Zusammenschluss der Unternehmen Anne Lorenz Management & Events und AWA Connections in Kooperation mit Lorenz Kommunikation.

Weitere Informationen zu Anmeldung und Programm unter www.alp-en.eu

chen Flussanierungsmaßnahmen komme gegebenenfalls auch der Neubau von Querbauwerken, dann auch in Verbindung mit einer Wasserkraftnutzung, in Betracht.

„Die noch vorhandenen Wasserkraftpotenziale sollen verstärkt genutzt, die Wasserkraft muss schnell, konsequent und umweltverträglich ausgebaut werden“, berichtete der Ministerialrat. Demzufolge soll die Stromerzeugung aus Wasserkraft (ohne Pumpspeicherkraftwerke) in Bayern bis 2021 um rund 2 Mrd. kWh/Jahr erhöht werden.

Die derzeitige Erzeugung von durchschnittlich ca. 12,5 Mrd. kWh/Jahr (ohne Pumpspeicher; langjähriger Mittelwert der Stromerzeugung) wird damit um gut 15 % auf ca. 14,5 Mrd. kWh/Jahr gesteigert, was rund 17 % des derzeitigen Stromverbrauchs Bayerns entspricht. Damit könnten mehr als 500.000 Haushalte zusätzlich mit regenerativem, CO2-freiem Strom versorgt werden.

Die Bayerische Staatsregierung will im Rahmen des Bayerischen Energiekonzepts „Energie innovativ“ neue Wasserkrafttechnologien voranbringen. Thums zufolge soll insbesondere die Weiterentwicklung und Demonstration

des neuen Wasserkraftkonzepts „Schachtkraftwerk“, das für kleine Wasserkraftanlagen einen wirtschaftlichen Betrieb auf höchstem gewässerökologischem Niveau ermöglichen soll, gefördert werden.

Dipl. Biol. Manfred Holzner, Pilsting, wies schließlich darauf hin, dass heute in vielen Bescheiden für den Betrieb von Wasserkraftanlagen ökologische Forderungen integriert werden. Speziell die Ansprüche und der Schutz der Fischfauna stünden hier im Zentrum des Interesses. Begründet werde dieses Vorgehen sehr häufig mit der in vielen Gewässern desolaten Bestandssituation der verschiedenen Fischarten. Ein Blick auf die rote Liste für Bayern zeige durchaus die Brisanz der Situation. „Allerdings ist vielerorts die Frage nach den Ursachen zu stellen, die leider in den wenigsten Fällen beantwortet scheint“, so Holzner.

Sein Resümee: „Jede Wasserkraftnutzung und natürlich auch jeder Gewässerabschnitt hat eine individuelle Bewertung verdient. Bei der Bewertung dieser individuellen Gewässersituation sind alle Ebenen zu berücksichtigen, um zu einem guten Ergebnis zu kommen.“ DK

„EnergieBonusBayern“:

Neues Förderprogramm diskriminiert Wärmepumpen

Ohne Wärmewende keine erfolgreiche Energiewende. Denn Heizen und Warmwasserbereitung verursachen 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland und erzeugen damit 20 Prozent des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes. Folgerichtig setzt die bayerische Landesregierung hier mit ihrem 10.000-Häuserprogramm an. Seit 15. September können bayerische Eigenheimbesitzer und Bauherren, die ihre Immobilie energetisch optimieren möchten, online Fördermittel beantragen. Das Programm „EnergieBonusBayern“ beinhaltet die zwei Programmteile „Heizungstausch“ und „Energiesystemhaus“.

Die Variante „Energiesystemhaus“ richtet sich an Besitzer eines Ein- oder Zweifamilienhauses, die ihr Bestandsgebäude energetisch sanieren oder einen energieeffizienten Neubau errichten möchten und dabei moderne Heiz-/Speicher-Systeme mit intelligenter Steuerung einsetzen. Je anspruchsvoller das Bauvorhaben, desto mehr Geld gibt es, bis zu 18.000 Euro sind möglich. Wer nur seinen 25 bis 30 Jahre alten Heizkessel durch eine moderne Heizung ersetzen will, wird im Programmteil „Heizungstausch“ fündig – es sei denn, er hat sich für eine effiziente Wärmepumpe entschieden. Anders als Biomasse, Solarthermie oder sogar fossile Gas- und Ölbrennwertgeräte gibt es keine Förderung für Wärmepumpen.

Eine mehr als fragwürdige Entscheidung, findet der Bundesverband Wärmepumpe. Geschäftsführer Karl-Heinz Stawiarski verweist auf geltendes nationales und EU-Recht: „Seit 2008 werden Wärmepumpen durch das bundesweite Marktanzreizprogramm in der Sanierung gleichberechtigt mit Solarthermie und Biomasse gefördert. Bei der am 26. September 2015 in Kraft getretenen Energieeffizienzverordnung für Heizgeräte erhalten Wärmepumpen durchgehend die Bestnoten A+ und A++. Und auch die ab 1. Januar 2016 wirksam werdenden verschärften Anforderungen der Energieeinsparverordnung lassen sich schon heute problemlos mit einer Wärmepumpe erfüllen.“ Das bayerische Förderprogramm ist mit 90 Millionen Euro ausgestattet und hat eine Laufzeit von vier Jahren.

Die Energie der Alpen

L'Énergie des alpes
L'Energia delle alpe



22. - 23. Oktober 2015

**Kongresszentrum
Garmisch-Partenkirchen**

Rund 70 Referenten aus den Bereichen Erdwärme, Wind, Wasser, E-Mobility, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kommunen gestalten das vielfältige Programm der „Energie der Alpen“.

Im Fokus des Programms stehen nachhaltige und zukunftsweisende Lösungen, die die zukünftige Energieversorgung der Alpen sichern.

Bitte beachten Sie die reduzierten Eintrittspreise für Kommunalvertreter.

Melden Sie sich hier an:
www.alp-en.eu





Veranstalter: Lorenz Wagner Alpenenergie GbR | Anne Lorenz, Ilse Wagner | Hauptstr. 6a | 82547 Eurasburg/Loisach

DGRV-Jahresumfrage unter Energiegenossenschaften zeigt:

Einbruch bei Gründungszahlen

Anzahl der Wärmenetze steigt weiter
Kommunale Energiewende nur mit Bürgern erfolgreich

Die Zahl der Neugründungen bei Energiegenossenschaften ist mit insgesamt 54 in 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent eingebrochen – 2013 waren es noch 129. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV), die heute auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) in Berlin vorgestellt wurde. „Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat sich stark bremsend auf die Gründungszahlen ausgewirkt. In den vergangenen Jahren boomte noch die Idee der Bürgerenergie, nun stockt die Entwicklung“, sagt Dr. Eckhard Ott, Vorstandsvorsitzender des DGRV.

Die Ursache sieht Ott in den verringerten Geschäftsmöglichkeiten nach der letztjährigen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Zudem hat die Verunsicherung durch drohende Regulierungskosten einer BaFin-Aufsicht (Kapitalanlagegesetzbuch, KAGB) zu einem Investitionsstau von 290 Mio. Euro geführt. Das KAGB-Problem wurde kürzlich gelöst.

Kritische Beurteilung

Insgesamt haben Energiegenossenschaften 1,67 Mrd. Euro in Erneuerbare Energien investiert und Kapazitäten mit einer

Leistung von 933 Megawatt errichtet. Kritisch beurteilt der DGRV die Einführung von Ausschreibungsverfahren auch für kleine Erneuerbare-Projekte. „Das Ergebnis der ersten Ausschreibungsrunde für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zeigt, dass eher große Unternehmen zum Zuge kommen. Akteursvielfalt sieht anders aus“, kritisiert Ott.

Für fairen Wettbewerb

Für das bevorstehende Windenergie-Ausschreibungsverfahren schlägt der DGRV eine Übertragungsregel für kleine und mittlere Unternehmen

(KMU) vor: Der Preis aus dem regulären Bieterverfahren soll auch für KMU gelten. Unternehmen aus diesem Segment sollen dann ohne die riskante Beteiligung am Ausschreibungsverfahren ihre Projekte umsetzen können. „Mit dieser Preisübertragung könnten wir die gleitende Umstellung auf Ausschreibungen und den Erhalt der Akteursvielfalt gleichermaßen erreichen. Für einen fairen Wettbewerb brauchen wir aber die Unterstützung der Politik“, so Ott weiter.

Investitionen in Windenergie

Im Bereich der Windenergie liegt die Zukunft vieler Energiegenossenschaften. Vier Prozent der Genossenschaften betreiben laut DGRV-Jahresumfrage bereits eigene Windenergieanlagen. Darüber hinaus sind 15 Prozent mit durchschnittlich 544.000 Euro an Windprojekten beteiligt. In den kommenden 12 Monaten plant gut ein Drittel der Energiegenos-

senschaften weitere Investitionen in diesen Bereich.

Positiv sieht der DGRV zudem die Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen wie Strom-Direktlieferung an Endkunden, aber auch die Gründung von Dachgenossenschaften zur Stromvermarktung. Erfreulich ist zudem die Entwicklung bei den Nahwärmegenossenschaften: Hier sind allein in den vergangenen drei Jahren über 60 von den insgesamt 140 Genossenschaften gegründet worden.

Beitrag zur Akzeptanz

Mit ihren Investitionen leisten Energiegenossenschaften auch einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz der Energiewende vor Ort. In einer ergänzenden Blitzumfrage der AEE unter Energie-Kommunen zeigt sich die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung an lokalen Energieprojekten: Für fast 80 Prozent der Befragten leisten Energiegenossenschaften und andere dezentrale Akteure einen großen bis sehr großen Beitrag zur Akzeptanz der Energieprojekte in ihren Kommunen.

„Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung wäre der Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Kommunen und Regionen gefährdet“, erklärt Philipp Vohrer, Geschäftsführer der AEE. „Durch würden auch die mit der Energiewende verfolgten Klimaschutzziele Makulatur.“ 96 Prozent der befragten Kommunalvertreter sehen die Akzeptanz als wesentlichen Faktor für den Erfolg der Energiewende und in 34 Prozent der befragten Kommunen sind schon einmal Erneuerbare-Energien-Projekte aufgrund fehlender Akzeptanz gescheitert. □



Vom Abfallprodukt zum Biokunststoff: Der Betriebsleiter der Stadtreiniger Christian Strohm erklärt, was man aus Lignin herstellen kann. Foto: Claudia Penning-Lother

Geniale Abfallverwertung

Aus Holz wird eine PC-Maus

Weg von fossilen hin zu nachwachsenden Rohstoffen im Alltag: neue technologische Verfahren erschließen neue Verwertungsmöglichkeiten. Schon mal etwas von Lignin gehört? Lignin ist ein beeindruckender Stoff: organisch, er entsteht aus Abfällen der Papierherstellung, ist aber wie Kunststoff einsetzbar. Als PC-Maus, Handy-Gehäuse, Lineal, Textmarker, aber auch in der Autoindustrie beispielsweise als Dekorelemente. Über den genialen Biokunststoff Lignin informieren die Mitarbeiter der Umweltstation und der Stadtreiniger auf der Mainfranken-Messe.

Lignin wird in der pflanzlichen Zellwand eingelagert und bewirkt dadurch die Verholzung der Zelle. Es wirkt bei Gräsern, Stauden, Sträuchern und Bäumen als Strukturgerüst und sorgt dafür, dass Pflanzen im Wind schwanken, aber nicht knicken. Bei der Papierherstellung ist Lignin aber nicht erwünscht, denn es sorgt dafür, dass Papier vergilbt. Daher wird es mit anderen nichtfaserigen Teilen des Holzes in einem chemischen Aufschluss- und Kochvorgang fast vollständig entfernt. Weltweit fallen auf diese Weise jährlich etwa

50 Millionen Tonnen Lignin als Abfallprodukt der Zellstoffproduktion an. Bislang wurde Lignin verbrannt. Dem Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie ist es jedoch gelungen, aus den Abfallstoffen aus der Papierherstellung eine Art flüssiges Holz herzustellen und ein thermoplastisches Material zu entwickeln, das sich zu Formteilen spritzen lässt. Aus Lignin lassen sich so hochwertige Produkte herstellen, die mit Polymer-Kunststoffen konkurrieren können – vom Trinkbecher bis zur PC-Maus. □

Kreislaufwirtschaft und Deponiewesen am Bau:

Nachhaltig, bezahlbar, regional

Tagung des Bayerischen Bauindustrieverbands und der Bayerische Ingenieurekammer-Bau in München

Die Bauwirtschaft verursacht mehr als 50 Prozent des Abfallaufkommens in Deutschland. Bei der regionalen Entsorgung, insbesondere bei mineralischen Bauabfällen, gibt es allerdings schon heute Engpässe. Lange Transportwege, Auswirkungen auf die Umwelt und nicht zuletzt hohe Kosten sind die Folge. Allein in den vergangenen fünf Jahren haben sich die Entsorgungskosten in Bayern drastisch erhöht: Die Steigerung von bis zu über 300 % ist Ausdruck der akuten Verknappung der Deponiekapazitäten. Mit der geplanten Einführung der „Mantel-Verordnung“ droht sich die Situation weiter zuzuspitzen. Die bislang vorbildlich hohen Verwertungsquoten von 93 % für Bauschutt und Straßenaufbruch sind in Gefahr.

Im Rahmen der von Bayerischem Bauindustrieverband und Bayerischer Ingenieurekammer-Bau veranstalteten Fachtagung „Kreislaufwirtschaft und Deponiewesen am Bau“ wurden Ansätze und Beispiele diskutiert, wie Gebäude schon heute recycelbar konstruiert und gebaut werden können. Weitgehend Einigkeit herrschte vor allem beim Thema Mantelverordnung, das einen weiteren Schwerpunkt der Tagung setzte.

Sollte die Verordnung tatsächlich mit dem derzeitigen Entwurfsstand in Kraft treten, werden die Deponiekapazitäten in Deutschland innerhalb kürzester Zeit aufgebraucht sein, lautete der Tenor. Ein Plan B, wie danach mit den zu deponierenden Materialien verfahren werden soll, liegt derzeit nicht vor.

Echtes Leben am Bau

Michael Kordon, 1. Vizepräsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, warf in seiner Begrüßung folgende Fragen auf: Ist es Abfall, wenn sich bei einem Tunnelbauvorhaben im Ausbruchmaterial Arsen nachweisen lässt, das dort geogen vorhanden ist? Und: Was ist, wenn wir bei einem Straßenbauvorhaben auf Torf stoßen und in ganz Bayern keine Möglichkeit der Weiterverwendung, Entsorgung oder Ablagerung finden? „Beispiele aus dem echten Leben am Bau, die zeigen, wie sehr es notwendig ist, Lösungen zu suchen und zu finden“, betonte Kordon.

Lösungen müssten seiner Ansicht nach im verantwortlichen Bewusstsein im Umgang mit der Umwelt praktikabel und insgesamt sinnvoll sein. Das Aufladen und Abtransportieren

in ferne Deponien - womöglich in andere Länder - koste Geld, mache Lärm auf der Straße und verbrenne jede Menge Diesel. Dies könne keine Lösung sein. „Wir sind dafür verantwortlich, dieses extrem hohe Abfallaufkommen, das unsere Branche produziert, so zu bewältigen, dass unsere Ressourcen dabei so gut es geht geschont werden“, so der Vizepräsident.

Rechtliche Grundlage

Nach Einschätzung von Martin Meier (Landesamt für Umwelt, Augsburg) wäre nach der jahrelangen Hängepartie bei der Mantelverordnung eine verlässliche rechtliche Grundlage für alle Beteiligten hilfreich. In Bayern hätten Ersatzbaustoffe keinen leichten Stand. Recycling-Baustoffe, die gesichert eingebaut werden müssen, finden auch bei geeigneten Baumaßnahmen nur selten Berücksichtigung.

Ziel sei es, möglichst viel hochwertiges Material zu erzeugen, das ohne Sicherheitsmaßnahmen eingebaut werden kann. Die Folge davon könnte sein, dass mehr Material auf der Deponie zu entsorgen ist. Meier zufolge könnten mögliche Einschränkungen bei der Verfüllung (Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung im Rahmen der Mantelverordnung) den Bedarf für Deponievolumen weiter erhöhen.

Deponielandschaft in Bayern

Mit der Deponielandschaft in Bayern und der Stellung der Deponien in der Kreislaufwirtschaft befasste sich Karl Johann

Drexler, ebenfalls LfU. Drexler zufolge lassen sich Abfälle so behandeln, dass eine Verwendung, Verwertung oder Recycling ein Verbringen auf Deponien nicht mehr erforderlich machen.

In der Praxis sehe es aber so aus, dass nur vier EU-Mitgliedsstaaten die Deponierichtlinie vollständig umgesetzt haben – der Rest sei noch weit davon entfernt. Gegen Griechenland und Italien habe man Bußgeldverfahren eingeleitet. Dabei seien die modernen Deponien für mineralische Abfälle als Schadstoffsenske in der Abfallwirtschaft unentbehrlich. Deutschlandweit hätten einige Bundesländer Studien über den Deponievolumenbedarf erstellen lassen. Auch in Bayern werde derzeit eine Bedarfsstudie erarbeitet.

Wie Drexler ausführte, wurden 2012 auf Deponien etwa 4,1 Mio. Mg mineralische Abfälle abgelagert und somit aus dem Gesamt-Abfallstrom ausgeschleust und beseitigt. In den in 2012 betriebenen Gruben, Brüchen und Tagebauen wurden etwa 27 Mio. Mg mineralische Abfälle rückverfüllt, die überwiegend aus den Fraktionen Bodenaushub und maximal 10 % Bauschutt bestehen.

Wichtige Säule

Die ermittelten Daten zeigten deutlich, dass die Verwertung in Gruben, Brüchen und Tagebauen durch Verfüllung in Bayern eine bedeutende und wichtige Säule der Entsorgungswirtschaft darstellt. Knapp 60 % der mineralischen Abfälle in Bayern werden in diesem Bereich verwertet.

Am Ende des Bilanzjahres 2013 stand den entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern ein ausgebautes Deponievolumen von 4,2 Mio. m³ zur Verfügung. Dabei sind auch Standorte berücksichtigt, die im Bilanzjahr nicht zur Ablagerung genutzt wurden, aber noch über Restvolumen verfügen. Berücksichtigt man auch genehmigtes, aber noch nicht ausgebautes Restvolumen, stand im Freistaat damit zum 31.12.2013 ein Restvolumen von ca. 15,2 Mio. m³ zur Verfügung. DK



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 – 21 24 24 0



LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de

In diesen Räumen macht Spielen Spaß

Neubau einer Kinderkrippe in elementierter Holzbauweise

In Pollenfeld bei Eichstätt hat man beim Neubau einer Kinderkrippe mit moderner und kindgerechter Architektur einen außergewöhnlichen Holzbau realisiert. Die nachhaltige Bauweise erreichte man durch den vorrangigen Einsatz nachwachsender Rohstoffe in Konstruktion und Ausbau. Das ausführende Unternehmen, die Hecker Holzhausbau GmbH aus Berching ist Mitglied in der seit knapp 30 Jahren deutschlandweit aktiven Gruppe ZimmerMeisterHaus®.

Ein besonders großzügiges und für Kinder und Betreuer gleichermaßen flexibel nutzbares Gebäude haben die Planer Kühnlein Architektur zusammen mit dem Holzhausbau-Unternehmen Hecker Ende 2014 realisiert. Herausgekommen ist ein Gebäude, das sich in der Architektur sehr auf die Natur bezieht. Hinzu kommen fröhliche Farben, lebendige Transparenz und die warme Ausstrahlung des Baustoffes Holz.

Der eingeschossige Baukörper gliedert das Grundstück in zwei Bereiche und gewährt Platz für zwei Kleinkindergartengruppen. Eine zugehörige Parkfläche befindet sich etwas abseits von Innen-

hof und Garten. Im Inneren sind die Räume aus Holz und Lehm für aktive Kinder gestaltet. „Wir haben hier mit dem Massivholzbau alle Möglichkeiten für individuelle Planung“ sagt der beauftragte Architekt Michael Kühnlein jun. aus Berching. Die Ausführung mit Lärchenholzfassade, Brettsperholzdecken und Holzfaserdämmung sorgt für eine gesunde, natürliche und umweltneutrale Atmosphäre.

Kindgerechte Wohlfühl-atmosphäre im Holzbauweise

Der Eingeschoss wurde in Holzbauweise auf einer Stahl-

betonbodenplatte errichtet.

Die Wandkonstruktion besteht aus 10 cm starken 5-lagigen Massivholzelementen der heimischen Fichte, die im gesamten Gebäude komplett sichtbar bleiben. Die großen raumhohen Glasflächen ergänzen das Bild mit direktem Bezug zur Natur und den Jahreszeiten. Durch aufgesetzte Lamellenschirme erhalten die Glasflächen einen effektiven Hitzeschutz.

Das Dach ist als Edelstahlflachdach – als sogenanntes Warmdach – mit Gefälledämmung aus Holzfaser ausgeführt. Es wurde extensiv begrünt und wirkt Sommer wie Winter als Klimapuffer. Die Dachelemente sind Brettsperholzdecken, verkleidet mit Akustikelementen aus Weißtanne.

Die Architektur der Krippe hat der Planer gewollt schlicht gehalten. Im Inneren spielt man gekonnt mit farbigen Akzenten und modernen Formen. Das Gebäude selbst

stellt einen Garten-Pavillon mit grünem Spielzimmer dar. Dabei sorgt der Baustoff Holz für gesundes und angenehmes Raumklima, das die pädagogische Arbeit mit den Kindern positiv unterstützt. „Wichtig war den Bauherren, dass es ein lichtdurchflutetes Gebäude wird, das aus gesunden Baustoffen wie Holz und Glas besteht und keine Stufen aufweist“, sagt Kühnlein. „Aber auch ein kostenbewusster Standard war gefragt. Dieser geht hier mit einer hochwärmedämmten Hüllkonstruktion und mit herausragenden optischen, akustischen und haptischen Qualitäten einher.“

Die Schlaf- und Ruheräume wurden mit Holzständerwänden ausgeführt. Diese bieten besonders gute Schallschutzeigenschaften, man hat sie hier zusätzlich mit Lehmputz versehen, was sich gut auf das Raumklima auswirkt.

„Wir haben hier besonders viel Wert auf die Möglichkeit des ungestörten Spielens und zugleich viele kleine und gemütliche Rückzugsorte geschaffen.“ ergänzt Kühnlein. Der Charakter des Baus bietet den kleinen Benutzern viel Schutz, gleichzeitig sind die Kinder immer im Blickfeld ihrer Betreuer.

Zahlreiche Vorteile durch Vorfertigung

Bei der Ausführung wurde darauf geachtet, dass nur ökologische und unbedenkliche Materialien zum Einsatz kommen. Die elementierte Holzbauweise mit detaillierter Vorplanung und hohem Vorfertigungsgrad eignet sich bestens zur Realisierung eines solchen Bauwerkes.

Die Bauteile werden im Werk unabhängig von Witterungseinflüssen vollständig nach Maß vorgefertigt – mit allen erforderlichen Aussparungen für Türen und Fenster. Anschließend kommen die Bauelemente für Wände und Dach



Vollständig aus Holz ist die neue Kinderkrippe in Pollenfeld. Um den kleinen Innenhof reihen sich vier Holzgebäude Unser Bild zeigt: 1. Bürgermeister Wolfgang Wechsler mit Tagesmutter S. Ablaßmeier.

montagefertig auf die Baustelle und werden vor Ort in kurzer Bauzeit montiert.

Zukunftsweisendes Gebäudekonzept

Das ressourcenschonende Baustoffkonzept wird ergänzt durch ein Energiekonzept, das die Nutzung erneuerbarer Energien nach vorne stellt. Durch den Einsatz von Holz als Speichermasse mit Brettsperholz und Holzfaserdämmung wird der sommerliche Hitzeeintrag reduziert. Im Winter fällt durch den flachen Sonnenstand die Strahlung tief in die Räume, während im Sommer die steilstehende Sonne vom auskragenden Sonnenschutz abgefangen wird.

„Wir haben die Gebäudetechnik minimal gehalten und aufgrund höherer Anschaffungs- und Wartungskosten auf eine Lüftungsanlage verzichtet“, berichtet der Planer. Der notwendige Luftwechsel wird mit Flügelöffnungen zum Querlüften erreicht. Die Beheizung erfolgt über das Nahwärmenetz der benachbarten Schule. Als Energieträger werden

Holz-Hackschnitzel eingesetzt.

Bürgermeister Wolfgang Wechsler freut sich: „Wir legen großen Wert darauf, dass die Kinder in unserer Gemeinde gesund und sicher aufwachsen können. Mit dem Holzgebäude haben wir einen Lebensraum geschaffen, der unsere vielen Anforderungen bestens erfüllt. Ich selbst halte Holz als Baumaterial als besonders zukunftsfähig und insbesondere mit den vorgefertigten Holzbauelementen und der intelligenten Bautechnik kann man ein solches Gebäude schnell und sicher aufbauen. Für unsere Gemeinde ein absoluter Gewinn.“

„Das Raumklima in einem Holzbau ist einfach herausragend.“ begeistert sich auch Zimmermeister Johann Hecker. „Mit Holz zu bauen, ist für mich ohnehin eine Lebenseinstellung. Das Material vermittelt ein Gefühl von Wärme und Gemütlichkeit, ist pflegeleicht und 100 % ökologisch und nachhaltig. Der Vorteil von Holz liegt klar auf der Hand: Es bietet gesundes Raumklima, ist ein nachwachsender Rohstoff und äußerst flexibel.“ Eva Mittner

DSTGB-Positionspapier:

Nachhaltige Wohnungspolitik fördern

Während in wachsenden Städten und Gemeinden die Schaffung von neuem Wohnraum im Vordergrund steht, müssen zahlreiche Gemeinden in schrumpfenden Regionen in Um- oder Rückbaumaßnahmen und damit auch in einen nachhaltigen Abriss investieren. Insgesamt stehen in Deutschland derzeit über 1,7 Mio. Wohnungen leer. Wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem aktuellen Positionspapier darlegt, setze die Bewältigung der unterschiedlichen Aufgaben „ein Zusammenwirken aller im Bereich Wohnen und Bauen tätigen Akteure einschließlich der Wohnungsunternehmen, der Mieter, aber auch der Eigentümer und der Wirtschaft voraus. Auch müssen die wohnungspolitischen Instrumente von Bund, Ländern und Gemeinden noch enger verzahnt und aufeinander abgestimmt werden.“

In den Städten und Gemeinden mit Wohnungsknappheit müsse sowohl im freifinanzierten als auch im geförderten Wohnungsbau bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Nach Ansicht des DSTGB erfordern die benötigten Investitionen in den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau dabei auch ein klares Bekenntnis von Bund und Ländern zum sozialen Wohnungsbau.

Zu einer Verschärfung am Wohnungsmarkt trage auch der ungebrommen wachsende Flüchtlingsstrom nach Deutschland bei. Da Menschen mit einem dauerhaften Bleiberecht mit der Bereitstellung von vorübergehenden Unterkünften wie Zelten oder Containern nicht geholfen ist, seien Bund und Länder aufgefordert, schnellstmöglich ein flächendeckendes Bauprogramm aufzulegen, um auf diesen Wohnungsbedarf reagieren zu können. Wichtig sei hierbei ein langfristiges und nachhaltiges Programm, da auch die kommenden Jahre mit weiteren hohen Flüchtlingszahlen zu rechnen ist.

„Kommunale Wohnungsunternehmen sind wichtige Partner der Städte und Gemeinden und Garant einer nachhaltigen Wohnungs- sowie Stadtentwicklungspolitik“, heißt es weiter. Die über 740 kommunalen Wohnungsunternehmen besitzen in Deutschland ca. 2,4 Millionen Wohnungen. Wegen ihrer besonderen Rolle sollten sie bevorzugt in staatliche Förderprogramme zur Stadtentwicklung und zum sozialen Wohnungsbau einbezogen werden.

Dem Ziel der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienen auch die Baupolitikkonzepte der Städte und Gemeinden. Der Bund sollte laut DSTGB die Freistellung sowie die verbilligte Abgabe von nicht mehr benötigten Bundesliegenschaften zum Zweck der Wohnbebauung

forcieren. Gerade ungenutzte Flächen, militärische Konversionsflächen sowie ehemalige Bahnflächen – insbesondere im Innenbereich – böten sich für eine Wohnnutzung an.

Betroffene Städte und Gemeinden sollten frühzeitig über Veräußerungsabsichten informiert und eng eingebunden werden. Um das spekulative Verhalten rechtlich bebaubarer, aber nicht bebauter Grundstücke durch Privateigentümer zu verhindern, sei den Kommunen zudem eine gesetzliche Möglichkeit (Grundsteuerrecht) einzuräumen, derartige Grundstücke mit einem höheren Hebesatzrecht belegen zu können.

Einheimischenmodelle

Städte und Gemeinden koppeln vielfach ihre Baulandausweisung gegenüber Investoren an die Forderung, dass diese etwa mindestens 30 Prozent ihrer Wohnungen für sozialschwache Personen zur Verfügung stellen müssen und dafür eine öffentliche Förderung erhalten sollen. Auch kommunale „Einheimischenmodelle“, über die sozialschwache und ortsansässige Bürger Baugrundstücke oder Mietwohnungen der Stadt preisgünstiger erhalten, sind nach Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wichtige Steuerungselemente. Dieses Modell gelte es – insbesondere gegenüber den Widerständen der EU-Kommission wegen angeblichen Verstoßes gegen das Diskriminierungsverbot – zu erhalten.

Die am 1. Juni 2015 auf Bundesebene in Kraft getretene Mietpreisbremse mit der Einführung einer Obergrenze für Neuvertragsmieten in „angespannten Wohnungsmärkten“ ist für den DSTGB trotz der Intention, Wohnraum bezahlbar zu machen, nur ein Baustein bei der Lösung des Problems.

Zwar seien in stark nachgefragten Städten und Gemeinden zum Teil deutliche Mietsteigerungen zu verzeichnen. Jedoch seien von 2005 bis 2012 im Bundesdurchschnitt die Angebotsmieten lediglich um 9,6 Prozent gestiegen, also unterhalb der Inflationsrate.

Gesetzliche Beschränkungen von Mieterhöhungs- und Modernisierungsspielräumen könnten sich investitionsfördernd auswirken. Trotz der Ausnahme von Neubauten sowie von Erstvermietungen nach einer umfassenden Modernisierung sieht der DSTGB die Gefahr, dass notwendige Sanierungen in den Wohnungsbestand zurückgefahren werden. Auch der bürokratische Aufwand zur Kontrolle der Mietpreisbremse und die Verhinderung von Umgehungen seien Nachteile dieses Instruments.

„Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau müssen Investitionen fördern und dürfen diese nicht behindern“, mahnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Daher sollte bei der Standardsetzung künftig immer eine klare Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen. Die Energieeinsparverordnung 2013 (EnEV) mit ihren neuen Standards habe beispielsweise zu einer Steigerung der Baukosten um 8 Prozent und der Nettokalmieten um etwa 5 Prozent im Vergleich zur Vorgängerregelung geführt.

Eine weitere Verschärfung energetischer Standards, die primär für Neubauten gilt, müsse daher angesichts schon heute sehr guter Energieeffizienzwerte hinterfragt werden. Eine Öffnung der EnEV hin zu größeren Wohneinheiten oder Stadtquartieren könnte zudem die Flexibilität erhöhen und die Freiheit zur Umsetzung beim Eigentümer belassen.

„Um angesichts der demografischen Entwicklung gezielt zu bauen, dürfen wir nicht heute die Leerstände von morgen produzieren“, heißt es in dem Positionspapier. Dies bedeute zum einen, dass sich der Wohnungsbau gezielt auf die Innenstädte und Ortskerne mit dem dort oft vorhandenen Angebot an Einkaufs-, Freizeit- und Gesundheitseinrichtungen konzentrieren muss. Zum anderen müssten auch die Wohnformen, etwa hinsichtlich der Barrierefreiheit, der wachsenden Zahl älterer Menschen angepasst werden.

Von der Europäischen Zentral-

Wohnen und leben im Alter

Projekt saVITAna: Für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben für die Generation 50+

Wie wohnen und leben wir im Alter heute und in Zukunft? Diese Frage beschäftigt immer mehr Menschen und das Interesse an neuen Wohn- und Lebensformen ist immens gestiegen. Auch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration teilt u. a. unter der Rubrik „Wohnen im Alter“ mit: „Der demographische Wandel, sich ändernde Familienstrukturen und die Heterogenität der individuellen Lebenslagen älterer Menschen erfordern neue gesellschaftliche Antworten und insbesondere vielfältige alternative Wohn- und Betreuungsformen für ein würdevolles Altern.“

Auch in Anbetracht dessen verweist Projektentwickler Helmut Schaffrath auf die Wohn-/Lebensform saVITAna (heiles, gesundes Leben). Laut Schaffrath, der der Ideengeber für dieses Projekt ist, entstand saVITAna aus der persönlichen Erfahrung der Wohn-/Lebens- und Pflegesituation seiner Eltern in den letzten Jahren ihres Lebens. In einem Heim wollten sie nie leben. Diese Erfahrungen waren Schaffraths Motivation, auch für den aufgrund des demographischen Wandels immer größer werdenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft eine Alternative zu Heimen zu schaffen.

saVITAna steht für ein gesundes, erfülltes, vor allen Dingen aber für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben für die Generation 50+ und soll dazu beitragen, dass Menschen durch

bank im Jahr 2013 veröffentlichte Zahlen belegen, dass die Eigenheimquote beim selbstgenutzten Wohneigentum mit 45,8 Prozent der Haushalte in Deutschland die Niedrigste im Vergleich aller EU-Staaten ist. Vor diesem Hintergrund ist der DSTGB der Auffassung, dass eine noch bessere und insbesondere jungen Familien zugutekommende Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums, zum Beispiel auch über Genossenschaftsmodelle, stattfinden muss. **DK**

optimale Wohn- und Lebensumstände lange aktiv, vor allem gesund, körperlich und geistig, und unabhängig bleiben können. saVITAna bedeutet auch im Schutze einer Gemeinschaft leben. Deshalb sind Hausgruppen ab fünf Einheiten auch in bestehenden und oder Neubaugebieten vorgesehen. Diese Integration fördert auch die Gemeinschaft zwischen der „Jungen Familie“ und der Zielgruppe.

Erweiterter Bewegungsradius

Je nach Grundstücksbeschaffenheit d. h. Größe, Topographie usw. werden die Hausgruppen bei saVITAna aus verschiedenen modular erweiterbaren, barrierefreien, rollstuhlgerechten, nicht unterkellerten Bungalows errichtet. Hierbei wird der Bewegungsradius im eigenen Haus erweitert, was einen hindernis- und schwellenfreien Übergang zur Wohnumwelt und Nachbarschaft ermöglicht und gleichzeitig ein hohes Maß an Privatsphäre und Individualität bewahrt.

Modifiziert sind diese Hausgruppen auch als Doppel-, Ketten- oder Mehrfamilienhäuser möglich – selbstverständlich unter Berücksichtigung persönlicher Wünsche. Ab einer Anzahl von 20 Häusern wird ein Gemeinschafts-/Clubhaus errichtet. Angeboten werden die Häuser zur Eigennutzung oder

zur Miete. Sie sind so gestaltet, dass man ein Leben lang, auch im Pflegefall, zu Hause wohnen bleiben kann und nicht in ein Heim muss.

saVITAna stellt sicher, dass u. a. ärztliche Versorgung gewährleistet ist, dass häusliche Pflege für die Pflegestufen I-III bis hin zu medizinisch geschulter Betreuung angeboten wird und dass Serviceleistungen je nach Bedarf in Anspruch genommen werden können. So entstehen Kosten auch nur für tatsächlich erbrachte Leistungen.

„Für die Zusammenarbeit von saVITAna habe ich mich nach sorgfältiger Prüfung sämtlicher erforderlicher Kriterien für das Architekturbüro und die Baufirma JGT Baumanagement GmbH & Co KG in Nürnberg entschieden, da diese mir auch auf Grund ihrer hohen Reputation als besonders geeignet erschien“, betont Schaffrath. Das erste Projekt sei auf kommunalen Grundstücken in Feuchtwangen mit fünf Einheiten geplant.

Derzeit finden weitere Gespräche, überwiegend mit Bürgermeistern, im Umkreis von ca. 100 km um Nürnberg für eine gemeinsame Umsetzung mit saVITAna statt.

Wie bekannt, ist Bayern das beliebteste Zuzugsland Deutschlands. Laut Berichten und persönlichen Gesprächen lehnen die meisten Menschen heutzutage das Wohnen in einem Senioren- oder Pflegeheim ab. Deutlich im Kommen ist dagegen der Wunsch nach alternativen, barrierefreien Wohnformen, verbunden mit dem Wunsch nach generationenverbundendem Wohnen, Gemeinsamkeit, verbindlicher Nachbarschaft, sozialen Kontakten und Selbstbestimmung. **DK**

Neues Informations- und Begegnungszentrum „Bauhütte“ in Perlesreut:

Schmuckstück und Leuchtturmprojekt

Nach zweijährigen umfangreichen Sanierungsmaßnahmen hat das ehemals leer stehende und denkmalgeschützte Gebäude am Marktplatz 11 in Perlesreut, „Bauhütte“ genannt, mit seiner „Wiedereröffnung“ nunmehr eine neue Bestimmung erfahren. Das um 1830 auf älteren Bauteilen nach einem Marktbrand aufgebaute Gebäudeensemble konnte im Jahr 2013 von der Markt-gemeinde Perlesreut (Landkreis Freyung-Grafenau) und dem privaten Investor Dr. Thomas Wandel erworben werden. Der Grunderwerb wurde anteilig mit Hilfe von Städtebauförderungsmitteln unterstützt.

Die „Bauhütte“ dient nunmehr als Informations- und Begegnungszentrum für die Markt-gemeinde Perlesreut sowie der Ilzer Land Gemeinden und damit als zentrale Bürger-Anlaufstelle. Sie ist als Netzwerk-Plattform für alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der integrierten Innenentwicklung, der Wiederbelebung von Leerständen, der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Förderung von regionaler Baukultur für die Kommunen der Ilzer Land Allianz konzipiert.

Außergewöhnlich ist die Kombination aus einem generationenübergreifenden Treffpunkt, „Marktplatz“ genannt, einer Fachberatungsstelle und einem Depot,

Seminar- und Tagungsräumen, einem „Veranstaltungskeller“ sowie seniorengerechtem Wohnen im Rückgebäude. Letzteres wurde durch die Beteiligung von Dr. Wandel möglich.

Mit rund 3,1 Millionen Euro Gesamtkosten, von denen allein 1,8

Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ in Niederbayern dar.

Der thematische Schwerpunkt, insbesondere im Beratungs- und Ausstellungsbereich, liegt im Bereich Baukultur und Innenentwicklung. Die „Bauhütte“ verkörpert den baukulturellen Mittelpunkt der Ilzer Land Gemeinden. Eine Zielsetzung ist daher das Bewahren und Fördern der regionalen Baukultur, die im Ilzer Land als Standortfaktor und wichtiger Aspekt zur Identifikation mit der Region gesehen wird. Dabei ist die „Bauhütte“ selbst das beste Anschauungsobjekt. Neben dem Gebäude selbst er-

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

Millionen aus der Städtebauförderung kommen, stellt die „Bauhütte“ nicht nur ein Leuchtturmprojekt in der Region, sondern auch für das

innern viele Details im Inneren an vergangene Baukultur.

Durch Sichtfenster erhalten die Besucher tatsächlich Einblick in

die historische Vergangenheit. Dokumentiert werden zum Beispiel die Farbfassungen der Wände über drei Jahrhunderte (18. bis 20. Jahrhundert), der Bodenaufbau im 1. Obergeschoss mit Blick auf ein Gewölbe, Lagerhölzer, Verlegeplatten und eine Schüttung aus Glasschaumschotter oder gespaltene Haselzweige und Schilfrohrmatten, die von ihrem Einsatz als Putzträger auf Decken und Balken zeugen. Weitere historische Elemente bilden die restaurierten Außen- und Innentüren, die Kastenfenster oder die teilweise restaurierten Dielen- und Ziegelböden im Hauptgebäude.

Auch soll die „Bauhütte“ als Depot dienen und seltene, teils auf dem Markt nicht mehr verfügbare Baumaterialien vorhalten. Ein umfassendes Informations- und Ausstellungskonzept wird derzeit erarbeitet und soll im nächsten Jahr umgesetzt werden.

Bei den Eröffnungsfeierlichkeiten, zu denen sich zahlreiche Gäste aus Bundes-, Landes- und Regionalpolitik sowie Vertreter von Behörden und Institutionen aus ganz Bayern einfanden, überbrachte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Florian Pronold, die Glückwünsche aus Berlin und betonte: „Als Informations- und Begegnungszentrum rund um das Thema Innenentwicklung ist diese Bauhütte Ilzer Land bundesweit beispielgebend.“

Laut Erstem Bürgermeister und Ilzer Land-Vorsitzendem Manfred Eibl hat sich alle Mühe gelohnt, sei doch aus dem mit Sorge betrachteten und dem Verfall preisgegebenen Gebäude mitten am Perlesreuter Marktplatz ein Schmuckstück geworden, das sich gekonnt in das Ortsbild einfügt und nun mit Leben erfüllt wurde.

Freyung-Grafenau Landrat Sebastian Gruber wünschte sich schließlich, dass noch viele Transparente im Landkreis wie beim Beginn der Arbeiten an der „Bauhütte“ mit der Aufschrift „In mich wird investiert“ an einem leer stehenden Gebäude aufgehängt werden können. In Perlesreut sei erkennbar, dass die Region Ilzer Land lebt, so Gruber.

Erstmals war in der „Bauhütte“ vor kurzem eine Ausstellung von überregionaler Bedeutung zu Gast: Eine Woche lang gastierte im „Gewölbe“ die Ausstellung „Modellvorhaben im Städtebau“. Diese Wanderausstellung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium präsentierte geförderte Projekte der vergangenen zehn Jahre mit Handlungsansätzen im Umgang mit zentralen städtebaulichen Themen sowie modellhaften Herangehensweisen.

Zu sehen waren Projekte und Initiativen aus allen Regionen Bayerns: Von Aschaffenburg bis Freilassing, von Wunsiedel bis Böblingen und viele Vorhaben aus ähnlich geprägten Regionen wie dem Ilzer Land. Beispielsweise ging es um Projekte zur Ortsentwicklung und Städtebauliche Ideenwettbewerbe (Landsberg), den Umgang mit Flächenressourcen (Fürstfeldbruck), die Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbeflächenpools der Kommunalallianz Wirtschaftsband A9 (Fränkische Schweiz) oder eine Untersuchung der Motive für den Wegzug von Einwohnern aus der Stadt Wunsiedel sowie mögliche Gegenstrategien. **DK**

Die Bayerische Krankenhausesellschaft, die die Aktionen im Freistaat koordinierte, hofft nunmehr, dass die Abgeordneten in Berlin in der Schlussphase der parlamentarischen Beratungen noch die notwendigen Änderungen am Gesetzentwurf beschließen. „Wir brauchen eine Reform, die diesen Namen verdient, unsere Probleme dauerhaft löst und die Leistungsfähigkeit der bayerischen Krankenhäuser erhält. Die vollständige Finanzierung von ausreichend Personal steht dabei an oberster Stelle“, forderte Siegfried Hasenbein. **DK**



Die sanierte „Bauhütte“ dient als zentrale Anlaufstelle für die Markt-gemeinde Perlesreut und die Ilzer Land Gemeinden. □

Deutsche Wohnungswirtschaft:

Resolution zur Unterbringung von Flüchtlingen

Der Zustrom nach Deutschland von Menschen, die vor Krieg und Not flüchten, hält unvermindert an. Die deutsche Wohnungswirtschaft engagiert sich umfassend dafür, die Flüchtlinge und Asylbewerber menschenwürdig und integrationsfördernd unterzubringen. Bereits zwei Drittel der befragten GdW-Unternehmen setzen Wohnungen zu diesem Zweck ein. Ihr Hauptmotiv: Soziale Verantwortung, wie weit über 90 Prozent der Wohnungsunternehmen bestätigen.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen hat nunmehr eine Resolution mit u. a. folgenden Forderungen veröffentlicht:

- Wir plädieren nachdrücklich für eine unmittelbare Zuständigkeit des Bundes für die Wohnraumförderung. Eine über die Kompensationsmittel hinausgehende Bundesförderung sollte als Zuschuss, nicht als Zinsverbilligung gewährt und über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren kontinuierlich erhöht werden. Die Förderung sollte zweckgebunden sein und für den Neubau sowie die Instandsetzung von leer stehenden Bestandsbauten verwendet werden.
- Die Einführung der nächsten Stufe der Energieeinsparverordnung zum 1. Januar 2016 würde den Neubau von Wohnungen um ca. 7 Prozent verteuern. Aber auch der heutige Standard verhindert die Errichtung preisgünstigen Wohnraums. Wir schlagen daher eine bis 2020 befristete Absenkung der Anforderungen auf das Niveau der EnEV 2009 vor bei Beibehaltung

der aktuellen Förderkonditionen. • Bei starren Vorgaben, wie z. B. beim Lärmschutz, sollten die Baugenehmigungsbehörden ermächtigt werden, eine Abweichung von 10 Prozent zu tolerieren.

• Die kommunalen Bauämter müssen in der Regel personell deutlich besser ausgestattet werden, um die Genehmigungsverfahren drastisch zu beschleunigen. Im Zweifel muss das Land bzw. der Bund die Verfahren an sich ziehen.

• Wir halten es für erforderlich, dass die Wohnungsvorsorge von den Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden zur Chefsache erklärt wird. Die Kommunen müssen einen Wohnungsbaukoordinator benennen, den die Ländern bezahlen.

• Bei der Erstunterbringung von Flüchtlingen in Altbeständen sollte Bestandsschutz gelten, damit keine zeitraubenden Baumaßnahmen den Einzug verzögern.

• Die maximale Belegungsdichte in den Wohnungen darf die im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung geltenden Höchstgrenzen nicht überschreiten. □

Geplante Krankenhausreform:

Bundesweiter Aktionstag

Über 60 Protestveranstaltungen allein in Bayern

Die Krankenhäuser machen gegen die geplante Klinikreform mobil. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) unter dem Motto „Krankenhausreform – So nicht!“ protestierten allein in Bayern mehrere tausend Beschäftigte in über 60 Veranstaltungen gegen das geplante Krankenhausstrukturgesetz (KHS) der Regierungskoalition in Berlin. Dort fand auch die zentrale Kundgebung statt.

Das Krankenhausstrukturgesetz soll im Januar 2016 in Kraft treten. Unabhängig von Trägerschaft und Größe sind sich die Krankenhäuser bei der Bewertung der vorliegenden Reform einig: Sie verkennt völlig die Realität in den Kliniken, den wenigen punktuellen Verbesserungen stehen massive finanzielle Kürzungen gegenüber und wird der Bundestag den vorliegenden Gesetzentwurf so beschließen, wird die Qualität in den Krankenhäusern leiden und die Belastung der Mitarbeiter weiter ansteigen.

Das Gegenargument der Bundesregierung, mit der Reform würde die Qualität der Behandlungen verbessert, bezeichnete der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, als „weltfremd“. „Für gute Qualität brauchen die Krankenhäuser ausreichendes Personal und eine moderne Ausstattung. Aber mehr Qualität fordern und gleichzeitig die finanziellen Mittel dafür kürzen, diese Formel kann nicht aufgehen.“

Auch die Darstellung, dass man mit der Reform den Krankenhäusern unter dem Strich zusätzliche Milliardenbeträge zukommen ließe, löst bei den Beschäftigten in den Kliniken massiven Ärger aus. Hasenbein bezeichnet diese Argumentation als „befremdlich“. „Entweder man argumentiert wider besserem Wissen oder kennt sein eigenes Reformwerk nicht. Beides wirkt wenig vertrauensbildend.“

Die Krankenhausvertreter betonen, dass sie einige Vorhaben der Reform, wie z. B. künftige Zuschläge für die stationären Notaufnahmen oder zur Finanzierung neuer Qualitätsrichtlinien von der Bundesebene, ausdrücklich als Schritt in die richtige Richtung begrüßen. Diese wenigen Lichtblicke würden aber völlig überlagert von einer langen Liste mit überzogenen Kürzungen.

Als Beispiel verweist die Krankenhausgesellschaft darauf, dass ein Versorgungszuschlag in Höhe von 0,8 % – eingeführt vor zwei Jahren als Finanzhilfe für die Klini-

ken – gestrichen werden soll. Dies allein reißt ein Loch von 500 Millionen Euro pro Jahr in die Kassen der deutschen Kliniken und entspricht den Personalkosten von 10.000 Pflegekräften. Hinzu kommen mehrjährige Abschläge bei der Vergütung von zusätzlichen Leistungen und neue Kürzungen bei der jährlichen Anpassung der pauschalierten Behandlungspreise.

Allein bei der zentralen bayernweiten Kundgebung in Nürnberg kamen rund 3.000 Klinikmitarbeiter zusammen und machten auf ihre Anliegen aufmerksam. In Augsburg gingen die Geschäftsführer mehrerer schwäbischer Kliniken zusammen mit ca. 300 Mitarbeitern am Rathausplatz für eine bessere Krankenhausreform auf die Straße. Rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Universitätsklinikums Regensburg beteiligten sich an einer „aktiven Mittagspause“ gegen das geplante Krankenhausstrukturgesetz. In Würzburg wiederum bauten mehrere unterfränkische Krankenhäuser einen gemeinsamen Infostand am Marktplatz auf.

Aktiver Widerstand

Rund 20 Angestellte der Krankenhäuser Landshut-Achdorf, Vilsbiburg sowie der Schlossklinik Rottenburg brachen nach Berlin auf, um gegen die Krankenhausreform zu protestieren. Landrat Peter Dreier und die geschäftsführende Vorsitzende der LAKUMED Kliniken, Dr. Marlis Flieser-Hartl, gaben ihrem Wunsch Ausdruck, dass der aktive Widerstand gegen die geplante Krankenhausreform für ein Einsehen und schnelles Reagieren der Politik auf die tatsächlichen Probleme und Nöte der Kliniken sorgen werde.

Die LAKUMED Kliniken erwarten mit dem Krankenhausstrukturgesetz eine Kürzung des Versorgungszuschlages und der Fallpauschalen, Sanktionierung von Leistungszuwächsen und eine Zunahme der Bürokratisierung. „Für sie bedeutet der Entwurf eines Krankenhausstrukturgesetzes Budgeteinbußen von mindestens

2,55 Mio. Euro. Damit richtet sich der Gesetzentwurf klar gegen das Personal und damit auch gegen die Patienten“, betonte Marlis Flieser-Hartl. Die LAKUMED Kliniken und deren Mitarbeiter kämpften nun aktiv dafür, dass der Gesetzgeber die Interessen der Krankenhäuser zur Kenntnis nimmt und gesetzlich umsetzt.

Auch die Leitung und die Beschäftigten der beiden Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. beteiligten sich an dem bundesweiten Aktionstag. Die konkreten Auswirkungen des vorgesehenen Entwurfs papiert für die Krankenhäuser mit den Standorten in Neumarkt und Parsberg sind besorgniserregend. Nachdem man in den Vorjahren und aller Voraussicht nach auch im laufenden Jahr ein positives Betriebsergebnis erzielen konnte, kann das KHS das Kommunalunternehmen bereits ab 2016 in die Verlustzone befördern. Kumuliert auf fünf Jahre von 2017 bis in das Jahr 2021 stehen - bei konservativer Rechnung - in Neumarkt 6,6 Mio. Euro und in Parsberg 0,5 Mio. Euro weniger an Erlösen zur Verfügung.

Der demographische Wandel in Deutschland wird Schätzungen zufolge auch zu einer Zunahme an stationären Behandlungen führen. Für diese zusätzlichen Behandlungen soll nach dem KHS-Entwurf ein Abschlag auf stationäre Erlöse greifen, der fünf Jahre lang wirkt. Dabei steigern sich die Mindererlöse durch die Kürzungssystematik des KHS von Jahr zu Jahr. Das bedeutet, dass in Neumarkt während dieser fünf Jahre 25 hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Ärzteschaft und der Pflege nicht finanziert werden, in Parsberg immerhin 2.

Auf seine Anliegen aufmerksam machte auch das Klinikum Memmingen. Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger bekräftigte dabei die Position der Stadt als Träger des Klinikums: „Die Krankenhäuser tragen auch außerhalb der üblichen Zeiten und an Wochenenden zur Gesundheitsversorgung der Bürger bei. Das wird nicht angemessen honoriert. Seit vielen Jahren ist hier eine Fehlentwicklung im Gange.“ Die Steigerung der Personalkosten, die rund 70 Prozent der Betriebskosten ausmachen, sei nur zu einem Zehntel berücksichtigt.

Positionspapier des VCD Landesverband Bayern:

Mobilität im ländlichen Raum

Mit zunehmenden Alter ändern sich die Mobilitätsbedürfnisse: Gewohnte Fortbewegungsarten können nicht mehr unverändert genutzt werden. Neue altersspezifische Anforderungen treten in den Vordergrund. „Mobilität ist entscheidend für die Lebensqualität. Um sie zu sichern, müssen Mindeststandards für den öffentlichen und nichtmotorisierten Verkehr festgelegt und durchgesetzt werden. Sonst wird die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten weiter zunehmen“, betont der Verkehrsclub Deutschland (Landesverband Bayern) in seinem Positionspapier „Mobilität im ländlichen Raum“.

Laut VCD ist es „Aufgabe des Freistaats Bayern, Mindeststandards festzulegen. Die Landkreise müssen sie in konkrete Pläne vor Ort übersetzen.“ Damit die Kreise die Aufgaben erfüllen können, die sich aus den Mindeststandards ergeben, müsse der Freistaat sie finanziell entsprechend ausstatten. Zusätzliche Mittel für die Stärkung von Mobilitätsdienstleistungen auf dem Lande seien gut angelegt: Sie dienen der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wie sollte und wie kann Mobilität auf dem Lande künftig gestaltet werden? Mit Blick auf den Bahnverkehr plädiert der VCD dafür, dass in allen Kreisstädten der Zug mindestens im Stundentakt fahren soll, wenn es eine Eisenbahnverbindung gibt oder sie wiederhergestellt werden kann. In der Hauptverkehrszeit sei der Takt zu verdichten. Bahnhalte sollten für

alle Orte eingerichtet oder reaktiviert werden, die im Einzugsgebiet einer Bahnlinie liegen, also maximal 1.000 Meter entfernt. „Dies gilt, soweit es fahrplantechnisch machbar ist.“ Stationen und Züge sollten barrierefrei zugänglich sein.

Stationen für Ortschaften mit mehr als 5.000 Einwohnern müssten bewirtschaftet sein. P&R-Parkplätze seien an allen Stationen vorzuhalten, an denen es zweckmäßig ist. Umweltgerechte Leichttriebwagen sollten vom Freistaat Bayern gefördert werden. Sie müssten auch für geringe Fahrgastströme wirtschaftlich einsetzbar sein und bei Bedarf zu größeren Einheiten zusammengekuppelt werden können.

Geht es nach den Vorstellungen des VCD, so sind beim Buslinienverkehr Ortschaften über 500 Einwohner von Montag bis Freitag von 6 bis 20 Uhr im Stundentakt zu bedienen. An

Wochenenden und an Feiertagen sollen Busse im 2-Stunden-Takt von 8 bis 18 Uhr fahren. Nach 18 bzw. 20 Uhr gibt es einen bedarfsgesteuerten öffentlichen Verkehr. Es sind bedarfsgerechte Niederflurfahrzeuge einzusetzen.

Rufbusse

Um den Busverkehr zu nachfrageschwachen Zeiten zu ergänzen und für Orte, die auf Grund ihrer Größe und der geografischen Situation nicht mit Linienbussen angefahren werden, gibt es Rufbusse. Dieser fährt nur, solange bzw. wo keine regulären Linienbusse fahren. Es gilt der gleiche Fahrpreis wie in Bus und Bahn.

Der Rufbus fährt mindestens zur nächstliegenden Ortschaft mit Linienbusverkehr und Versorgungseinrichtungen. Er fährt flexibel ohne Fahrplan, aber mit festen Haltestellen. Der Rufbus finanziert sich durch den Fahrkartenerwerb und Zuschüsse des Landkreises. Rufbusssysteme sind vom Landkreis auszu-schreiben. Auch Taxiunternehmen

können sich bewerben und damit diversifizieren.

Für Bus und Bahn sollen die gleichen Fahrkarten nach einem einheitlichen Tarif gelten. Es soll eine preisgünstige Monatskarte für Fahrten ab 9 Uhr angeboten werden.

Stichwort Fahrradverkehr: Laut VCD sollen Radroutennetze von den Gemeinden und Landkreisen unter Hinzuziehung von Fachverbänden (ADFC, VCD) aufgestellt werden. Leihfahrradangebote - auch für die touristische Nutzung - sind an geeigneten Bahnstationen vorzuhalten.

Eine weitere Forderung: Neue Siedlungs- und Gewerbegebiete dürfen nur dort entstehen, wo eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr gewährleistet ist oder hergestellt wird. Dies ist anhand der allgemein anerkannten Erschließungsradien für Bus- und Bahnhaltstellen zu beurteilen.

Für jeden Landkreis ist ein über Telefon und online erreichbarer Mobilitätsservice zu betreiben. Dieser Service soll (bayernweit) unter einer einheitlichen Telefonnummer zu erreichen sein. Er berät umfassend und verkehrsmittelübergreifend in Fragen der Mobilität, benennt nachhaltige Mobilitätsalternativen und vermittelt Buchungen der Verkehrsmittel. DK

vbw-Präsident Gaffal zur 3. Start- und Landebahn:

„Leitprojekt für die Zukunftsfähigkeit Bayerns“

Vorstandsbeschluss: Jetzt Voraussetzungen für zügigen Baubeginn schaffen

Der Vorstand der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat in einem Beschluss in seiner Sitzung am 15. September 2015 die Notwendigkeit der 3. Start- und Landebahn am Münchner Flughafen einstimmig bekräftigt. „Es geht hier um ein Leitprojekt für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Das Vorhaben liegt im Interesse der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft. Die dritte Startbahn wird direkte positive wirtschaftliche Auswirkungen auf weite Teile Bayerns haben. Nachdem die rechtlichen Voraussetzungen durch das Planfeststellungsverfahren geschaffen sind, müssen jetzt die politischen Entscheidungen getroffen werden. Die Stadt München muss den Weg für den Bau frei machen“, erklärte vbw-Präsident Alfred Gaffal nach einer Vorstandssitzung in München.

Gaffal betonte, dass viele Unternehmen ihre langfristige Standortbindung und die Entscheidung über eine Ansiedlung auch von einer guten Luftverkehrs-anbindung abhängig machen. Das stark exportorientierte Bayern benötigt zum Erhalt seiner Wettbewerbsfähigkeit einen Flughafen mit Drehkreuzfunktion.

Gaffal: „Die heute noch starke Position des Flughafens München gerät zunehmend unter Druck. Neue Wettbewerber, insbesondere aus dem Nahen Osten, drängen konsequent auf den Markt und gewinnen Stück für Stück Marktanteile. Ein Verlust der Drehkreuzfunktion würde zu erheblichen Wohlstandseinbußen für ganz Bayern führen, denn der Flughafen sichert im gesamten Freistaat 4,4 Milliarden Euro Wertschöpfung und fast 70.000 Arbeitsplätze. Falls die dritte Startbahn nicht gebaut wird und der Münchner Flughafen als Folge davon im Vergleich zu aufstrebenden Wettbewerbern an Bedeutung verliert, wäre ein Teil dieser Wertschöpfung und Arbeitsplätze gefährdet.“

Der Flughafen ist bereits jetzt überlastet. Gaffal: „Die beiden vorhandenen Bahnen sind derzeit in den Hauptverkehrszeiten voll ausgelastet. Die Zahl der Fluggäste am Flughafen München lag 2014 bei 39,7 Millionen. Bis 2025 werden jährlich über 58 Millionen Passagiere erwartet. Die leicht rückläufige Entwicklung bei der Anzahl der durchgeführten Starts und Landungen ist Folge des Trends, vor allem im Kurz- und Mittelstreckenverkehr kleineres Fluggerät durch größere Flugzeuge zu ersetzen. Dieser Effekt ist jedoch ausgereizt. Wir brauchen die dritte Start- und Landebahn drin-

gend, damit sich der Münchner Flughafen strategisch und zukunftsgerichtet weiterentwickeln kann.“

Deutschland-Tag des Nahverkehrs

Die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) steigen von Jahr zu Jahr – wie die Angebote künftig finanziert werden sollen, ist aber weiter unklar. Vor diesem Hintergrund fordern der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und die Infrastrukturinitiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ Bund und Länder mit dem 3. Deutschland-Tag des Nahverkehrs auf, endlich eine verlässliche Basis für die Finanzierung von Bus und Bahn zu schaffen.

Verkehrsunternehmen in ganz Deutschland beteiligten sich am Deutschland-Tag und machten mit Aktionen vor Ort auf die zunehmend schwierige Situation in den Städten aufmerksam. Unterstützt wurde die Aktion von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die sich von Beginn an auch als Partner der Infrastrukturinitiative engagierte.

„Ab 2019 außer Betrieb?“ Diese absichtlich provokante Frage stellten Verkehrsunternehmen in vielen deutschen Städten zum Aktionstag auf Plakaten, Schildern und extra beklebten Fahrzeugen. Anlass war die nach wie vor herrschende Unklarheit, wie der Erhalt und Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur nach 2019 finanziert werden sollen. Dann laufen mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und den Entflechtungsmitteln zwei zentrale Finanzierungsinstrumente aus. Die Mittel sorgen seit Jahrzehnten erfolgreich für Verbesserungen bei den Verkehrswegen in den Städten und haben insbesondere im ÖPNV, aber



Mit guten Wünschen für einen zügigen und unfallfreien Bauverlauf vollzogen den Spatenstich zum Ausbau der DON 8 - von links: Hermann Buser (T+U), Geschäftsführer Johannes Käser (T+U), Reinhard Pfof (Ing.-Büro Trautmann), Hans Kaltner (Fachbereichsleiter Kommunales Bauen Landratsamt Donau-Ries), Kreistagsmitglied Albert Riedelsheimer, Landrat Stephan Rößle, Bürgermeister Werner Thum (Forheim), Bürgermeister Hermann Schmidt (Amerdingen), Bauleiter Hakan Kilic (T+U).

Spatenstich zwischen Amerdingen und Aufhausen

Die Bauarbeiten zur Begradigung, Verbreiterung und den neuen Radweg sind angelaufen

Bereits seit ca. einer Woche, bei einer geplanten Bauzeit von ca. 12 Monaten, laufen die Bauarbeiten für die Begradigung und Verbreiterung der Kreisstraße DON 8 zwischen Amerdingen und Aufhausen. Das bisher kurvenreiche Teilstück wird vom Landkreis Donau-Ries auf einer Länge von 2,5 km neu trassiert und von den Gemeinden Amerdingen und Forheim-Aufhausen auch mit einem neuen Radweg ausgebaut.

„Der Anfang ist gemacht“, freute sich Forheims Bürgermeister Werner Thum, „eine wichtige Weichenstellung für die Linienführung der Umgehung Aufhausen“. Amerdingens Rathauschef Hermann Schmidt bedankte sich u. a. bei den gemeindlichen Gremien für die Erkenntnis und Bereitschaft, das Radwegenetz gleich mit einzuplanen. Das Verkehrsaufkommen auf dem Teilstück der DON 8 sei zwar nicht sehr hoch, der Straßenzustand sei jedoch nicht mehr zeitgemäß gewesen. Die Maßnahme diene der Erschließung der Region und fördere die Entwicklung der Kommunen.

Rößles Dank

Landrat Stefan Rößle richtete seine Dankesworte an den

Kreistag, freute sich überrascht über die Teilnahme von Kreistagsmitglied Albert Riedelsheimer (B90/Die Grünen), auch Mitglied im Ausschuss für Umwelt- und Energiefragen. Sein Dank galt ebenso der Regierung von Schwaben, den Ortsvorsitzenden mit Gemeinderäten sowie allen beteiligten Partnern und Gremien und auch bei den Grundeigentümern für die erfolgreiche Kooperation und stellte die über siebenjährige Arbeit und Beharrlichkeit der beiden Ortsvorsteher heraus.

„Sie haben nicht nachgelassen, immer wieder den Ausbau einzufordern“, so Rößle. Für den Landkreis sei die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein sehr wichtiges Ziel. Gut ausgebauten Straßen sind die Lebensader und infrastrukturelle Grundlage für die heutige Landwirtschaft, Industrie und Pendler.

Höherer Freizeitwert

Der neue Rad- und Gehweg zwischen Amerdingen und Aufhausen sei auch wichtig für Freizeitaktivitäten der örtlichen Bevölkerung, für Familien, Rentner, Jogger und Radfahrer. Gerade für die an Natur- und Sehenswürdigkeiten reiche Region Kesseltal und Kartäusertal steigere der Radweg auch den Freizeitwert. Es handle sich um den ersten, straßenbegleitenden Rad- und Gehweg in der Region, um den Beginn eines nicht zuletzt für den Tourismus wichtigen Radwegenetzes.

Ausführendes Unternehmen ist das landkreisansässige Unternehmen Thannhauser + Ulbricht aus Fremdingen. Der Landkreis Donau-Ries investiert für den Straßenkörper 1.380.000 Euro. Die Baukosten für den Rad- und Gehweg stemmen die beiden Gemeinden in Höhe von 370.000 Euro. Für den Gesamtbetrag von 1.750.000 Euro erwarte man 50 % Zuschüsse, so Landrat Rößle.

Für die Planung war das Ingenieurbüro Trautmann aus Nördlingen tätig. Die künftige, großzügig geplante Fahrbahnbreite beträgt 6,00 m, die des Geh- und Radweges 3,00 m. Das Straßenbankett wird jeweils in der Breite von 1,50 m gebaut.



Auszeichnung für Silheims „Waldfriedhof“ als Sieger auf Landkreisebene durch eine Plakette und Urkunde. Von links: Wolfram Vaitl (Präsident des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege), Hans Joas (Kreisvorsitzender), Ulrike Scharf (Staatsministerin), Oliver Preußner (1. Bürgermeister der Gemeinde Bibertal) und Ulrich Pfanner (Bezirksvorsitzender von Schwaben).

Auszeichnung für gelungene Friedhofsgestaltungen

Landesverbandstagung der bayerischen Gartenbauvereine in Triesdorf

Bei der Landesverbandstagung der bayerischen Gartenbauvereine im mittelfränkischen Triesdorf zeichnete Umweltministerin Ulrike Scharf die Kreissieger des diesjährigen Wettbewerbs „Unser Friedhof – Ort der Würde, Kultur und Natur“ aus. Dazu reiste aus dem Landkreis Günzburg auch eine Abordnung aus der Gemeinde Bibertal an. Der Ort am nordwestlichen Rand des Landkreises Günzburg wurde hier Kreissieger.

Erster Bürgermeister Oliver Preußner, sein Stellvertreter und Friedhofsreferent im Gemeinderat Lorenz Dirr sowie Silheims „Ortschronist“ Erwin Schneider wurden vom ersten Vorsitzenden des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Günzburg e.V., Hans Joas aus Gundremmingen begleitet.

Treffpunkt fürs Miteinander

In ihrer Festansprache betonte Ministerin Ulrike Scharf, dass zum Dorf das Wirtshaus, die Kirche und auch der Friedhof gehören. Wirtshäuser gibt es an vielen Orten nicht mehr, die Kirchen sind leer, die Friedhofskultur ist alt, ändert sich aber auch enorm. Der diesjährige Wettbewerb eröffnete eine Diskussion. Nichts ist so beständig wie der Wandel! „Wir sollten den Verstorbenen ein Andenken bewahren, selbst wenn der Gottesacker zur

Parkanlage wird“, so die bayerische Umweltministerin. Der Friedhof ist nicht nur für die Toten, sondern auch ein Treffpunkt für die Lebenden, ein Platz für Natur, Mensch und Tier. Der Friedhof sei ein Treffpunkt fürs Miteinander. Deshalb bedarf es dort auch Kommunikationsplätze.

Vorzeigeobjekte

Der Kreisverband für Gartenbau und Landespflege wird die weiteren Teilnehmer am Freitag, 16. Oktober um 19.30 Uhr im Gasthaus Hirsch in Ichenhausen auszeichnen. Dabei wird Landrat Hubert Hafner die Festansprache halten und Josef Stocker als Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege mit Vorzeigeobjekten aufwarten. Mit Hans Joas ist er sich einig, es gibt keine Musterlösungen, aber gelungene Konzepte. haj

Leben mit den Toten

Neue Herausforderungen für die Friedhofskultur

Der Gedanke an Tod und Vergänglichkeit verursacht Unbehagen – deshalb meiden viele Menschen den Friedhof. Andere dagegen schätzen die grünen Oasen der Stadt und genießen es, den hektischen, reizüberfluteten Alltag hinter sich zu lassen. Besonders die historischen Friedhöfe der Großstädte sind beliebt: Hier verweilt man gerne – fasziniert von der morbiden Schönheit alter Grabsteine und von den Geschichten, welche uns Inschriften, Symbole, Bildhauerkunst oder auch Fotos der Verstorbenen erzählen.

Zahlreiche Publikationen zeugen von einem enorm gestiegenen Interesse an der Bestattungs- und Erinnerungskultur vergangener Epochen. Friedhöfe haben sich zu einem spannenden interdisziplinären Forschungsfeld entwickelt, denn die Erforschung der Abschiedsrituale, Gedenkformen und Bestattungspraktiken der letzten Jahrhunderte eröffnet neue Perspektiven – nicht nur für die theologische und historische Forschung, sondern insbesondere auch für die Sozialwissenschaften. Der Blick zurück auf den Umgang unserer Vorfahren mit dem Tod und seinen Begleitumständen trägt dazu bei, die Trends in der Friedhofs- und Bestattungskultur der Gegenwart besser zu verstehen und einzuordnen.

Dass sich nicht nur der Umgang mit Tod und Trauer, sondern auch das gesamte Lebensgefühl einer Epoche in der Friedhofsgestaltung manifestieren kann, er-

träumten stattdessen von gleichartigen Grabreihen, die einem einheitlichen ästhetischen Konzept folgen sollten. Es entstanden die ersten Friedhofssatzungen.

Bald darauf jedoch sollten die Friedhöfe für die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs mit ihren endlos gleichen Grabreihen – alle im gleichen Abstand und rechten Winkel angeordnet – die Vision der Friedhofsreformer auf bittere Weise übertreffen. Der beklemmende Mangel an Individualität in der Grabgestaltung entspricht der Geringschätzung, mit der die Soldaten in den sicheren Tod geschickt worden waren. Auch von den Nationalsozialisten wurde der ursprünglich humanistische geprägte Gleichheitsgedanke der Friedhofsreformer propagandistisch missbraucht, da er sich scheinbar perfekt in die Ideologie der Volksgemeinschaft integrieren ließ.

Erst in den 1960er Jahren

che Trauersymbole verzichten, jedenfalls nicht überrascht. Denn der auf modernen Friedhöfen immer sichtbarer werdende Trend zur Individualisierung, der sich schon seit Jahren auch in anderen Gesellschaftsbereichen abzeichnet, wurde bereits 1986 von dem Soziologen Ulrich Beck in seinem berühmten Buch „Risikogesellschaft“ diagnostiziert.

Gesellschaftsanalyse

Im Kern dieser Gesellschaftsanalyse steht der Verlust traditioneller Lebensformen und Überzeugungen. Demnach sind alte Zuordnungen wie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht ebenso obsolet geworden wie überkommene Geschlechterrollen oder etwa die Vorstellung, den einmal erlernten Beruf lebenslang auszuüben. Durch diese Entwicklung verliert die Welt für den Einzelnen an Eindeutigkeit und Klarheit. Er erlebt seine existentiellen Entscheidungen nicht mehr als vorherbestimmt, sondern glaubt vielmehr, für seine eigene Biografie selbst verantwortlich zu sein. Selbstverwirklichung heißt daher das Zauberwort, das auch vor Friedhöfen nicht haltmacht und sich in der individuellen Grabgestaltung niederschlägt.

Im Jahre 1963 hob die katholische Kirche ihr jahrhundertlanges Verbot von Feuerbestattungen auf – unter der Voraussetzung, dass die Einäscherung „den Glauben an die Auferstehung des Fleisches nicht in Frage stellen dürfe.“ Heute – ein halbes Jahrhundert später – steht fest: Die traditionelle Erdbestattung ist dabei, zum Auslaufmodell zu werden. Dagegen wird die Urnenbestattung immer beliebter – insbesondere ihre oberirdische Variante, d. h. die Beisetzung in Urnenanlagen bzw. Kolumbarien.

Dr. Hanns Menzel, Geschäftsführer des Friedhofsunternehmens PAUL WOLFF, dem führenden deutschen Hersteller für oberirdische Urnensysteme, begründet deren Erfolg damit, dass sie eine zeitgemäße Antwort auf wesentliche gesellschaftliche Veränderungen geben. Vor allem in der Alters- und Familienstruktur und im Mobilitätsverhalten habe sich ein grundlegender Wandel vollzogen. Menzel: „Die Menschen leben länger, familiäre Bindungen lockern sich, die Zahl der Single- und Zweipersonenhaushalte nimmt zu. Schon aus beruflichen Gründen ziehen die Leute immer häufiger um. Für entfernte Angehörige wird es deshalb immer schwieriger, die Gräber verstorbener Familienmitglieder zu besuchen geschweige denn zu pflegen. Deshalb ist Pflegefreiheit für viele ein wichtiges Argument.“

Gleichzeitig ist aber gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen eine verstärkte Rückbesinnung auf traditionelle Werte zu beobachten. So geht etwa die gänzlich anonyme Bestattung auf einer Rasenfläche vielen Menschen zu weit. „Der Wunsch nach einem konkreten Bezugspunkt der Erinnerung“, erläutert Menzel, „d. h. nach einem identifizierbaren Grab mit Nennung des Namens und der Lebensspanne des Verstorbenen, ist für die meisten Hinterbliebenen nach wie vor wichtig. Für viele gehört es auch einfach dazu, ein Grab liebevoll zu schmücken, weil das eine ganz archaische Form aktiver Trauerbewältigung darstellt.“

Die oberirdische Urnenbestattung beschreibt demnach einen Mittelweg, indem sie einerseits den lebenspraktischen, ökonomischen Wunsch nach einer pflegefreien bzw. -armen Grabstätte erfüllt, gleichzeitig aber auch dem

tief empfundenen Bedürfnis vieler Hinterbliebener entgegenkommt, einen festen Ort für ihre Trauer zu haben, den sie auch – innerhalb gewisser Grenzen – individuell gestalten können.

Ende des Schattendaseins

Es scheint absehbar, dass sich die Zeit der reißbrettartigen Friedhofsanlagen dem Ende zuneigt. Schon heute sind Friedhöfe in verschiedene Bereiche aufgeteilt: Neben den klassischen Reihen- und Familiengräbern gehören Areale mit Urnenwänden bzw. Urnenstelen inzwischen zum Standard. Immer häufiger sind auch Aschestreuplätze oder Baumgruppen für Naturbestattungen vertreten. Fast noch wichtiger als das wachsende Angebot an verschiedenen Bestattungsmöglichkeiten ist jedoch, dass die Friedhöfe des 21. Jahrhunderts auch eine Pluralisierung ihrer gesellschaftlichen Funktionen erfahren werden.

In Zukunft werden sie nicht mehr nur Orte der Trauer und des Gedenkens sein, sondern auch der Freizeit und Erholung dienen. Ebenso wird man sie für kulturelle Veranstaltungen nutzen. In Großstädten ist dies heute schon der Fall: In Trauerhallen finden Vernissagen, Konzerte und Lesungen statt. Darüber hinaus werden Patenschaften für denkmalwürdige Grabmale übernommen, damit historische Friedhofsbereiche erhalten bleiben. Zu erwarten ist – so die Prognose des Kulturhistorikers Prof. Dr. Norbert Fischer –, dass auch Natur und Landschaft wieder eine größere Rolle bei der Friedhofsgestaltung spielen werden. Wenn Großstädte Friedhöfe als Naturschutzgebiete ausweisen, die mit ihrer Artenvielfalt Besucher anlocken, ist dies bereits ein erster Schritt in diese Richtung.

Der Blick in die Zukunft des Friedhofs von morgen lässt also durchaus Hoffnung aufkommen:

Je offener sich die Friedhöfe gegenüber den Lebenden präsentieren, desto mehr werden sie wieder einen zentralen Platz inmitten der Gesellschaft einnehmen. □

Software in Dieselfahrzeugen:

Volkswagen startet Internetseite zur Aufklärung

Auch Volkswagen Nutzfahrzeuge-Kunden können ihre Fahrzeuge überprüfen Mit der Fahrgestellnummer herausfinden, ob das eigene Modell betroffen ist

Hannover – Nachdem der Einsatz manipulativer Software bei Dieselmotoren des Volkswagen Konzerns festgestellt wurde, macht Volkswagen Nutzfahrzeuge nun den nächsten Schritt zur Aufklärung, welche Fahrzeuge mit einem EA 189 Dieselmotor von der Serviceaktion betroffen sind. Ab sofort haben alle Kunden von Volkswagen Nutzfahrzeuge die Möglichkeit, selbst zu prüfen, ob an ihrem Fahrzeug das Abgasverhalten nachgebessert werden muss.

Dazu haben Volkswagen und Volkswagen Nutzfahrzeuge ein Online-Tool auf ihre Website integriert. Unter der URL <http://www.volkswagen.de/info> erhält jeder Kunde mit seiner Fahrgestellnummer eine klare Aussage, ob sein Fahrzeug betroffen ist oder nicht. Zudem sind weiterführende Informationen sowie Fragen und Antworten rund um das Thema integriert.

Onlinetool zur weltweiten Nutzung

Das Online-Tool wird aktuell auch weltweit in die nationalen Internetseiten integriert und dort kurzfristig zur Verfügung stehen.

Fahrzeuge weiterhin sicher und fahrbereit

Nach wie vor gilt die bereits mehrfach getroffene Aussage: Volkswagen informiert alle betroffenen Kunden aktiv. Auch vor



Die Max Holder GmbH und ihre Anbaugerätepartner präsentieren ihre Maschinen im Herbst. Bild: Max Holder GmbH

Holder-Roadshow

Im Herbst in sieben Städten

Vom 20. Oktober bis 3. November ist Holder mit seinen Handels- und Anbaugerätepartnern in Süddeutschland unterwegs, darunter auch drei Stationen in Bayern.

Die Max Holder GmbH, Hersteller kompakter Kommunalfahrzeuge, präsentiert auf ihrer Roadshow im Herbst an sieben Stationen in ganz Süddeutschland das „System Holder“: ein abgestimmtes Programm von Fahrzeugen und passgenauen Anbaugeräten, mit höchstem Komfort bei sicherer und effizienter Anwendung.

Anbaugeräte-Vielfalt

Dabei werden verschiedenste Anbaugeräte zum Winterdienst, Kehren, zur Rasenpflege, Wildkrautbekämpfung und Bewässerung sowie weitere Anwendungen für den Ganzjahreseinsatz vorgestellt. Neu dabei ist in diesem Jahr das multifunktionale kommunale Schmalspurfahrzeug Holder MUVO.

Tests in direkter Anwendungssituation

Die Besucher haben vor Ort die Möglichkeit, die Fahrzeuge im realen Umfeld und in der direkten Anwendungssituation selber zu testen. Parallel können mit den Holder-Mitarbeitern, Vertriebs-

partnern und Anbaugeräteherstellern intensive Fachgespräche zu allen Fragen der Kommunal-, GaLaBau- und Gebäudepflege-Technik geführt werden.

Großes Finale

Abgeschlossen wird die Roadshow mit einem großen Finale im Werk in Metzingen mit interessanten Fachvorträgen und einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm.

Stationen in Bayern:

• **27.10.2015**, 11:00 - 14:00 Uhr, 93053 **Regensburg**, Regensburger Badebetriebe GmbH, Continental Arena, Franz-Josef-Strauß-Allee 22

• **28.10.2015**, 11:00 - 14:00 Uhr, 85386 **Eching/Freising**, Gemeinde Eching/Freising, Dietersheimer Straße – Höhe Hausnummer 17 (Beschilderung beachten)

• **29.10.2015**, 11:00 - 14:00 Uhr, 87471 **Durach**, Flugplatz Kempen-Durach, Weidacher Straße 17, Oro-Textil-Platz

Die Teilnahme ist kostenfrei. Weitere Informationen zu den Stationen, den Terminen sowie zur Anmeldung gibt es unter www.max-holder.com □



Ein Beispiel für die sich wandelnde Friedhofskultur: Der Städtische Waldfriedhof Hemer. □

klärt Prof. Dr. Reiner Sörries, Direktor des Museums für Sepulkralkultur in Kassel, am Beispiel des bürgerlichen Zeitalters.

Er sieht einen Zusammenhang zwischen den prachtvollen alten Grabstätten, die im 18. und 19. Jahrhundert bei allen, die es sich leisten konnten, en vogue waren, und einem durch die Aufklärung eingeleiteten Verlust an Religiosität. Diesen Säkularisierungsprozess bezeichnet Sörries als „die eigentliche Geburtsstunde der Friedhofskultur“. Das klingt zwar zunächst paradox, wird aber dann verständlich, wenn man den Graberpomp als materiellen Ersatz für den Jenseitsglauben versteht, der bereits bei den Menschen des ausgehenden 18. Jahrhunderts an Überzeugungskraft verloren hatte und der nach und nach immer brüchiger wurde.

Ziel des Gräberkultes war es also, den geschwächten Gottesglauben mit einem Übermaß an Prunk zu überdecken. Ferner hatten die herausgeputzten Gräber die Aufgabe, gesellschaftlichen Rang und Reichtum der angesehenen Familien zu repräsentieren. Imposante Mausoleen mit meterhohen Statuen zeugen noch heute von dem enormen Wunsch nach sozialer Distinktion.

Neue Schlichtheit: Der Einzugs demokratischer Ideen

Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wich der Gräberkult allmählich demokratischeren Vorstellungen. Vorreiter waren die sogenannten Friedhofsreformer, die die Idee von der Gleichheit aller Menschen im Tode proklamierten. Logischerweise war ihnen der Wildwuchs der Eitelkeiten auf den alten bürgerlichen Friedhöfen ein Dorn im Auge. Sie

keimten wieder Bestrebungen nach mehr Individualität in der Grabgestaltung auf. Die präzisen Vorgaben der Friedhofssatzungen begannen mit neuen Ideen von künstlerischer Freiheit zu kollidieren und wurden nach und nach wieder variabler gestaltet.

Grabkultur heute: Werteverfall oder Neuorientierung?

Beim Gang über den Friedhof von heute begegnet man vielerorts Überraschungen, die durchaus gewöhnungsbedürftig sind: Statt auf Kreuze und klassische Sinnsprüche wie „Ruhe in Frieden“ trifft man auf Fußballbälle, Rockgitarren oder Motorräder. Hello Kitty und Super Mario erzählen von der Lebenswelt der Verstorbenen, QR-Codes auf den Grabsteinen laden dazu ein, sich im Internet detaillierter über die Toten zu informieren. Auch gibt es den Trend zu Gemeinschaftsgräbern, die nicht mehr auf Familienzugehörigkeit beruhen, sondern auf der Ähnlichkeit von Lebensentwürfen. So haben sich Schalke- und HSV-Fans gleich einen eigenen Friedhof eingerichtet. Die Gräber dort sind einem Fußballstadion nachempfunden und der Blumenschmuck entspricht den jeweiligen Vereinsfarben. In Berlin gibt es seit Kurzem einen Friedhof für homosexuelle Frauen.

Während einige Zeitgenossen diese Entwicklung als Zeichen des Verfalls deuten, stehen andere dem Wandel der Bestattungskultur durchaus aufgeschlossen gegenüber. Fachleute sind von den immer bunteren Gräbern, die auf Hobbies, bestimmte Vorlieben oder andere individuelle Eigenschaften der Verstorbenen verweisen und gleichzeitig auf christli-

25 Jahre Automobile Georg Scherible
Ihr zuverlässiger Partner

Wir kaufen Ihre Gebrauchtfahrzeuge!

Faire Konditionen, seriöse und zuverlässige Abwicklung

PKW, Transporter, Nutzfahrzeuge
alle Alters- und Zustandsklassen

Besichtigung und Bewertung auch vor Ort
Bitte kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:
Tel.: 08204-9608102 · Mobil: 0171-6115055
Fax: +49 8204 9608103 · E-Mail: info@scherible.de

Automobile Georg Scherible · Schelmenlohe 13 · 86866 Mickhausen

Wasserstoff-Technik:

Ausbau der Tankmöglichkeiten

Fünfte Tankstelle in Baden Württemberg eröffnet
Weitere Projekte in Planung

Fellbach/Berlin/München/Stuttgart – Daimler, Linde und TOTAL setzen ihre gemeinsamen Pläne zum Ausbau der nationalen Wasserstoff (H₂)-Infrastruktur fort. Nach den bereits erfolgten Eröffnungen am Autohof Geiselwind, der ersten H₂-Tankstelle an der Autobahn, und an zwei Berliner Standorten gehen die Partner nun einen weiteren Schritt in Richtung flächendeckendes Versorgungsnetz für lokal emissionsfreie Elektrofahrzeuge mit Brennstoffzelle.

An der TOTAL Multi-Energie Tankstelle in Fellbach führten jüngst Dr. Veit Steinle, Leiter der Abteilung für Grundsatzangelegenheiten im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, gemeinsam mit Ministerialdirektor Helfried Meinel, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, die symbolische Erstbetankung einer Mercedes-Benz B-Klasse F-CELL durch. Die TOTAL Multi-Energie-Station Fellbach ist bereits die fünfte H₂-Station in Baden-Württemberg. Weitere Stationen im Süden Deutschlands werden in den nächsten Monaten folgen.

Der Amtschef des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Ministerialdirek-

tor Helfried Meinel, betonte, wie wichtig es der Landesregierung in Baden-Württemberg ist, den Aufbau einer H₂-Infrastruktur im Land zu unterstützen: „Wasserstoff und Brennstoffzelle haben großes Potenzial, sich zu einer Schlüsseltechnologie für eine umwelt- und klimaverträgliche Mobilität zu entwickeln. Sie können uns helfen, unsere Abhängigkeit von Erdölimporten zu reduzieren.“

Zwischenspeicherung

Wasserstoff könne darüber hinaus auch in vielen anderen Bereichen eine wichtige Rolle spielen, zum Beispiel als Zwischenspeicher für die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen.



Die TOTAL Multi-Energie Tankstelle in Fellbach.

„Mit dem Innovationsprogramm H₂-Infrastruktur Baden-Württemberg H2BW hat das Umweltministerium in den vergangenen drei Jahren mit insgesamt vier Millionen Euro die H₂-Infrastruktur in Baden-Württemberg in Form von Wasserstofftankstellen sowie Anlagen zur Herstellung und Speicherung von regenerativem Wasserstoff vorangebracht. Um den Ausbau der Infrastruktur auch weiterhin zu unterstützen, haben wir ein weiteres Programm namens ‚Power to Hydrogen‘ aufgelegt, mit dem wir die großtechnische Erzeugung, Verteilung und Nutzung von regenerativ erzeugtem Wasserstoff unterstützen. Hierfür stellt das Land für die Jahre 2015 und 2016 insgesamt 1,4 Millionen Euro zur Verfügung.“

Die Wasserstoff-Betankungstechnologie ist heute weitestgehend standardisiert. Linde hatte vergangenes Jahr in Wien die weltweit erste Kleinserienfertigung für H₂-Tankstellen eröffnet. An der TOTAL Multi-Energie Tankstelle in Fellbach kommt eine kompakte 700-bar-Betankungstechnik zum Einsatz, die auch ideal zur Nachrüstung bestehender, konventioneller Tankstellen geeignet ist.

Der Aufbau einer bundesweiten H₂-Infrastruktur geht einher mit dem geplanten Markthochlauf von Brennstoffzellenfahrzeugen verschiedener Hersteller. Bis 2016 wird in einem FuE-Förderkontext eine erste strategische Aufbau-Etappe realisiert: 50 Wasserstoff-Tankstellen – gebaut und betrieben im Rahmen der Clean Energy Partnership (CEP) – sollen die Metropolregionen und Hauptkorridore im Bundesgebiet versorgen (Siehe dazu auch <http://bit.ly/1Mbc1WY>).

Mit 50 Wasserstoff-Tankstellen wird bundesweite Mobilität zwischen den Ballungsräumen und entlang der Hauptverkehrsachsen möglich sein. Innerhalb dieses Ausbauprogramms beteiligt sich die Daimler-Linde-Initiative an insgesamt 20 neuen H₂-Stationen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 20 Mio. Euro.

Daimler plant von 2017 an wettbewerbsfähige Elektrofahrzeuge mit Brennstoffzelle auf den Markt zu bringen. Ein Vorteil von Elektrofahrzeugen mit Brennstoffzelle sind ihre hohen Reichweiten von ca. 400 bis 500 Kilometern. Vor allem aber ihre sehr kurze Betankungszeit kennzeichnet das große Potenzial dieser Technologie. Der stufenweise Ausbau der H₂-Infrastruktur stellt einen der wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Markteinführung solcher Fahrzeuge dar.

Linde ist mit rund 100 errichteten Tankstellen in 15 Ländern führend in der Wasserstoff-Technologie und betreibt in Wien die weltweit erste Kleinserienfertigung für H₂-Tankstellen. Linde verwendet dabei den selbst ent-

wickelten ionischen Kompressor IC90, der Vorteile im Energieverbrauch, bei der Wartung, im Platzbedarf und in der Geräuschkentwicklung miteinander verbindet.

TOTAL ist seit 2002 Vorreiter beim Aufbau der Infrastruktur von Wasserstoff-Tankstellen in Deutschland – zu den bundesweit 19 öffentlich zugänglichen H₂-Stationen zählen heute acht TOTAL Multi-Energie Tankstellen. Dazu sind weitere Stationen mit Wasserstoff-Betankungsangebot in Ulm, Karlsruhe und am Flughafen in Köln geplant. TOTAL hat in Fellbach die gesamten Bau- und Genehmigungskosten getragen sowie das Projektmanagement zur Errichtung der Wasserstoff-Technik inklusive des Service- und Wartungsanteils übernommen.

Herbstspaziergang auf dem Friedhof

Farbenprächtige Bepflanzungen laden zu einem herbstlichen Spaziergang über den örtlichen Friedhof ein. Neben den klassischen Heidepflanzen Erika und Calluna geht der Trend zu leuchtend bunten Gräsern und Blattschmuckpflanzen. Bei der Pflanzenwahl beraten die örtlichen Friedhofsgärtner. Sie haben bisweilen auch den einen oder anderen Geheimtipp parat.

Der Herbst kommt. Er zeigt uns jedes Jahr auf's Neue, dass alles in der Natur vergänglich ist. Jetzt ist die Zeit spazieren zu gehen, die letzten warmen Sonnenstrahlen zu genießen. „Im Herbst steht in den Gärten die Stille, für die wir keine Zeit haben“ sagte der deutsche Journalist Victor Auburtin um 1900 einmal. Diese Stille kann man nirgendwo so gut spüren wie bei einem Spaziergang über den örtlichen Friedhof.

Große Ruhe

Die bunten Herbstpflanzen leuchten im warmen Licht, es geht eine große Ruhe von diesem Ort aus. Die Vergänglichkeit, auch die eigene, wird einem bewusst. Die individuellen Geschichten, die viele Grabmale bei genauerem Hinsehen erzählen, und die unterschiedlichen Grabbepflanzungen machen den Spaziergang über den Friedhof noch interessanter. Im Herbst sind der

Grabgestaltung mit Pflanzen fast keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist allerdings für die Pflanzenwahl, ob die Bepflanzung auch den Winter bzw. den Frost überstehen soll oder nur bis Allerheiligen leuchten darf, bis das Grab mit Wintergrün gedeckt wird.

Klassiker: Erika und Calluna

Klassische Grabpflanzen für den Herbst sind nach wie vor Erika und Calluna. Auf fast jedem Grab leuchten einem die altrosa und pinken Blütenknospen entgegen. Für alle, die sich schon lange fragen, wo eigentlich der Unterschied liegt: Erika (*Erica gracilis*), das Heidekraut, ist nicht winterhart. Das heißt, sie wird nach mehreren Frostnächten recht unschön braun und ist deshalb nur für den Herbst geeignet. Calluna (*Calluna vulgaris*), die Besenheide hingegen, übersteht den Winter grün und mit bunten Blütenknospen, schließlich kommt sie aus Sibirien und Nordeuropa. Dann gibt es noch die Schneeheide (*Erica carnea*), die leicht mit der Calluna zu verwechseln ist. Die Schneeheide ist ebenfalls winterhart und immergrün, öffnet Ihre Blütenknospen aber während des Winters und blüht von Januar bis März. Sie zählt damit zu den ersten Bienennährgehölzen des Jahres und trägt Blüten während der Rest der Natur noch Winterschlaf hält.

Sortenwahl

Welche Art und welche Sorte aus der breiten Züchtungspalette dieser Gattungen für das jeweilige Grab am besten geeignet ist, weiß am besten der Friedhofsgärtner vor Ort. Er berät und zeigt Begleitpflanzen, die das Grab im Herbst und Winter leuchten lassen. Für den Herbst bieten sich hier Alpenveilchen in allen Farben und Formen, bunte Gräser wie Blauschwengel, frostharte Blattschmuckpflanzen wie das Purpurglöckchen oder silberne Pflanzen wie das Currykraut an. Elisabeth Meier von der Friedhofsgärtnerei Meier in Buchendorf bei München liebt Gräser: „Es gibt so viele unterschiedliche schöne Gräser. Am liebsten verwende ich die kupferbraunen Sorten, die leuchten so duftig im Herbstlicht und lassen sich toll kombinieren. Liebend gern pflanze ich auch Skimmien. Die Blätter bleiben immer grün und ab Oktober erscheinen die Blütenknospen, die sich erst im Frühjahr öffnen.“ Auch Josef Ziegler, Friedhofsgärtner aus Vaterstetten, hat einen Winterlieblichen: „Ich finde die Krähenbeere toll. Sie verträgt auch den stärksten Frost und bleibt dabei immer leuchtend gelbgrün. Ein super Farbtupfer für graue Wintertage“.

Beratung und Auswahl

Bei der Beratung und Auswahl der richtigen Pflanzen steht der Gärtner vor Ort gerne zur Seite. Meist hat er auch sämtliche Pflege- und Pflanzleistungen rund um das Grab als Dienstleistung im Angebot.

Informationen zu den bayerischen Friedhofsgärtnern und zum Service-Angebot Dauergrabpflege erhalten Sie bei der TBf Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärtner im Internet unter www.dauergrabpflege-bayern.de



Messfahrzeug der Firma Eagle Eye.

Bild: WRA

Adlerauge ist wachsam

Wilhermsdorfs Straßenzustand aktuell erfasst
Auch kleinere Gemeinden bedienen sich moderner Technik

Beim Anblick des orange-silbernen Kleinbus rieben sich jüngst viele Wilhermsdorfer verduzt die Augen: „Werden wir jetzt überwacht oder was?“ Wir können Entwarnung geben: Das Auto der Berliner Firma Eagle Eye mit den vielen Kameras rundherum erfasst lediglich im Auftrag der Marktgemeinde den aktuellen Straßenzustand.

Stereo- und Rundumkameras auf dem Dach, eine Orthokamera und Laserscanner mit Blick nach unten, das ist von außen sichtbar. Innendrin sitzen Fahrer Gerd Hesse und Techniker Stefan Lange und wachen über Bildschirme sowie mehrere Reihen Computer im hinteren Teil des Fahrzeugs.

Sensoren ermöglichen aktuelle und detaillierte Kartierung

Dort werden die von den Sensoren außen aufgenommenen Daten gesammelt. Hinterher bekommen die Auftraggeber eine aktuelle Kartierung und können dar-

aus die Straßenzustände bewerten, Prioritätslisten zur Sanierung erstellen. Das alles funktioniert recht schnell: Das Eagle-Eye-Fahrzeug rolle im fließenden Verkehr mit; alle fünf Meter werde ein vollständiges Rundumbild erstellt, erklärt Lange.

Schnelle Abwicklung

Ein Wochenende waren er und sein Kollege in Wilhermsdorf und seinen Ortsteilen unterwegs. Vorher waren Waischenfeld in Oberfranken und Berg in der Oberpfalz im Blick der wachsamen Adleraugen des Fahrzeugs „Eagle Eye“. WRA



Entspannend und eine gute Inspirationsquelle für die eigene Grabgestaltung ist ein Herbstspaziergang auf dem Friedhof. Bild: TBF

Individuelle Grabmalgestaltung

Die Grabgestaltung ist in den letzten Jahrzehnten deutlich individueller geworden. Dies trifft insbesondere auf das Grabmal zu, denn es soll das Leben und die Persönlichkeit des Verstorbenen widerspiegeln. Oft entsteht solch ein Grabstein in enger Abstimmung zwischen Steinmetz und Kunde.

Die Bestattungskultur hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, ein Trend hin zu individuellen Grabmalen ist zu beobachten. Dieser Trend steht im Gegensatz zur anonymen Bestattung, die in vielen Regionen wieder rückläufig ist.

Weltliche Zeichen

Bei der Gestaltung treten seit einiger Zeit christliche Zeichen, Motive und Worte in den Hintergrund, moderne Formen, weltliche Zeichen und Symbole hingegen spielen eine immer wichtigere Rolle. Hinterbliebene wollen stärker mitgestalten als früher. Nicht zuletzt ist die Mitwirkung an der Gestaltung des Grabmals auch ein Teil der Trauerarbeit. Viele begreifen sie als einen letzten Dienst am Verstorbenen. Bei Auswahl und Gestaltung spielt der Preis für viele Hinterbliebene nicht die zentrale Rolle. Wenn Produkt und Angebot überzeugen,

wählen Kunden durchaus anspruchsvoll gestaltete Grabmale, die die Einzigartigkeit des Verstorbenen zum Ausdruck bringen. Dabei werden vermehrt regionale Natursteine aus Deutschland und Europa nachgefragt, eine Entwicklung, die auf einen bewussten Lebensstil vieler und das ökologische Umdenken allgemein zurückzuführen ist.

Auch die Friedhöfe öffnen sich für neue Gestaltungsmöglichkeiten. Die Reglementierungen sind mittlerweile weniger streng. Neue, von Steinmetzmeistern gemeinsam mit Friedhofsgärtnern und -verwaltungen entwickelte Konzepte wie Memoriam-Gärten und Themengrabanlagen wurden bereits in vielen Gemeinden umgesetzt oder werden derzeit diskutiert. Auf den Friedhöfen entstehen dadurch neue Räume, die für viele Hinterbliebene eine attraktive Alternative zu herkömmlichen Anlagen darstellen.

Diese zeitgemäßen Angebote finden Anklang bei vielen Hinterbliebenen, die Nachfrage ist groß. Die Resonanz ist so positiv, dass viele Gemeinden die Umsetzung ähnlicher oder weiterer Angebote planen.

Viele Anregungen gibt es unter www.bivsteinmetz.de und www.natursteinunikat.de

 <p>„PICCOLINO“ Magnetbalken</p> <p>Preis: € 1.280,- a. W. + MwSt.</p>	 <p>„PICCOLINO-infotec“ mit MP3-Player für die Speicherung von Durchsagetexten, alternativ Mikrofon</p> <p>Preis: € 2.885,- a. W. + MwSt.</p>	 <p>„HELLCAT“ Magnetlichtbalken in LED-Technik der III. Generation</p> <p>Preise: LED 1-reihig, € 1.635,- a. W. + MwSt. LED 2-reihig, € 1.990,- a. W. + MwSt.</p>
---	--	--


TECHNO DESIGN
 WILMERING GmbH
 SONDRERSIGNALANLAGEN
 Techno Design Wilmering GmbH
 D-48301 Nottuln
 Telefon 0 25 02 / 2 28 91-0
 Telefax 0 25 02 / 2 28 91-20
www.techno-design.de
wilmering@techno-design.de

Umweltfreundlicher Erdgasbetrieb:

Flughafen bekommt Unimog-Verstärkung

Fünf Unimog im Einsatz als multifunktionale Geräteträger

Der erste Mercedes-Benz Eonic NGT (Natural Gas Technology) in Euro VI-Ausführung wurde an den Flughafen Wien übergeben. Der mit Erdgas betriebene Lkw wird als Catering-Fahrzeug eingesetzt und ist mit einem Hubaufbau der Firma Doll ausgerüstet. Das tiefliegende Fahrerhaus des Eonic ermöglicht besonders niedrige Übergabehöhen vom Cateringfahrzeug zum Flugzeug, so dass alle gängigen Flugzeugtypen, von der Boeing 737 bis zum Airbus A 380, abgedeckt werden können. Hintergrund ist, dass ein Teil des Fahrzeug-Aufbaus sich über dem Fahrerhaus befindet und dessen Höhe somit entscheidend für die Belieferung auch kleinerer Flugzeuge ist.

Mit dem neuen Eonic NGT setzt der Flughafen Wien auch Maßstäbe bei der Umweltfreundlichkeit – die CO₂-Emissionen des Gasmotors liegen rund 20 Prozent unter denen eines Dieselmotors. Beim Betrieb mit Biogas fährt der Eonic sogar CO₂-neutral. Neben der Umweltfreund-

lichkeit des Mercedes-Benz Eonic NGT schätzen seine Nutzer das Low-Entry-Konzept wegen des bequemen Einstiegs und der hervorragenden Sicht durch die niedrig positionierte, große Panorama-Windschutzscheibe. Verbessert werden die Sichtverhältnisse noch durch Kameras für 360 Grad-Rundumsicht.

Sicherheit

Serienmäßig ist der Mercedes-Benz Eonic mit einem Al-



Mercedes-Benz Eonic und Unimog im Einsatz auf dem Flughafen Wien.

lison-Automatikgetriebe ausgerüstet. Der Fahrer kann sich so ganz auf das Verkehrs-geschehen konzentrieren, was

auch der Sicherheit auf dem Vorfeld zu Gute kommt.

Unimogs für Winterdienst und Säuberung des Flugfelds

Neben dem Eonic NGT hat sich der Flughafen Wien auch für fünf Unimog U 530 entschieden, der mit 16,5 t zulässigem Gesamtgewicht und 220 kW (299 PS) größten und stärksten Variante der sogenannten Unimog Geräteträger-Baureihe. Eines der fünf Fahrzeuge verfügt über einen Kehrmaschinen-Aufbau der Firma Trilety und zusätzlich einen Permanent-Magneten, um das Flughafengelände von metallischen Teilen zu säubern. Die anderen vier Unimog U 530 sind für den Winterdienst am Flughafen

mit Frässhleudern des Herstellers Kahlbacher ausgerüstet. Diese werden zum Beispiel zum Beiseitigen der Schneewälle eingesetzt nachdem die Räumstaffel die Start- und Landebahn vom Schnee befreit hat. Angetrieben durch die Frontzapfwelle des Unimog wird der Schnee mit den Frässhleudern auf Lkw verladen und abtransportiert.

Treuer Kunde

Bereits im Jahr 2015 hat der Flughafen Wien zwei Unimog U 427 mit Streuautomaten der Firma Aebi-Schmidt und Schneepflügen der Firma Kahlbacher in Dienst genommen, um im Winter für sicheren Betrieb auf dem Flughafengelände zu sorgen.

Mercedes-Benz auf der Agritechnica 2015:

Professioneller Geräteeinsatz und effizienter Transport

Unimog bietet Lohnunternehmern Vorteile für den Kommunaleinsatz

Lohnunternehmer mit eigenem Fahrzeug- und Maschinenpark spielen in der Landwirtschaft neben dem klassischen Landwirt eine immer größere Rolle. Das ist einer der Trends auf der Agritechnica, der größten Landtechnik-Messe der Welt, die vom 8. bis 14. November in Hannover ihre Tore öffnet.

In diesem Umfeld hochspezialisierte landwirtschaftliche Arbeitsverfahren ist der Unimog von Mercedes-Benz genau richtig. Er bietet vielfältigen, hochgradig professionellen Geräteeinsatz auf der Basis sparsamer und umweltfreundlicher Antriebs- und Anbaugeräte. So dreht sich auf dem Stand von Mercedes-Benz alles um den effektiven Arbeitseinsatz auf dem Feld und um höchste Effizienz auf den Transportstrecken, auf denen Frachtaufkommen und Distanzen immer weiter anwachsen. Seit gut zwei Jahren erfüllen die Motoren des Unimog die Grenzwerte der europäischen Abgasnorm Euro VI für Lkw. Sie gelten damit in der Branche als besonders umweltverträglich, zumal mit den neuen Motoren auch eine weitere Minderung des Kraftstoffverbrauchs erreicht werden konnte.

Dienstleister in Landwirtschaft und für Kommunen

Der Messeauftritt von Mercedes-Benz spricht sehr stark die Belange jener Dienstleister an, die außer in der Landwirtschaft auch im kommunalen Bereich Arbeiten durchführen, etwa in der Grünpflege und im Winterdienst – beides seit jeher Domänen des Unimog-Geräteträgers. Die Kommunaltechnik behauptet sich auf der Agritechnica seit Jahren schon als eigenständiges Thema, in vielen Arbeitsbereichen gibt es für Fahrzeuge und Geräte ähnliche Anforderungen wie in der Landwirtschaft.

Das vor gut zwei Jahren eingeführte neue Unimog-Programm umfasst die Einstiegsmodelle Unimog U 216 und Unimog U 218 sowie U 318 und U 423, denen die Vierzylindermotoren mit Leistungen zwischen 115 kW (156 PS) und 170 kW (231 PS) gemeinsam sind. Die Unimog U 427 und U 527 sowie U 430 und U 530 hingegen haben Sechszylindermotoren und verfügen über 200 kW (272 PS) beziehungsweise 220 kW (299 PS). Seinerzeit hatte Mercedes-Benz mit der vorfristigen Umstellung auf die europäische Abgasnorm Euro VI und auch mit der konstruktiv anspruchsvollen Unterbringung der dafür notwendigen Komponenten wie SCR-Katalysator und Diesel-

partikelfilter für Aufsehen gesorgt. Der Unimog kann als Zugmaschine-Ackerschlepper zugelassen werden, da die Euro VI-Abgasnorm für Lkw als gleich- bzw. höherwertig im Vergleich zu der hier gesetzlich geforderten Abgasvorschrift Tier4 final anerkannt wird.

Es gelang bei der Entwicklung der Baureihe trotz des erhöhten Platzbedarfs der Abgastechnik, den Unimog kompakter zu machen. Der Radstand der kompakten Unimog U 216 und U 218 fällt mit 2800 mm um 200 mm geringer aus als beim Modell U 318, außerdem sind sie um 50 mm schmaler. So erreichen sie einen Wendekreis von 12,6 m, ein absoluter Pkw-Wert. Für die Landwirtschaft spielt das bei der Feldarbeit eine Rolle, ist doch so in den meisten Fällen ein Wenden am Feldrand ohne Zurücksetzen möglich. Für Unimog U 423 bis U 530 ist seit diesem Jahr eine Allradlenkung ab Werk verfügbar. Sie erlaubt vier verschiedene Lenkungsarten: Normallenkung über die Vorderräder, Allradlenkung mit allen Rädern, „Hundeganglenkung“ für die Diagonalfahrt sowie die manuelle Lenkung der Hinterräder. Dadurch wird der Wendekreis um bis zu 20 Prozent reduziert und die Manövrierfähigkeit deutlich gesteigert.

Alle Unimog-Modelle bringen die grundsätzlichen Vorzüge der Baureihe mit sich, nämlich hohe Umweltverträglichkeit der Euro VI-Motoren, die gegenüber den Vorgängern modernisierte und optisch aufgewertete „Freisichtkabine“ mit tief herunter gezogener Panoramascheibe, der synergetische Fahrtrieb EasyDrive - fliegender Wechsel während der Fahrt vom stufenlosen Hydrostat zum mechanischen Schaltgetriebe-, die verbesserte Arbeits- und Leistungshydraulik und ein neues Bedienkonzept.

Die Hydraulikanlage des Unimog arbeitet bedarfsorientiert mit einem Load-Sensing-System, damit beim Antrieb der Geräte nur so viel Energie verbraucht wird wie im Augenblick benötigt. Diese neue Hydraulik ist durch einen speziellen Ventilblock auch mit Anbaugeräten kompatibel, die eine klassische Konstantstromversorgung benötigen. Neu konzipiert wurde die Reifendruckregelungsanlage „Tirecontrol plus“.

Nun lässt sich der für den jeweiligen Einsatz passende vorkonfigurierte Reifendruck automatisch und komfortabel im Display einstellen, wobei zwischen den Modi „Straße“, „Sand“ und „Schlechtweg“ gewählt werden kann. Eine für den Einsatz in der Landwirtschaft mit dem häufigen Wechsel von losem und festem Untergrund eine geradezu maßgeschneiderte Technik, wenn es gilt, mit möglichst geringem Bodendruck zu fahren. Die sprichwörtlich guten Fahreigenschaften des Unimog im Gelände haben ihre Ursache vor allem in den Portalachsen, denn sie sorgen für eine hohe Bodenfreiheit. Der Anwender in der Landwirtschaft profitiert dabei während der Fahrt auf dem Feld, denn es bleibt genug Abstand zum Heu oder Pflanzenbestand.

Hochgeländegängigkeit

Neben den Unimog-Geräteträgern kommen in der Landwirtschaft auch die hochgeländegängigen Unimog U 4023 und U 5023 zum Einsatz. Unter anderem werden sie mit Aufbauspritzen kombiniert, aber auch für Transportaufgaben eingesetzt.

Für den landwirtschaftlichen Einsatz gibt es beim Unimog-Geräteträger die Agrarausführung: Frontzapfwelle und Frontkraftheber, Heckzapfwelle und Heckkraftheber, die höhenverstellbare Scharmüller-Anhängekupplung auch in Kombination mit der „Untenanhängung“ für eine Kugelkopfkupplung, Agrarbearbeitung und eine Pritsche mit Einlegeboden, die ein Sichtdreieck auf den hinteren Anbaubereich frei lässt. Die Heckzapfwelle ist für das Jahr 2016 erstmals als Ausrüstung ab Werk für U 427 bis U 530 geplant. Die Breitreifen der Größe 495/70/R24 für den U 530 erlauben bei variablem Reifendruck eine besonders schonende Fahrt auf weichen Ackerböden.

Unimog U 530 in Kommunalausstattung

Vom U 430 unterscheidet sich der U 530 durch einen um 200 mm längeren Radstand und ein höheres Gesamtgewicht von bis zu 16,5 t. Bestückt ist der ausgestellte U 530 mit einem Frontauslegermähergerät der Firma Mulag und einem Streu-automaten für die Glättebekämpfung - eine typische Kombination für schneeärmere Regionen, in denen in der Übergangszeit Mäh- bzw. Gehölzpflgearbeiten durchgeführt



Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6. Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de

Besuchen Sie die Unimog Leistungsschau:

21.-23. Oktober 2015 bei Henne-Unimog in Heimstetten

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de
KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkottzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Schonungen:

Altlastensanierung beendet

Mit einem kleinen Fest und der Eröffnung eines Altlastenlehrpfades ist in der Gemeinde Schonungen (Landkreis Schweinfurt) die Sanierung eines früheren Chemiefabrikgeländes - Bayerns größte bewohnte Altlast - offiziell abgeschlossen worden. Seit August 2012 waren auf dem Areal der ehemaligen Farbenfabrik Sattler fast 150.000 Tonnen Erde ausgehoben und zu einer Deponie gebracht worden. Auf dem sanierten Gelände sollen Wohnhäuser, eine Seniorenwohnanlage und Grünflächen entstehen.

Ende 2000 stellte man bei Untersuchungen auf dem Areal hohe Arsenkonzentrationen sowie unter anderem Bleirückstände fest - „ein Schicksalstag für Schonungen“, erinnerte Bürgermeister Stefan Rottmann an das Bekanntwerden der Altlast. 15 Jahre dauerten Untersuchungen, Planungen und schließlich die Sanierungsphase an. Eine logistische Glanzleistung - zumal auch der Zeitplan eingehalten wurde, wie Projektsteuerer Hans-Jörg Kaiser hervorhob. Auch Christina von Seckendorff vom bayerischen Umweltministerium lobte das Zusammenspiel aller Beteiligten, auch wenn in zähen Verhandlungen Kompromisse gefunden werden mussten.

Drei Jahre Bauzeit

Drei Jahre lang war die Gemeinde eine Großbaustelle. Fünf Häuser mussten abgerissen werden. Die Erschütterungen der Bauarbeiten waren auch eine Belastungsprobe für die teils jahrhundertalten Häuser, die mitten im Sanierungsgebiet standen. Mehr als 100 Grundstücke mussten deshalb intensiv von Erschütterungsgeräten beobachtet werden. Nach Angaben von Volker Leiterer (Umweltamt Landkreis Schweinfurt) wurden die Bauarbeiten nicht nur einmal unterbrochen. Wegen der engen Wohnbebauung galt die Altlastensanierung bundesweit als eine der schwierigsten.

Der kontaminierte Boden wurde zu einer Mülldeponie transportiert, wo er nach Verseuchungsgrad sortiert und fachgerecht entsorgt wurde. Rund 475 Tonnen des Aushubes waren mit Halb- und Schwermetallen belastet. „97.000 Tonnen kamen nach der Analyse direkt unter Tage in ein Salzbergwerk in Heilbronn“, erklärte Leiterer. In einigen Bereichen waren bei der ersten Bestandsaufnahme rund 150 Gramm Arsen auf einem Kilogramm Erde gefunden worden. Bereits 0,1 Gramm in den Körper aufgenommenes Arsen ist tödlich.

Altlast als Chance

Da die Gemeinde die Altlast stets auch als Chance begriff, drängte sich zwangsläufig der Gedanke auf, durch den Austausch des Untergrunds die Oberfläche neu zu gestalten und aufzuwerten. Die Verlegung der Steinach gilt als der markanteste Punkt in dem 12-Hektar großen Wohnquartier. Außerdem überspannen zwei neu errichtete Brücken den Bach und verbinden einen neuen Radweg mit dem Wohnquartier. Das Bachufer wurde völlig neu gestaltet und den Ansprüchen des Hochwasserschutzes angepasst. Auch die Straßenführungen haben sich grundlegend geändert. Insgesamt wurde das Wohnquartier mit ansprechenden Grünbereichen und Baumpflanzungen enorm aufgewertet.

Kanalverbindungen

Neben der Altlastensanierung und den städtebaulichen Erneuerungen stellte vor allem das Spartenprojekt alle Beteiligten vor große Herausforderungen: Kanalverbindungen, Wasser, Strom, Gas und Telefon mussten neu verlegt werden. Damit die Anlieger auch während der Bauphase auf die Versorgungseinrichtungen

zurückgreifen konnten, waren Rathauschef Rottmann zufolge teilweise aufwendige Provisorien zu schaffen.

Zwischenzeitlich ist die Abnahme der Baustelle erfolgt und auch letzte Baumaßnahmen und kos-

metische Arbeiten wurden durchgeführt. Mittlerweile erinnert nur noch ein Informationslehrpfad an die Untersuchungen, Planungen und Sanierung der Altlast sowie den städtebaulichen Erneuerungen. Elf Informationstafeln konnten im Rahmen des Empfangs offiziell eröffnet werden.

Große Hoffnungen

Große Hoffnungen setzt die Gemeinde nun in Privatinitiativen, so dass auch Wohnhäuser ringsherum saniert und optisch

Beruhigende Räume statt Pillen

Landkreis Würzburg legt großen Wert auf demenzgerechtes Bauen für Senioren

Mit diesem Auftrag betrat Helmut Stahl vor zehn Jahren Neuland: Auf dem Würzburger Hubland sollte er für den Landkreis Würzburg ein Wohnprojekt für Menschen mit Demenz schaffen. Doch was brauchen demenziell veränderte Menschen, um sich wohlfühlen? „Damals gab es viel weniger Informationen zu diesem Thema als heute“, sagt der Architekt. Ein Jahr lang tüftelte er an seinem Konzept: „Wir rangen um jedes Detail.“ Heute zählt Stahl zu den Spezialisten für das Thema „Bauen für Menschen mit Demenz“ in der Region.

Ruhe und ausreichend Licht, Wohnlichkeit und Kleinteiligkeit - diese vier Aspekte gehören zwingend zum ABC des Bauens für demenziell veränderte Menschen. „Ganz schlecht sind lange, dunkle Flure“, betont Stahl. Ungünstig ist außerdem alles, was den Bewegungsdrang von Menschen mit einer Alzheimererkrankung blockiert. Kerneidee der Wohngemeinschaft „Lindenhof“ am Hubland, die der Landkreis Würzburg vor zehn Jahren eröffnete, ist denn auch ein Rundlauf. Die Bewohner können schier unbegrenzt gehen. Und zwar sowohl drinnen als auch draußen im Garten.

Bauen für Menschen mit Demenz bedeutet in mehrfacher Hinsicht, intelligente Kompromisse finden zu müssen, bestätigt Matthias Rüdth, Geschäftsführer der Senioreneinrichtungen des Landkreises. Die Bewohner sollen ein Höchstmaß an Freiheit erfahren: „Doch natürlich müssen auch Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden.“ Das bauliche Konzept muss sehr einfach, gewissermaßen intuitiv sein, damit es nicht zusätzlich zu Desorientierung kommt. Wobei gleichzeitig darauf zu achten ist, Infantilisierungen zu vermeiden. Denn demenziell veränderte Menschen sind geistig zwar oft auf dem Stand von Kindern. Kinder sind sie dennoch nicht.

Was mit dem „Lindenhof“ und drei Jahre später mit dem „Brunnenhof“ realisiert wurde, tut den demenzkranken Bewohnerinnen und Bewohnern nachweislich gut. Natürlich sind sie nicht in der Lage, ein lobendes Feedback zu geben. Doch auf andere Weise drücken sie Rüdth zufolge aus, wie wohl sie sich in den speziell gestalteten Wohngruppen fühlen: „Teilweise konnten wir die Medikation reduzieren.“ Auch andere freiheitsentziehende Maßnahmen, etwa Fixierungen, wurden überflüssig.

An wie viele Details zu denken ist, zeigt die Therapieküche im „Lindenhof“. „Der Backofen ist so hoch angebracht, dass Bewohner im Rollstuhl sitzend hineinschauen können“, erläutert Stahl. Der Herd wiederum ist abgesenkt, so dass mühelos in den Töpfen gerührt werden kann.

Mit dem „Brunnenhof“ ging Helmut Stahl noch einmal über die Lindenhof-Ansätze des Jahres 2005 hinaus: „Zum Beispiel, was den Bodenbelag betrifft.“ Im Lindenhof besteht der Belag aus Lindeum. Schon damals wurde bei

der Planung darauf geachtet, dass es möglichst keine Fugen gab. Denn die können Demenzkranke am Weitergehen hindern. Im Brunnenhof wählte Stahl einen PVC-Belag in Holzdesign: „Denn das ist noch einmal wohlicher.“

Großformatige Fotos

Neu war außerdem die Idee, großformatige Fotos aus der fränkischen Heimat auf die Wände zu bannen. Da ist die Alte Mainbrücke zu sehen oder der Blick schweift über Weinberge. In einem der Pflegegebäude liegt der Bewohner so, dass er auf einen See blickt und das Gefühl hat, sich an dessen Ufer zu befinden.

Auch für die Rummelsberger

Laufwasserkraftwerk Erlabrunn am Main:

Zum 80. Geburtstag eine Fitnesskur für die Turbine

Der bekannte Weinort ist rechnerisch zu 100 Prozent mit regenerativer Wasserkraft versorgt

Zum 80. Betriebsjubiläum wird die Turbine des Laufwasserkraftwerks Erlabrunn am Main einer Fitnesskur unterzogen. Fast 300.000 Euro wendet die Rhein-Main-Donau AG als Eigentümerin des Maimkraftwerks auf, um die umweltfreundliche Stromerzeugung aus der regenerativen Wasserkraft des Mains auch künftig sicherzustellen. Durchschnittlich rund 16,1 Millionen Kilowattstunden sauberen Wasserkraftstrom erzeugt die Anlage pro Jahr. Das wäre rechnerisch ausreichend, rund 4.900 Haushalte sicher mit regenerativem Strom zu versorgen.

Wie bei allen 29 Wasserkraftwerken der Rhein-Main-Donau AG am bayerischen Main zeichnet auch in Erlabrunn die E.ON Kraftwerke GmbH für den sicheren Betrieb verantwortlich, so dass ihren Fachleuten sowohl die Projektleitung für die Inspektion der Erlabrunner Turbine, als auch die Ausführung der anstehenden Arbeiten obliegt.

Nach 80 Jahren störungsfreiem Betrieb (die letzte große Inspektion bzw. Revision war 1990) wird die 1935 eingebaute Voith-Kaplanturbine einer intensiven Inspektion und Begutachtung der Maschinenkomponenten unterzogen. Für die vierwöchige Stillstandszeit wurde die Turbine leer gefahren, so dass die Mitarbeiter trockenen Fußes in die Turbinenkammer einsteigen können, um zum Beispiel das vierflügelige Laufrad mit seinen 4,7 Meter Durchmesser und die Laufwand von unten auf Kavitationsschäden zu untersuchen. Kavitationsschäden sind Beschädigungen an der Metalloberfläche, die durch das mit hoher Geschwin-

aufgewertet werden können. Die Gemeinde stehe vor einer viel versprechenden Zukunft, glaubt Rottmann: Investoren stünden Schlange, um ein Pflegeheim und barrierefreie Wohnungen zu schaffen. Auch für die übrigen Bauplätze gebe es bereits zahlreiche Anfragen.

Kosten: 40 Millionen Euro

40 Millionen Euro hat die Sanierung der Sattler-Altlast in Schonungen gekostet. Den Großteil davon zahlt das Land. Für die städtebauliche Erneuerung waren nach Angaben des Landratsamtes noch einmal etwa 4,5 Millionen Euro zu berapen. Schonungen mit seinen 7.600 Einwohnern hat 2,8 Millionen Euro davon selbst getragen. **DK**

Erster Kelheimer Klimaschutzpreis:

Abensberger Sieger-Gen

Im Rahmen der Regional- und Umwelttage im Landkreis Kelheim hat Landrat Dr. Hubert Faltermeier den ersten Kelheimer Klimaschutzpreis für vorbildliche und zukunftsorientierte Projekte und Maßnahmen in drei Kategorien überreicht. Gesponsert wurde die Auszeichnung von der Kreissparkasse Kelheim und der Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal.

In der Kategorie 1 „Privatpersonen/Haushalte“ (Preisgeld 1.000 Euro) ging Thomas Üffink aus Mainburg mit seinem ganzheitlichen Konzept zur Energieeinsparung im Einfamilienhaus als Sieger hervor. In Kategorie 2 „Kindergärten/Schulen/Organisationen/Vereine und Initiativen/Kinder- und Jugendgruppen“ (Preisgeld 1.000 Euro) wurde die Aventus-Mittelschule Abensberg mit ihrem Projekt „Ape Piaggio Baujahr 78“ ausgezeichnet. Aus der Kategorie 3 „Unternehmen/Kommunen/öffentliche Einrichtungen“ (ohne Preisgeld) gingen schließlich drei Gewinner hervor: die Stadt Abensberg, Weisses Bräuhaus Georg Schneider & Sohn GmbH in Kelheim sowie Gammel Engineering GmbH, Abensberg.

Für das Projekt „CO2-frei vom 1. Lebensjahr bis zum Schulabschluss am Bildungszentrum Abensberg“ erhielt die niederbayerische Stadt den Klimaschutzpreis. Durch Sanierungsmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien konnte der CO2-Ausstoß des Schulzentrums auf null reduziert werden.

Das Weisse Bräuhaus Georg Schneider & Sohn GmbH in Kelheim wiederum hat mit der „Demonstrationsanlage zur kombinierten Treiberbrennung“ einen Prozess entwickelt, bei dem man die Biogasgewinnung aus nassen, faserhaltigen Lebensmittelabfällen wie dem Biotreber mit einem Verbrennungsverfahren kombiniert. So soll die Effizienz der energetischen Nutzung steigen.

Dabei wird in einem ersten Schritt der Biotreber durch eine

Schneckenpresse mechanisch entwässert. Das gewonnene Presswasser wird dann zusammen mit Brauereiabwässern in mehreren Versuchsreihen in einer Biogasanlage co-vergoren. Der verbleibende Pressrückstand hingegen wird gemeinsam mit Holzhackschnitteln in einer Biomassefeuerung verbrannt. Die erzeugte Wärme nutzt die Brauerei dann wieder für ihre Brauprozesse. So wird die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert. Ein Mehrwert nicht nur für das Unternehmen, sondern auch für Umwelt und Klima.

Für die Steigerung der Energieeffizienz in ihrem Bürogebäude erhielt schließlich die Gammel Engineering GmbH aus Abensberg den Klimaschutzpreis. Mit der Umsetzung verschiedener Maßnahmen konnte der Strombezug um 60 Prozent gesenkt werden. **DK**

BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Klunsmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Synergien nutzen

Unterfränkisches Kommunalforum von RMD und E.ON mit Mainanliegern in Würzburg

Auf Einladung der Rhein-Main-Donau AG und der E.ON Wasserkraft Deutschland GmbH fanden sich in der Regierung von Unterfranken Mainanlieger sowie Vertreter von Landkreisen und Behörden zu einem energiepolitischen Meinungsaustausch zusammen. Im Beisein des Vorstands der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Albrecht Schleich sowie dem Leiter der E.ON Wasserkraft Deutschland GmbH, Karl-Heinz Straßer, zeigte sich Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer überzeugt, „dass wir auf lange Sicht mit gegenseitigem Verständnis für die verschiedenen Interessen und mit gegenseitigem Vertrauen die Synergien nutzen können, die sich aus der Wasserkraftnutzung am Main auch für die Unterstützung der gewässerökologischen Zielsetzung ergeben“.

Nach Beinhofers Worten kommt der Wasserkraft als regenerative Energiequelle ein großer Stellenwert bei der Umsetzung der Energiewende zu. Im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien könne sie einen hohen Anteil gesicherter Leistung zur Verfügung stellen. Demnach kämen in Bayern auch etwas mehr als 40 % des regenerativ erzeugten Stroms aus Wasserkraftanlagen.

Der Anteil, den die Wasserkraft zur gesamten Stromerzeugung beiträgt, liege im Freistaat bei nicht ganz 15 %. Damit sei der Anteil der Wasserkraft am Strom-Mix in Bayern viermal größer als im Bundesdurchschnitt. Einschließlich der Pumpspeicherkraftwerke betrage die derzeit installierte Gesamtleistung der bayerischen Wasserkraftanlagen gut 2,9 Gigawatt.

Vielfältiger Lebensraum

Wie Beinhofer betonte, sei der Main auch ein vielfältiger Lebensraum mit einer gewässerökologischen Funktion. Nicht zuletzt seit Ende 2009 der erste Bewirtschaftungsplan für den Main mit Maßnahmenprogramm nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie veröffentlicht wurde, beschäftigten sich die wasserwirtschaftlichen Fachleute intensiv mit möglichen Maßnahmen, um den Main gewässerökologisch aufzuwerten.

So gelte es, auch am Main so weit wie möglich die Einwirkungen des Menschen auf den Fluss mit einem möglichst ökologisch verträglichen Zustand in Einklang zu bringen. Dies sei eine große Aufgabe für alle Beteiligten - Regierungen, Wasserwirtschaftsämter, Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, Naturschutzbehörden, Fischereifachberatung der Bezirke und Betreiber von Anlagen im und am Main. „Das geht nur im engen gegenseitigen Austausch, in einem offenen Dialog und in gegenseitigem Vertrauen“, machte der Regierungspräsident deutlich.

Mit Blick auf die aktuelle Bewertung des ökologischen Zustands des Mains verdeutlichte Beinhofer: „Ende des Jahres wird der zweite Bewirtschaftungsplan für den Main mit Maßnahmenprogramm veröffentlicht und nach Brüssel gemeldet. Bis Ende Juni war der Entwurf in der öffentlichen Anhörung. Nach diesen Unterlagen fehlt dem Main nach wie vor die ausreichende und wirksame Durchgängigkeit an den Stauanlagen. Dabei sprechen wir sowohl von der Notwendigkeit, den Fischen das Aufwärtswandern zu ihren Laichgewässern zu ermöglichen, als auch ihnen stromabwärts einen Weg über die Staustufen anzubieten, ohne dass die Fische von den Wasserkraftturbinen geschädigt werden. Für den Fischaufstieg gibt es mittlerweile technische Möglichkeiten, unter anderem mit Umgehungsgerinnen, die um die Staustufen herum führen. An der Staustufe Randersacker hat der Freistaat Bayern vor einigen Jahren einen derartigen Umgehungsbach gebaut. Die Möglichkeit, einen fischgerechten Abstieg zuverlässig zu gewährleisten, beschäftigt die Fachleute noch.“

Diskussionen würden zum Beispiel geführt über Rechenabstände vor den Turbineneinläufen - die sich wiederum auf den Wirkungsgrad der Kraftwerke auswirken können - oder die Anordnung der Rechenstäbe in horizontaler oder diagonalen Ausrichtung, um die Fische ins Unterwasser schadlos ableiten zu können. Für den Aal würden dazu seit einiger Zeit verschiedene technische Möglichkeiten an diversen Staustufen untersucht.

Angemessene Lösungen

Es gelte, hierfür angepasste und angemessene Lösungen zu finden. Strom aus Wasserkraft an den bestehenden Stauanlagen zu gewinnen, sei ein erklärtes Ziel der Energiewende. „Und gerade die großen Stauanlagen sind es, die einen spürbaren Beitrag leisten können“, erklärte der Regierungspräsident und ergänzte: „Das muss gelingen, ohne den Lebensraum Gewässer dauerhaft zu beschädigen. Das ist eine Aufgabe, die uns alle herausfordert.“

Doch nicht nur die Durchgängigkeit bereite dem Main ökologische Probleme. Es seien auch die starren Uferverbauungen, die teilweise monotonen Uferstruktu-

ren und die Versteinungen, die dazu führen, dass das Monitoring nach der Wasserrahmenrichtlinie bei einigen Qualitätskomponenten nur ein „mäßig“ oder „schlecht“ ergibt.“

Seit Juni liegen nunmehr die sogenannten Umsetzungskonzepte für die Wasserkörper des Mains der Regierung von Unterfranken zur Prüfung vor. Ein Wasserkörper umfasst dabei drei bis fünf Stauhaltungen. Die Umsetzungskonzepte zeigen auf, mit welchen einzelnen Maßnahmen die eher allgemein gehaltenen Maßnahmenprogrammen konkret umgesetzt werden können. Gegenüber dem Maßnahmenprogramm ist dabei neu, dass die einzelnen Maßnahmenvorschläge verortet sind und die grundsätzliche Machbarkeit abgeklärt wurde.

Abstimmung

Dazu fanden insgesamt drei Stufen der Abstimmung statt: zunächst mit den Wasser- und Schifffahrtsämtern, danach mit der Fischereifachberatung und der höheren Naturschutzbehörde und schließlich an Runden Tischen in Miltenberg und in Bergheimfeld mit den betroffenen Kommunen, Fachbehörden sowie Verbänden. Dabei wurden die Maßnahmenvorschläge in den Umsetzungskonzepten offen diskutiert und auch vorgebrachte Anregungen aufgenommen. Laut Beinhofer „sind die Umsetzungskonzepte in den nächsten Jahren die Grundlage, um Maßnahmen am Main im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zielgerichtet umzusetzen“. DK

Den Wandel als Chance begreifen

Jüngst fand der 18. Dialog „Strukturwandel in Oberfranken“ des Vereins Oberfranken Offensiv e.V. zum Thema „Zukunft Oberfranken 2030 – Demografieprojekte in Oberfranken“ im Landratsamt Lichtenfels statt. Im Mittelpunkt stand dabei vor allem das Aufzeigen von Möglichkeiten, Handlungsansätzen und Strategien zur Gestaltung des demografischen Wandels von Akteuren aus der Region.

Nachdem der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner die Teilnehmer scherzhaft „im noch kleinsten Landkreis Bayerns“ begrüßt hatte, schlug Regierungspräsident Wilhelm Wenning einen Bogen zu den größeren Zusammenhängen in Oberfranken. „Der demografische Wandel zwingt uns zu Innovationen – und das ist gut!“, betonte der Vorsitzende von Oberfranken Offensiv e.V. Obgleich sich die Entwicklung teils räumlich unterschiedlich darstelle, sei Oberfranken grundsätzlich sehr stark von Abwanderung und Alterung der Bevölkerung betroffen. Wenning stellte die übergeordneten Leitlinien, Strategien und Handlungsansätze zur Gestaltung des demografischen Wandels der Regierung von Oberfranken vor, erklärte aber auch, dass jeder Landkreis, jede Stadt und Gemeinde auch eigene, passende Lösungen finden müsste. So könne man gemeinsam die Zukunftsfähigkeit der Region mit innovativen Maßnahmen und Strategien gestalten und Oberfranken gar zum Vorreiter werden.

Uwe Amrhein, Leiter des Generali Zukunftsfonds in Köln, gab den Teilnehmern einen fundierten Überblick über die demografischen Trends in Deutschland, Bayern und Oberfranken und erklärte, es brauche angesichts der zukünftigen Herausforderungen einen grundlegenden Paradigmenwechsel, nicht nur „politi-

sches Nachjustieren“ und ein neues, positives Verständnis von Arbeit: „Arbeit ist dreifach zu besetzen: Erwerbsarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliches Engagement“, erläuterte Amrhein. „Wir brauchen bürgerschaftliches Engagement, anders wird es gar nicht mehr gehen!“

Die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein Kernthema der Kronacher „Pilotregion Demografie Oberfranken“. Landrat Oswald Marr berichtete von verschiedenen Vorzeigeprojekten aus seinem Landkreis, unter anderem von der Erfolgsstory der Seniorengemeinschaft Kronach Stadt und Land e.V., deren Konzept mittlerweile nicht nur in anderen Teilen Deutschlands, sondern sogar im Ausland übernommen wird, von den nahtlosen Betreuungslösungen durch das Netzwerk „Lebensqualität für Generationen“ und einem neuen Mobilitätskonzept. Rainer Kober, Vorsitzender von Kronach Creativ e.V., hob die Aktivierung von Bürgern durch die klare strategische Ausrichtung von Gemeinden hervor. So hätte beispielsweise die Profilierung der Stadt Teuschnitz als „Amikastadt“ ein starkes bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Bereichen ausgelöst.

Dr. Karl Döhler, Landrat des Landkreises Wunsiedel, machte deutlich, dass man der Zukunft und dem Wandel offen gegenüber treten solle. Zudem betonte er,

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„So, jetzt ist unser Land 25 Jahre alt. Also jedenfalls als wiedervereinigte Nation. Eigentlich ist dieses Vierteljahrhundert doch wie im Fluge vergangen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, gab mir die Rede zum Ablegen, die er bei der alljährlichen Einheitsfeier in unserer Stadt gehalten hatte.

Gemessen an einem Menschenleben ist unsere Republik ja in einem tollen Alter – schon lebensstüchtig und erfahren, aber immer noch voller Tatendrang und Unternehmungslust. Die richtig gesunde Mischung aus schon im Leben angekommen und neugierig aufs Leben. Und ich finde, das spürt man auch. Besseres und Jammereis, Sehnsucht nach dem alten Westen und Ostalgie – das werden immer mehr folkloristische Stereotypen und sind keine gelebten Gegensätze mehr.

Dazu trägt natürlich bei, dass heutzutage eine

einem unfreundlichen Empfang durch Einheimische, denen die Worte „Besucher“ und „Service“ nicht im gleichen Zusammenhang einfallen wollen.

Auch die Demoskopie berichten uns, dass sich Ost und West immer mehr angleichen, die Menschen kaum noch Unterschiede in den Lebensverhältnissen sehen und die Einheit von der Mehrheit als gegliedert angesehen wird. So steht also dieses Jubiläumswort weniger im Zeichen der Nabelschau dessen, was in einem Vierteljahrhundert ge- und vielleicht auch missglückt ist. Umso mehr muss uns beschäftigen, wie wir uns als Nation definieren und was wir denjenigen abverlangen müssen, die zu uns gehören wollen.

Denn unabhängig davon, wie viele der vielen zehntausend, die derzeit als Flüchtlinge in unser Land kommen, im Endeffekt bei uns bleiben dürfen oder wollen, steht schon jetzt fest: Wir werden eine riesige Integrationsaufgabe zu schultern haben. Deshalb müssen wir uns selbst klar machen, was es heißt, Bürger dieses Deutschland zu sein. Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie – ja. Anerkennung der Werte des Grundgesetzes – ja. Alles richtig, aber doch sehr theoretisch und blutleer.

Beispiele: Wer seiner Tochter den Besuch einer höheren Schule verweigert, handelt nicht rechtswidrig, aber er hat unser Frauen- und Mädchenbild nicht verstanden. Wer sich freiwillig dem Schiedsspruch eines so genannten Scharia-Gerichts unterwirft, muss den Rechtsstaat nicht bekämpfen, akzeptiert aber auch seine Grundlagen nicht. Oder wie steht es mit den großen Fragen: Kann jemand, der unsere Werte teilen will, das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellen?

Mein Chef, der Bürgermeister, sinnierte eine Weile darüber nach. Alles hat seine Zeit, jetzt ist das Helfen und die Linderung von Not dran. Aber um die Fragen, was uns in Deutschland zusammenhält, werden wir nicht herumkommen. Hoffentlich behält dann Kurt Tucholsky nicht Recht mit seinem Satz: „Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen sollen.“

the
Sabriul

Was macht Deutschland aus?

große Zahl der Deutschen nach der Wende geboren wurden oder sich an „ihre“ alte DDR oder „ihren“ alten Westen gar nicht mehr erinnern können, weil sie bei der Wiedervereinigung kleine Kinder waren. Fällt es vielen Nicht-Berlinern um die Fünfzig schon schwer, sich in allen Einzelheiten an die Mauer zu erinnern, so herausfordernd ist es für sie, ihren Kindern von der Mauer zu erzählen. Was, Stacheldraht, wo heute der deutsche Walk of Fame an der Potsdamer Straße ist? Laufgräben beim Sony-Center? Wachtürme statt Currywurstbuden? Ach Papi, Du mit Deinen Geschichten.

Ja, Deutschland ist zusammengewachsen. Heute ist es selbstverständlich, mitteldeutsche Mundartfärbungen bei uns in der Metzgerei zu hören, was vor zwanzig Jahren noch für Gesprächsstoff gesorgt haben mag. Die meisten Wessis haben auf Reisen das reiche kulturelle Erbe in der Mitte Deutschlands bewundert oder die Naturschönheiten dort genossen. Viele sind mittlerweile Fans von Städtereisen nach Dresden oder Leipzig und schwärmen von wiederholten Ostseeeurlaubs- und Aufenthalten an den Mecklenburgischen Seen. Nur aus dem tiefsten Spreewald wird ab und an Kunde laut von

dass es für die Entscheidungsträger der Region darum gehe, zu gestalten und nicht zu lamentieren: „Wir müssen das Wort „Problem“ vermeiden. Wir haben keine Probleme, wir haben Lösungen!“. Es gehe darum selbst anzupacken und andere dadurch zu motivieren, der Erfolg stelle sich nur durch

gemeinsames Handeln ein. Oberfranken Offensiv e.V., griff damit erneut ein für die regionale und kommunale Entwicklung wichtiges und zukunftsweisendes Thema auf und übernahm dabei die Rolle einer Drehscheibe für Informationsaustausch und Netzwerken in Oberfranken. □

viel Strom bereits eingespeist und vergütet wurde.

Hochleistungsmodule

Langfristig könnten nach Ablauf der Förderung auch die Stadtreiniger als direkter Stromabnehmer in Frage kommen.

Auf den Dächern der Stadtreiniger liegen 560 moderne Hochleistungsmodule, die zusammen bis zu 140 Kilowatt Sonnenstrom erzeugen können. Damit können jährlich einhundert Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Der Strom entspricht dem privaten Verbrauch von 45 Haushalten. 18 Bürgerinnen und Bürgern aus Würzburg und der nächsten Umgebung gehört das Bürgersonnenkraftwerk, das für rund 180.000 errichtet wurde. Sie freuen sich ab sofort über die sonnigen Erträge, die je nach Anteilen unterschiedlich hoch ausfallen.

Weitere Ideen

Schon entwickeln die Beteiligten Ideen für weitere Bürgersonnenkraftwerke in Würzburg. Wer auf dem Laufenden bleiben will oder Ideen für neue Bürgersonnenkraftwerke hat, kann sich unter www.sonneninitiative.de informieren oder sich direkt beim Regionalvertreter des Vereins, Karl-Heinz Konrad (0171/52 49 566), melden. Auf Seiten der Stadt koordinierte dieses Projekt der Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz. Das 2012 verabschiedete Integrierte Klimaschutzkonzept setzt auf ein Bündel von Maßnahmen, die zwar von der Stadt angestoßen werden können, letztlich aber immer auf Mitspieler in der Bevölkerung oder Wirtschaft angewiesen sind. □

Würzburger Bürgersonnenkraftwerk eröffnet:

Nun wird in der Aumühle Sonne geerntet

„Die Umsetzung klappte in Würzburg in kürzester Zeit“, lobte Karl-Heinz Konrad vom Marburger Verein Sonneninitiative die Kooperation zwischen dem Verein, der sich zur Aufgabe gemacht hat private Sonnenkraftwerke zu fördern, und der Stadt Würzburg. Im Mai fand bei den Stadtreinigern eine erste Bürger-Informationsveranstaltung statt, wenige Monate später wird bereits Strom von zwei großen Dächern auf dem Werkgelände der Stadtreiniger „geerntet“.

920 Quadratmeter groß ist die Fläche der Module, die Himmelsausrichtung ist optimal, nicht jeder, der von regenerativer Energiegewinnung überzeugt ist, hat privat diese baulichen Voraussetzungen. Nun teilt sich eine kleine Investorengemeinschaft diese günstigen Rahmenbedingungen.

Beispielgebende städtische Windkraftanlage

Umweltreferent Wolfgang Kleiner sieht das Projekt als beispielgebend. Windkraftanlagen seien in Stadtgebieten nur schwer zu verantworten, so bleibe insbesondere die Sonnenenergie, um die ambitionierten Klimaziele nach und nach zu erreichen: „Wir werden weiterhin nach geeigneten Flächen suchen. Privatleute können zudem bei uns quadrate meterscharfe Aus-

künfte aus dem Solaratlas erhalten und somit besser bewerten, ob sich das eigene Hausdach für ein entsprechendes Investment eignet.“

Photovoltaikanlagen in Bürgerhand

Oberbürgermeister Christian Schuchardt freute sich bei der Eröffnung der „Photovoltaikanlage in Bürgerhand“ über das gefundene Modell: „Das ist aktiver Klimaschutz und außerdem eine Kooperation, die über eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren für alle Beteiligten profitabel ist.“ Die Stadtreiniger verlangen eine moderate Pacht für die Dachflächen, die dem Gebührenhaushalt zu Gute kommt, die privaten Investoren können wiederum online oder auf dem großen Display im Betriebshof täglich ablesen, wie

Preise der Oberfrankenstiftung 2015:

Starke Heimatverbundenheit

Für besondere Leistungen in den Kategorien „Kultur“ und „Denkmalpflege“ vergab die Oberfrankenstiftung auch heuer wieder Preise, die pro Kategorie mit 15.000 Euro dotiert waren. Zudem wurde in diesem Jahr ein Sonderpreis für besondere Verdienste um die Region ausgelobt. In Bamberg laudierten der Vorsitzende des Stiftungsrats der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler sowie Bezirkshauptpfleger Prof. Dr. Günter Dippold die Preisträger in den verschiedenen Kategorien.

Den Denkmalpflegepreis 2015 teilten sich in diesem Jahr Andrea und Claus Vetterling für das Haus Am Köcklein 12 in Bamberg und Philipp Stöcklein für den Gartenpavillon Adami-berg 8 in Coburg.

Mit Bedacht und Gefühl

Wie Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler in seiner Laudatio hervorhob, werde Denk-

malpflege keinen Erfolg haben, wenn sie sich nur auf ein Gesetz, auf Anordnungen oder Weisungen stützt. Es brauche Institutionen, die für die Anliegen der Denkmalpflege werben. Vor allem aber benötige man Menschen, die vormachen, wie es geht. Es brauche Menschen, die sich packen lassen von der Atmosphäre eines alten Hauses. Menschen, die den alten Bestand mit Bedacht und Gefühl

neu in Wert setzen. Solche Persönlichkeiten zeichne die Oberfrankenstiftung seit Jahrzehnten aus.

Denkmalpflegepreis

Mit Blick auf das erste auszuzeichnende Objekt konstatierte Denzler: „Die Eigentümer Andrea und Claus Vetterling haben das Haus in Bamberg vor zwölf Jahren erworben und über mehr als ein Jahrzehnt in kleinen, wohl überlegten Schritten saniert. ...das Haus ist 1506 oder 1507 errichtet worden; 1791 wurde es umgebaut, 1869 ein kleinerer Anbau errichtet, 1908 ein Kamin eingezogen. Mit viel Feingefühl haben die Eheleute Vetterling die Spuren der ursprünglichen Bauzeit, also des ausgehenden Mittelalters, aber auch Reste aus späterer Zeit sichtbar gemacht. Man merkt es, wenn man mit den Eigentümern durch ihr Haus geht: Sie haben versucht und versuchen immer noch, das Gebäude zu verstehen. Sie wollen begreifen, warum Bauhandwerker früherer Jahrhunderte dieses oder jenes Detail geschaffen haben. War-

um sie es genau so und nicht anders gestaltet haben. Das ist mutstergültig gehandelt.“

In altem Glanz

Der Gartenpavillon Adami-berg 8 in Coburg wiederum wurde nach den Worten des Bezirksstagspräsidenten im Jahr 1862 errichtet. Der aus Neustadt stammende Maurermeister Paul Gehrlicher habe das ‘Sommer-schlösschen’, wie man es auch nannte, in Formen der Neo-Romanik errichtet. Machten das Haus und sein Umgriff noch um die Jahrtausendwende einen geradezu verwahrlosten Eindruck, habe sich eine Wende angebahnt, als 2005 die Schülerverbindung Ernesto-Albertina zu Coburg das Haus mietete. 2012 kaufte ihr ‘alter Herr’, Philipp Stöcklein aus München, den Gartenpavillon und sanierte ihn in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege. „Im Äußeren wie im Inneren erstrahlt das ‘Tusculum’ nun in neu gewonnenen alten Glanz“, bescheinigte Denzler.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis 2015 wurde Stephan Klenner-Otto aus Neudrossenfeld ausgezeichnet. Bezirkshauptpfleger Prof. Dr. Günter Dippold würdigte sein künstlerisches Schaffen

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen **Eigenbeilagen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Thema „Bauen mit Holz“** sowie zum Bayerischen Breitbandforum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

und seine vielfältigen Aktivitäten wie folgt: „... 1996 kehrte er in die Heimat zurück und ließ sich in Hornungsreuth in der Gemeinde Neudrossenfeld nieder. Von hier aus entfaltet er Aktivität, weit über die regionalen Grenzen hinaus.“

Einsatz für die Heimat

Offensichtlich habe sich Stephan Klenner-Otto längst einen Namen als Künstler, zumal als Graphiker, gemacht, betonte Dippold. Er habe seine Freude daran; gleichwohl habe ihn dieses Renommee nicht eitel werden lassen. Klenner-Otto sei sich nicht zu gut für seine Heimat, im Gegenteil: „Er stößt Ausstellungen an, wirkt an Workshops mit, entfaltet über das eigene Schaffen hinaus allerhand kulturelle Aktivität. Man findet ihn auf der Giechburg und in Bad Steben, in Kulmbach und – natürlich – in Neudrossenfeld. Ihm liegt daran, dass Oberfranken eine Kulturregion darstellt – nein: dass es eine

Kulturregion ist. So regt er an, schiebt er an, fördert er. Und vor allem bringt er Menschen zusammen – und das ist doch wesentlich für alle Kulturarbeit.“

Sonderpreis

Den Sonderpreis für besondere Verdienste um die Region erhielt schließlich Prof. Dr.-Ing. Heinz Gerhäuser, Waischenfeld. Diese Würdigung steht für Prof. Gerhäuser langjähriges wissenschaftliches Wirken und sein Engagement für die strukturelle Entwicklung der Region in Oberfranken. Die Oberfrankenstiftung würdigte damit seinen Einsatz, den 2015 eröffneten Forschungscampus des Fraunhofer IIS in Waischenfeld anzusiedeln. Wie Regierungspräsident Wilhelm Wenning in seiner Laudatio hervorhob, sei der Forschungscampus außerdem der beste Beleg dafür, „dass außeruniversitäre Forschung auf Spitzenniveau auch in den ländlichen Räumen Oberfrankens stattfinden kann“.

DK

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 22. Oktober 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schutz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM Stadthalle Neusäß
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal GmbH
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —
von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

NÜRNBERG 2015
KOMMUNALE
9. FACHMESSE
UND KONGRESS
FÜR KOMMUNAL-
BEDARF
14./15. Okt. 2015
Messe Nürnberg www.kommunale.de
Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Frühjahr 2016
4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einzieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem **KRENZER**
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen
Verkaufunterlagen an!
Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 27 71/32 08-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

23. Juni 2016
9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-energieforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326/502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **led**
Wir liefern in 8-14 Tagen
und das bis kurz vor Weihnachten!

KOMMUNALE BAUAUFGABEN

COMEBACK DES HOLZBAUS

Im 20. Jahrhundert führte der Holzbau ein Schattendasein. Er galt als unmö- dern und rückschrittlich. Inzwischen hat sich die Situation völlig gewandelt. Mit Holz zu bauen hat sich zum großen Trend entwickelt. Holz schickt sich an, der Baustoff des 21. Jahrhunderts zu werden. Gründe dafür gibt es gleich mehrere. Einer ist der Klimaschutz.

Immer mehr Kommunen nehmen den Kli- maschutz ernst, gehen mit gutem Beispiel voran, entwickeln lokale Klimaschutzkon- zepte und stellen Klimaschutzmanager ein. Die kümmern sich dann um die Senkung des Strom- und des Heizwärmeverbrauchs sowie um den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dass die Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser rund ein Drittel des deutschen Endenergieverbrauchs ausmacht, ist bekannt. Kaum bekannt ist dagegen, dass auch das Bauen selbst einen großen Beitrag zum Kli- maschutz leisten kann. Denn es gibt Baumaterialien, deren Herstellung mit hohen CO₂- Emissionen verknüpft ist, und es gibt ein Bau- material, in dem große Mengen CO₂ gebun- den sind: Holz. Je nachdem, welches Bau- material zum Einsatz kommt, weist ein Ge- bäude bei seiner Fertigstellung eine negative oder eine positive CO₂-Bilanz auf. Die große Bedeutung dieser Tatsache wurde bisher übersehen, doch das ändert sich gerade.

MUTATION ZUM HIGHTECH-BAUSTOFF

Auf Nachhaltigkeit bedachte Architekten und Projektentwickler setzen im Wohnungs- und Bürobau seit einigen Jahren immer stär- ker auf Holz. Inzwischen ist sogar eine richti- ge Rekordjagd im Gang: 2016 wird in Flens- burg mit dem Bau eines 10-Geschossers be- gonnen, in Wien mit dem Bau eines 24-Ge- schossers, und in Stockholm soll bis 2023 ein 34-Geschosser fertig sein. Möglich geworden sind solche Höchstleistungen durch techni- sche Innovationen sowie eine IT-basierte Planungs- und Fertigungsmethodik. Die stei- gerten nicht nur die Leistungsfähigkeit des Holzbaus, sondern auch dessen Qualität und Geschwindigkeit. Letztere ist für kommunale

Bauaufgaben wie Kitas, Schulen und Flücht- lingsunterkünfte oft ein sehr wichtiger Aspekt.

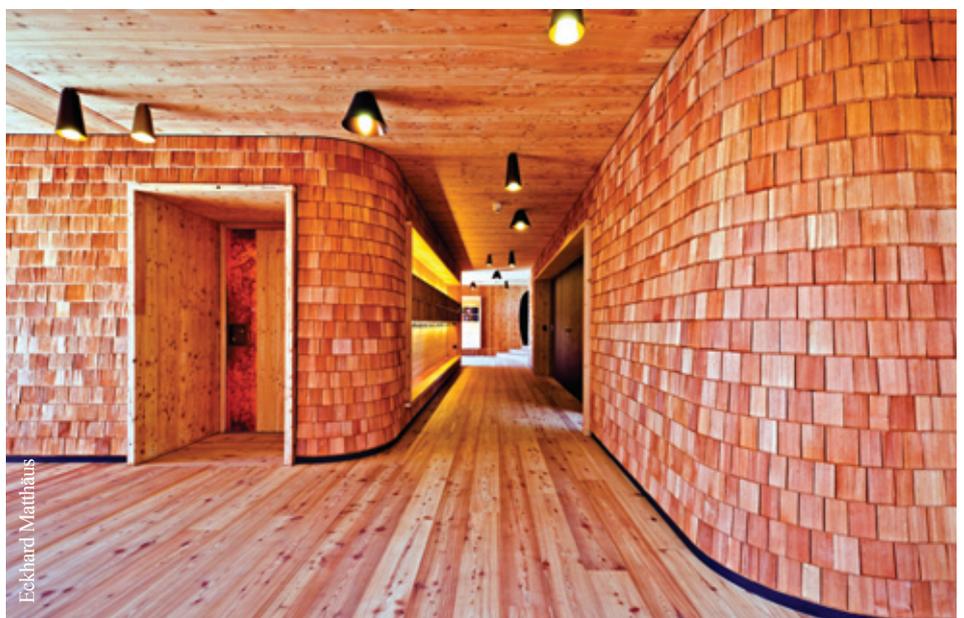
KITA-BAUTEN ALS WICHTIGER IMPULS

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz war für den Holzbau im kommunalen Bereich ein wichtiger Impuls. Da die bestehenden Kita-Plätze meist bei weitem nicht ausreichten, mussten in kurzer Zeit bestehende Kitas erweitert und neue Kitas errichtet werden – und das dann natür- lich auch noch kostengünstig, energieeffizient und gestalterisch attraktiv. Der Holzbau erwies sich hier als beste Lösung: Ein hoher Vorfer-

tigungsgrad sorgt für kurze Bauzeiten, die trockene Bauweise dafür, dass nach der Fer- tigstellung des Rohbaus sofort der Innenauf- bau beginnen kann. Da sich schon mit relativ schlanken Außenwänden gute Wärmedämm- eigenschaften erreichen lassen, sind der Heiz- energiebedarf und die Betriebskosten niedrig. Zudem strahlen sichtbare Holzoberflächen eine wohltuende Anmutung aus und erwiesen sich bei einem medizinischen Forschungs- projekt sogar als gesundheitsfördernd.

FÜR FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE IDEAL

Die positiven Erfahrungen beim Kita-Bau führen dazu, dass viele Kommunen auch bei der neuen großen Herausforderung auf die Holzbauweise setzen: beim Bau von Flücht- lingsunterkünften. Auch die müssen schnell realisiert werden, sollen keine hohen Heiz- kosten verursachen und ein menschenwürdi- ges Wohnen ermöglichen. Der serielle Cha- rakter der Gebäude kommt der Logik des modernen Holzbaus entgegen: In ihren Werk- hallen können die Holzbaubetriebe identische Großelemente – Wände, Decken, Dachflä- chen – oder ganze Raummodule herstellen und dann auf den Baustellen schnell zusam- menmontieren. Hohe Stückzahlen senken die Baukosten, identische Abläufe die Bauzeit. Und ohne allzu großen Mehraufwand lassen sich die Gebäude so gestalten, dass sie sich gut ins Ortsbild integrieren. ■



Kita Josef-Felder-Straße in Augsburg: Hier kam Holz in ungewöhnlich mannigfaltiger Form zum Einsatz und verleiht dem Gebäude einen geradezu abenteuerlichen Charakter.

KITAS & SCHULEN

HOLZ STÄRKT PSYCHE UND GESUNDHEIT

Wo Kita-Plätze fehlen, müssen neue gebaut werden. Schulen müssen erweitern, um eine Ganztagsbetreuung anbieten zu können. Zudem sind viele der meist in den 1960er- und 1970er-Jahren errichteten Gebäude sanierungsbedürftig. Die Holzbauweise ist für diese Aufgaben ideal, denn sie lässt sich schnell realisieren und wirkt sich positiv auf Psyche und Gesundheit aus.

„Zuerst formen die Menschen die Häuser, dann formen die Häuser die Menschen.“ Dieses berühmte Zitat, das sowohl Winston Churchill als auch Albert Schweitzer zugesprochen wird, bringt die Bedeutung der Architektur auf den Punkt. Besonders groß ist ihr Einfluss auf Kinder und Jugendliche, denn deren Persönlichkeit ist noch unausgereift und damit recht instabil. Die bauliche Umgebung wirkt sich sehr stark auf ihr Wohlbefinden und damit auf ihr Lern- und Sozialverhalten aus. Deshalb befassen sich Pädagogen

das Gefühl, selbst nicht wertgeschätzt zu sein, und als Reaktion kann Aggression gegen die gebaute Umgebung entstehen.“

LEBENDIGKEIT, WÄRME UND GEBORGENHEIT

Sichtbare Holzoberflächen werden von Erwachsenen als wohltuend geschätzt. „Kinder lieben vor allem bunte Farben“, erklärt Forscher. „Je kleiner die Kinder sind, desto ausgeprägter. Wenn Sie denen Holzspielzeug und

nehmen ihre Umwelt stets über alle Sinne wahr und lernen vor allem durch Beobachten und Experimentieren. Gute Architektur mit möglichst naturbelassenen Materialien weckt bei Kindern die natürliche Neugierde und regt zum kreativen Erforschen an – also genau das, was Bildung elementar ausmacht.“

Für Rühm nimmt Holz bei Kitas eine Sonderstellung ein: „Holz lebt und verändert sich. Es bietet im naturbelassenen Zustand durch seine lebendige Optik, seine warme Oberfläche und seinen charakteristischen Geruch intensive Sinnesanregungen. Dabei eignet sich Holz für den Innenraum, für Außenwände und Fassadenverkleidungen sowie für die Baukonstruktion gleichermaßen – dadurch ergibt sich die Möglichkeit großer gestalterischer Vielfalt. Baubiologisch hochwertig ist Holz besonders dann, wenn es naturbelassen und schadstofffrei eingesetzt wird. Im Innenraum sorgt Holz für ein gutes Raumklima und durch seine hohe Oberflächentemperatur für eine warme und ruhige Atmosphäre. Dadurch fühlen sich die Kinder geborgen.“

STRESS, KONZENTRATION UND AGGRESSIVITÄT

Je älter die Kinder werden, desto größer wird ihr Bedürfnis nach Freiheit. Das Bedürfnis nach Geborgenheit nimmt ab. Ist die Bauweise also in Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien nicht mehr wichtig? Der österreichische Mediziner Prof. Dr. Maximilian Moser untersuchte mit seinem Institut ein Jahr lang die Gesundheit von vier Schulklassen. Zwei waren in Klassenzimmern mit viel Holz untergebracht, zwei in Klassenzimmern ohne Holz. „Wir konnten beobachten, dass sich das Herz der Schüler in den ‚Holz-Klassen‘ wesentlich besser erholte als in den konventionell ausgestatteten“, berichtet er. „Die Schüler in den ‚Holz-Klassen‘ sparten am Ende des Schuljahres im Schnitt 8.600 Herzschläge pro Tag im Vergleich zu den anderen Schülern. Trotzdem waren die Schulleistungen und auch die gemessene Konzentrationsleistung mindestens gleich gut.“

Der Einfluss von Holz führte also nicht dazu, dass die Schüler müder wurden. Doch was ist dann der Vorteil einer reduzierten Herzfrequenz? Ein nicht ganz unwichtiger: Die Schüler sind entspannter und weniger aggressiv! „Da Kinder und Jugendliche 12.000 bis 15.000 Stunden ihres Lebens in Klassenzimmern verbringen, ist das sehr wichtig.“



Kita Sonnenschein in Wertingen. Sichtbare Holzoberflächen, amorphe Öffnungen und naturbelassene Baumstämme sorgen für eine angenehme und anregende Atmosphäre.

gogen und Architekten immer wieder intensiv mit den Bauaufgaben „Kita“ und „Schule“. Im Mittelpunkt stehen zwar meist Raumkonzepte, Farben und Licht – doch auch zu den Baumaterialien gibt es interessante Erkenntnisse.

Der klarste Zusammenhang ist allerdings der zwischen dem Zustand eines Gebäudes und Vandalismus. „Eine heruntergekommen Umgebung provoziert zerstörerisches Verhalten. Das gilt für einzelne Räume und Gebäude genauso wie für ganze Stadtviertel“, sagt die Erziehungswissenschaftlerin und Humanethnologin Prof. Dr. Johanna Forster. „Eine vernachlässigte Bausubstanz gibt dem Nutzer

quietschbuntes Plastikspielzeug anbieten, wählen sie meist das quietschbunte.“ In Kitas und in Grundschulen ist deshalb die Farbgestaltung sehr wichtig. Je kraftvoller, desto besser. Doch auch die haptische Qualität von Oberflächen ist durchaus bedeutsam.

„Holz strahlt Wärme und Lebendigkeit aus, wirkt einladend und animiert die Kinder, es zu berühren“, betont Forster. „Das wirkt sich positiv auf das Wohlbefinden aus.“

„Kindgerechte Architektur beschränkt sich keineswegs auf das Raumprogramm“, sagt die Journalistin Bettina Rühm, die vor einigen Jahren ein Buch über Kindergärten, Krippen und Horte veröffentlichte. „Kinder

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung
 Verantwortlicher Redakteur: Günther Hartmann
 Satz/Layout: Bayerische GemeindeZeitung
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
 Telefax 08171 / 9307-22
 www.gemeindezeitung.de · info@gemeindezeitung.de
 Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

tig für ihre Entwicklung, denn ihr Körper reagiert noch sehr empfindlich auf äußere Einflüsse“, erklärt Moser. „Der mit Wachstum und mit der Ausbildung des Immunsystems beschäftigte Organismus braucht förderliche Rahmenbedingungen. Mädchen reagierten dabei stärker und eindeutiger als Jungs. Deshalb ist es enorm wichtig, wie wir unsere Schulen gestalten.“

Nun ist aber natürlich die Atmosphäre in einer Schulklasse eine komplexe Angelegenheit. Die Persönlichkeiten der Mitschüler und der Lehrer, das Beziehungsgeflecht und die Gruppendynamik sind für das Wohlbefinden wohl am wichtigsten. Wie groß ist da die Bedeutung der Architektur? Wie groß ist die der Oberflächen und Möbel? „Wenn Schüler und Lehrer durch ein schlechtes Raumklima nervös und aggressiv werden, schaukelt sich das gegenseitig hoch“, antwortet Moser. „Dann kann im zwischenmenschlichen Bereich kaum noch eine ruhige, entspannte Atmosphäre entstehen.“

IM UNTERRICHT ENTSPANNTER ALS IN DEN FERIEEN

In den ‚Holz-Klassen‘ konnte Moser eine Verbesserung der Atmosphäre feststellen. Bei 52 Schülerinnen und Schülern führten er und sein Team zunächst in den Ferien und dann während der Unterrichtszeit regelmäßig psychologische und physiologische Untersuchungen durch. Die psychologischen Befindlichkeiten wurden mit Fragebögen erfasst, die physiologischen Werte mit einem hochpräzisen Miniatur-Langzeit-EKG – mit verblüffenden Ergebnissen: Während des Schuljahrs sank die Herzschlagfrequenz der Schüler in den ‚Holz-Klassen‘ unter das Ferienniveau ab und blieb da. Bei den ‚Standard-Klassen‘ war es umgekehrt: Dort stieg sie über das Ferienniveau an und blieb da ebenfalls. Die Schüler der ‚Standard-Klassen‘ waren also in den Ferien entspannter, die der ‚Holz-Klassen‘ während der Unterrichtszeit.

Die Herzschlagfrequenz ist deshalb ein wichtiger Indikator, weil sie die Stressbelastung und Regeneration widerspiegelt. Bei den untersuchten Zwölfjährigen bedeuten die 8.600 Herzschläge pro Tag eine Reduzierung um sieben Prozent. Andere Studien zeigten, dass bei Erwachsenen eine um fünf Prozent geringere Herzschlagfrequenz mit einer um vier Jahre längeren Lebenserwartung korrespondiert. Eine geringere Herzschlagfrequenz bedeutet eine geringere Anfälligkeit für Herz-Kreislauf- und stressbedingte Erkrankungen. „Für eine frühzeitige Prävention sollten gerade Kindergärten und Schulen in Holzbauweise errichtet und mit Holzmöbeln ausgestattet sein“, schlussfolgert Moser. Zum Einsatz kam bei seiner Untersuchung Massivholz von heimischen Baumarten: Böden aus Eiche, Decken aus Tanne, Wände aus Fichte und Möbel aus Zirbe und Buche.

Dass Holz die Gesundheit fördert, steht für Moser außer Zweifel. Warum das so ist,

darüber kann er nur spekulieren, denn es gibt dazu kaum Forschungsprojekte und keine abgesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Klar ist nur: Holz ist unserem Körper seit hunderttausenden von Jahren vertraut, die künstlich hergestellten Materialien unserer Zeit sind ihm dagegen fremd. Das erklärt aber nur, warum Holz nicht krank macht, jedoch nicht, warum beispielsweise Zirbenholz nachweislich für einen guten Schlaf und damit eine gute Regeneration sorgt. Die Wissenschaft steht hier noch am Anfang. ■

WEITERE INFOS

mikado edition
Bildungsbauten: Holz macht Schule
Juni 2015

mikado edition
Kita & Schule: Bildung braucht Holz
Juni 2012

Kostenfrei bestellbar:
info@zimmerer-bayern.com

Die Internationale Handwerksmesse in München rückt ein
Trendthema in den Mittelpunkt:

FOKUS. GESUND BAUEN

IN KOOPERATION MIT BIOBAU-PORTAL.DE



Nachhaltiges Bauen mit Lehm oder Holz, Dämmen mit Flachs oder Hanf, umweltverträgliche und schadstofffreie Materialien, gesundes Raumklima und höchste Wohnqualität: Der Bereich FOKUS. GESUND BAUEN auf der Internationalen Handwerksmesse in München bereitet vom 24. Februar bis 1. März 2016 einem Zukunftsthema eine ganz besondere Bühne.

Für Handwerksbetriebe und Unternehmen, die sich auf gesundes und nachhaltiges Bauen, Sanieren und Modernisieren spezialisiert haben, ist FOKUS. GESUND BAUEN die perfekte Plattform, um sich und ihre Lösungen zu präsentieren. Für interessierte Handwerker, Architekten, Bauträger, Immobilienbesitzer sowie Vertreter von Unternehmen und Kommunen gibt es hier jede Menge Infos.

In den vergangenen Jahren ist die Nachfrage nach ökologischen Lösungen für Bau- und Sanierungsvorhaben auf der Messe stark ge-

stiegen. So rief die Internationale Handwerksmesse in Kooperation mit dem Biobau-Portal den vielbeachteten neuen Themenbereich FOKUS. GESUND BAUEN ins Leben. Ab sofort können sich Unternehmen für einen Platz auf dieser besonderen Fläche anmelden – und Interessierte sollten sich schon jetzt den Messtermin im Frühjahr 2016 vormerken.

Denn hier erfährt man alles Wissenswerte über die Auswahl der richtigen Materialien, über Raumgestaltung und Möbel, über Dämmen nach baubiologischen Grundsätzen sowie die richtige Heiz- und Haustechnik. Darüber hinaus vermitteln unabhängige Experten in vielen Vorträgen auf der Messe praxisnahes Wissen und stehen für individuelle Beratungsgespräche zur Verfügung.

Ausführliche Informationen zur Messe und zu FOKUS. GESUND BAUEN unter www.ihm.de und www.biobau-portal.de.



Direkte Auskunft gibt es bei
Projektleiterin Cornelia Lutz
Telefon: 089 189 149 110
oder E-Mail: lutz@ghm.de

Wir setzen Maßstäbe.

**INTERNATIONALE
HANDWERKSMESS**

24.02. – 01.03.2016
Messegelände München



Anton Plenk KG Holzbauwerk

Flüchtlingsunterkunft in Putzbrunn: Die Holzfassade, der Versatz zwischen den Geschossen und der Fenster-Rhythmus verleihen dem Gebäude ein freundliches Erscheinungsbild.

FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE

HOLZ ERMÖGLICHT KURZE BAUZEITEN

Die Flüchtlingsströme aus den vielen Krisenregionen dieser Welt halten an. Sie werden auf die Kommunen verteilt und müssen dort menschenwürdige Unterkünfte erhalten. Für deren Errichtung ist die Zeit meist sehr knapp, so dass nur trockene Bauweisen in Frage kommen: Stahl oder Holz. Holz bietet dabei klare Vorteile bei Wohnqualität und Nachhaltigkeit.

Flüchtlingsunterkünfte sollen künftig „vorzugsweise in Holz-Modulbauweise“ errichtet werden. Das fordert die Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen in ihrem Positionspapier „Flüchtlinge brauchen Wohnungen, keine Behälter!“ vom 28. Juli 2015.



Gump & Maier GmbH

Flüchtlingsunterkunft in Königsbrunn: Außenwand und Dach bestehen aus 13 Großelementen, die in drei Tagen zusammengebaut wurden.

Sie kritisiert darin die weit verbreitete Unterbringung in Stahlcontainern und begründet dies mit medizinischen sowie psycho-sozialen Argumenten: „Durch die Kondenswasserbildung und die geringe Luftwechselrate infolge absoluter Diffusionsdichtigkeit entstehen oft hohe Luftfeuchtigkeit und Schimmelbefall, die eine Gefährdung der Gesundheit darstellen. Die Kleinteiligkeit, Stapelbarkeit und Reihung einer Containerunterkunft bildet die Einrichtung als einen bürokratischen Akt des Verwaltens und rein technologischen Verwahrens menschlicher Schicksale ab. Der Charakter des Provisorischen und Transitorischen trägt schon visuell nicht zu einer Integration ihrer Bewohner in die Gesellschaft sondern zu einer Stigmatisierung bei. Optisch unterstreichen Container das Gefühl und die

Wahrnehmung von Ortlosigkeit und beliebiger anonymer Disponierbarkeit.“

Daraus leitet die Kammer folgende Forderung ab: „Bei der Erstellung von Gemeinschaftsunterkünften ist auf genormte Stahl-Wohncontainer zu verzichten.“ Logische Konsequenz: „Die Vorzüge von Vorfertigung, modularer Bauweise und Typisierung sollten über das auch psychologisch positiv besetzte Material Holz ausgeschöpft werden. Durch einen oder mehrere Typenentwürfe, die lediglich den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden müssen, verringern sich Planungszeiten wie Planungskosten. Erfolgreiche Beispiele haben gezeigt, dass binnen weniger Wochen eine Gemeinschaftsunterkunft errichtet werden kann.“

Angesprochen wird in dem Positionspapier zudem die Nachhaltigkeit: „Auch wenn erfahrungsgemäß die wenigsten Asylbewerberheime aufgelöst und rückgebaut werden, muss die Möglichkeit bestehen, Module an anderer Stelle und in anderen Funktionen wie beispielsweise als Studentenunterkünfte oder Monteurpensionen weiter zu nutzen oder in gleicher Funktion an andere Orte zu translokieren. Auch im Falle eines vollständigen Abrisses und anschließender Entsorgung ist mit nachwachsenden Rohstoffen und der geringen ‚grauen Energie‘ bei der Errichtung Nachhaltigkeit zu gewährleisten.“

SCHNELLE MONTAGE VORGEFERTIGTER MODULE

Vorbilder für die geforderte Holz-Modulbauweise gibt es viele. Sie kommt vor allem dann zum Einsatz, wenn es schnell gehen muss: bei Kitas, um kurzfristig auf eine hohe Nachfrage nach Betreuungsplätzen reagieren zu können; bei Schul-Erweiterungen, um die Baumaßnahmen auf die Ferienzeit beschränken zu können; bei Hotels, um die Gäste nicht zu vergraulen. Die Vorfertigung von

großen Wand-, Decken- und Dachelementen oder gar von kompletten Raumelementen in wettergeschützten Werkhallen sorgt dafür, dass die Bauqualität steigt und auf den Baustellen nur noch kurze Montagezeiten mit wenig Lärm, Staub und Dreck anfallen. Eine serielle Vorfertigung identischer Bauelemente senkt Kosten und beschleunigt Abläufe.

„Holz war und ist unter allen Baumaterialien dasjenige, das aufgrund seiner Eigenschaften die besten Voraussetzungen für eine Vorfertigung mit sich bringt“, sagt Herrmann



Serielle Vorfertigung von Raummodulen

Kaufmann, Architekturprofessor an der TU München. „Die Verlagerung der Produktion in die Werkstatt ist wegen der guten Bearbeitbarkeit sowie der Leichtigkeit des Materials gut möglich, denn gerade das Transportgewicht ist das entscheidende Kriterium dafür, ob vorgefertigte Elemente sinnvoll sind.“ Ermöglicht wurde diese Entwicklung in den letzten Jahrzehnten durch IT-basierte Planungs- und Fertigungsmethoden sowie durch moderne Transport- und Hebewerkzeuge sowohl in den Werkhallen als auch auf den Baustellen.

Die Serienproduktion identischer Bauteile und identische Abläufe bei deren Montage verkürzen die Bauzeiten. In Werkhallen werden die Großelemente „just in time“ nacheinander hergestellt, zur Baustelle transportiert und dort sofort zusammengesetzt. Der Vorfertigungsgrad kann dabei sehr hoch sein: Außenwände können mit eingebauten Fenstern geliefert werden, Raummodule mit eingebauten Nasszellen, Haustechnikinstallationen und sogar Möbeln. Die Dimensionen der Bauteile werden dabei vor allem von

ihrer Transportierbarkeit begrenzt: von der Leistungsfähigkeit der Fahrzeuge, von der Breite der Straßen und von der Durchfahrhöhe unter den Brücken. Das Gewicht stellt im Holzbau – im Gegensatz zu manch anderen Bauweisen – kein Problem dar.

WIRTSCHAFTLICHKEIT LANGFRISTIG BETRACHTEN

Ein geringes Gewicht bedeutet auch: gute Wärmedämmeigenschaften. Das ist bei einer Betrachtung der Betriebskosten über einen Zeitraum von mehreren Jahren durchaus bedeutsam. Die Heizkosten von schlecht gedämmten Stahlcontainern sind vielfach höher als die von heute üblichen Holzgebäuden – erst recht, wenn sie wie so häufig mit Strom beheizt werden. Mit einer gut gedämmten Holzrahmenkonstruktion und einem wirtschaftlicheren Heizungssystem lassen sich die Heizkosten auf einen Bruchteil reduzieren – und an heißen Sommertagen braucht es auch keine stromintensive Klimaanlage.

Es ist sinnvoller, das durch niedrige Heizkosten und nicht anfallende Kühlkosten mittel- und langfristig gesparte Geld in die bauliche Qualität der Unterkünfte zu investieren – sowohl innen also auch außen. Denn ist die Flüchtlingsunterkunft ein optischer „Schandfleck“, entsteht bei den Einheimischen unnötigerweise ein Gefühl von Ärger und Abnei-

WEITERE INFOS

Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen

Flüchtlinge brauchen Wohnungen, keine Behälter!

Positionspapier

28.07.2015

<http://tinyurl.com/oztz4wk>

zuschnitt

Konfektionen in Holz

Juni 2013

www.proholz.at/zuschnitt/ausgabe/50

gung, was die Kommunikation und Integration erschwert. Und für die Flüchtlinge ist es natürlich wichtig, sich in ihren Unterkünften wohlfühlen zu können. Da sie nicht arbeiten dürfen, sich oft den ganzen Tag darin aufhalten und die engen Räumlichkeiten mit vielen ihnen fremden Menschen teilen, entstehen leicht Frustration, Stress und Aggression. Eine durchdachte Architektur und angenehme Baumaterialien können wesentlich dazu beitragen, dass die Flüchtlinge entspannter sind und achtsamer mit ihren Mitbewohnern und mit der Bausubstanz umgehen.



Fachplaner lesen zuschnitt

Holz gibt dem Prinzip der Nachhaltigkeit ein Gesicht. Sie gestalten mit Ihrer Arbeit die Zukunft von Holz als Werkstoff und Werke in Holz mit. Hierbei kann die Fachzeitschrift **zuschnitt** Ihnen als Informations- und Inspirationsquelle dienen.

zuschnitt berichtet über gute Lösungen aus Holz: für den Bau, den Ausbau, die energetische Modernisierung, die regionale Wertschöpfung und die Energiewende.

zuschnitt kommt kostenfrei und bequem in Ihren Briefkasten – viermal im Jahr.



proHolz Bayern
Cluster-Initiative
Forst und Holz in Bayern gGmbH
Hans-Carl-v.-Carlowitz-Platz 1
85354 Freising
www.proholz-bayern.de

Mit drei Klicks zum Abo:
www.proholz-bayern.de

1. Holz ist genial
2. Fachzeitschrift zuschnitt
3. zuschnitt im Abo

Das **zuschnitt**-Abo ist kostenfrei.

Mehr Informationen: 

NACHHALTIGKEIT

BAUEN MIT HOLZ SCHÜTZT DAS KLIMA

Das Bauen mit Holz spielt beim Klimaschutz eine noch kaum bekannte Schlüsselrolle: Bäume holen CO₂ aus der Atmosphäre und binden es in ihrem Holz. Dessen Nutzung als Baumaterial sorgt dafür, dass das gebundene CO₂ langfristig gebunden bleibt. Durch eine Intensivierung des Bauens mit Holz könnte unser walddreieiches Bayern schon in wenigen Jahrzehnten klimaneutral sein.

Im Gegensatz zu den aufwendigen Herstellungsprozessen mineralischer und metallischer Baumaterialien benötigt die Ernte und Bearbeitung des natürlichen Rohstoffs Holz wenig Energie. Noch gravierender ist ein anderer Unterschied: Während die aufwendigen Herstellungsprozesse mineralischer und metallischer Baumaterialien große Mengen Kohlendioxid (CO₂) freisetzen, bindet Holz während seines Wachstums große Mengen CO₂. Genauer gesagt: Der Baum atmet CO₂ ein, zerlegt es, atmet Sauerstoff (O₂) aus und baut den Kohlenstoff (C) in seine Molekularstruktur ein. Verrottet oder verbrennt das Holz, dann kehrt sich dieser Vorgang um:

stieg des CO₂ in der Erdatmosphäre ab sofort möglichst stark zu bremsen. Denn je schneller sich unser Planet erwärmt, desto katastrophaler die Folgen. Haben unsere Ökosysteme nicht genügend Zeit zur Anpassung, kollabieren sie.

WIRTSCHAFTLICHE CO₂-VERMEIDUNG

Zwar wird bei Maßnahmen zum Klimaschutz immer wieder die Beachtung der Wirtschaftlichkeit angemahnt, doch seltsamerweise spielt sie in den Strategien so gut wie keine Rolle. Wirtschaftlichkeit bedeutet: mit

Münchener Architekt Holger König, Pionier auf dem Gebiet der Lebenszyklus-Betrachtung. Dazu ermittelte er für die realisierte Ausführung in Holzbauweise und für eine fiktive Ausführung in Standardbauweise jeweils die Baukosten und die CO₂-Bilanzen – und teilte dann die Differenz der Baukosten durch die Differenz der CO₂-Bilanzen. Das schlechteste der fünf Ergebnisse: 69 Euro pro eingesparter Tonne CO₂.

Ist das viel oder wenig? „Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (fE) gibt als CO₂-Vermeidungskosten für die Umstellung auf Erneuerbare Energien 124 Euro pro Tonne bei Windkraft und 846 Euro pro Tonne bei Photovoltaik an“, antwortet König. „Auch wenn diese Zahlen seit Veröffentlichung der Studie gesunken sind – vor allem die für Photovoltaik –, wird klar, dass Bauen mit Holz die wohl effizienteste Methode ist, um CO₂-Emissionen zu vermeiden: Für einen bestimmten Betrag erzielt man die größte CO₂-Einsparung – und das sofort, nicht erst über einen langen Zeitraum wie beim Senken des Heizenergiebedarfs.“

Königs Berechnungen brachten noch eine weitere Überraschung: Bauen mit Holz ist oft gar nicht teurer: „Die 69 Euro pro Tonne waren bei meinen Berechnungen die Ausnahme. Bei den vier anderen Gebäuden war die Holzbauweise preisgünstiger als die Standardbauweise. Da kostet die CO₂-Vermeidung also gar nichts, sondern wirft sogar einen Gewinn ab. Wo gibt es das sonst noch?“

HOHES CO₂-VERMEIDUNGSPOTENZIAL

Weit unterschätzt wird auch das Potenzial des Bauens mit Holz für den Klimaschutz. Prof. Dr. Hubert Röder, Leiter des Fachgebiets „Betriebswirtschaftslehre Nachwachsender Rohstoffe“ am Wissenschaftszentrum Straubing, veröffentlichte darüber 2014 eine Studie. Demnach stehen heute den 75 Mio. Tonnen CO₂, die Bayern jährlich zur Erzeugung von Energie freisetzt, 13 Mio. Tonnen CO₂ gegenüber, die durch stoffliche Nutzung von Holz langfristig gebunden bleiben, und 10 Mio. Tonnen CO₂, die unsere Wälder trotz Holzernte zusätzlich binden. Fast ein Drittel der bayerischen CO₂-Emissionen werden also zurzeit auf diese Weise schon kompensiert. Und da ginge noch sehr viel mehr.

„Unsere Wälder sich selbst zu überlassen wäre aus Sicht des Klimaschutzes kontraproduktiv“, erklärt Röder. „Denn bald hätten sie ein CO₂-Speicher-Optimum erreicht und dann würde sich in ihnen ein Gleichgewicht einstellen: Die CO₂-Menge, die wachsende Bäume neu binden, wäre genauso groß wie die CO₂-Menge, die tote Bäume beim Verrotten freisetzen – ein Nullsummenspiel.“

Wesentlich besser sei es, dem Wald nachhaltig Bäume zu entnehmen und deren Holz stofflich zu nutzen. So könnten die im Wald verbleibenden Bäume besser wachsen und größere Mengen CO₂ neu binden. Die Klima-



Bewirtschaftete Wälder, in denen regelmäßig Holz geerntet wird, leisten einen vielfach höheren Beitrag zum Klimaschutz als nicht bewirtschaftete Wälder.

Genau die Menge CO₂, die vorher gebunden wurde, wird wieder freigesetzt.

Für den Klimaschutz ist allerdings wichtig, dass das einmal gebundene CO₂ möglichst lange gebunden bleibt. Das ist bei der stofflichen Nutzung von Holz der Fall – zwar nicht für alle Ewigkeit, doch zumindest für weitere Jahrzehnte bis Jahrhunderte. Und genau diese Zeitspanne ist entscheidend, schließlich geht es darum, den rasanten An-

möglichst wenig Aufwand möglichst viel erreichen. Auf den Klimaschutz bezogen: zu möglichst geringen Kosten möglichst viel CO₂ vermeiden. Unter dieser Prämisse müssten für alle in Erwägung gezogene Klimaschutzmaßnahmen zunächst deren CO₂-Vermeidungskosten errechnet und diese dann bewertet werden.

Die CO₂-Vermeidungskosten für fünf Holzgebäude berechnete Anfang 2015 der



schutzleistung von bewirtschafteten Wäldern sei deshalb um ein Vielfaches höher als die von nicht bewirtschafteten Wäldern.

Welche Holzmenge können unsere Wälder denn überhaupt liefern? „Wir könnten in Bayern derzeit ca. 6,5 Mio. m³ Nadelholz mehr ernten, als wir es momentan tun – und hätten immer noch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung“, antwortet Röder. „Es würde genauso viel Holz nachwachsen, wie entnommen wird. Diese zusätzliche Holzmenge würde ausreichen, sämtliche bayerischen Neubauten – alle Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Gebäude – in Holzbauweise zu errichten. Deshalb sollte das Bauen mit Holz zum Standard werden.“

VORBILDLICH: MÜNCHNER CO₂-BONUS

Obwohl Bauen mit sehr unterschiedlichen Energieverbräuchen und CO₂-Emissionen verknüpft ist, wird dieser Aspekt bisher sowohl von der Energieeinsparverordnung (EnEV) als auch von den KfW-Förderprogrammen vollkommen ausgeblendet. Der Fokus ist ausschließlich auf den Heizenergiebedarf gerichtet, dabei beträgt der Energieaufwand für die Errichtung eines Gebäudes in konventionellen Bauweisen so viel wie der Heizenergiebedarf für mehrere Jahrzehnte. Und je besser ein Gebäude gedämmt ist, je weniger Heizenergie es benötigt, desto grotesker wird dieses Verhältnis. Hinzu kommt dann später noch der Aufwand für den Abriss des Gebäudes und die Entsorgung des Bauschutts.

Allerdings sind diesbezügliche Berechnungen noch ziemlich aufwendig. Das ist – neben der erfolgreichen Lobbyarbeit energieintensiver Industriebranchen – der Grund, warum der Gesetzgeber diesen Aspekt bisher völlig ausklammerte. Eine Ausnahme gibt es allerdings: München fördert das Bauen mit Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen mit einem sogenannten „CO₂-Bonus“. Jedes

Kilogramm verbauten Materials wird mit 30 Cent bezuschusst. „Damit haben wir eine praktikable Kompromisslösung gefunden, die zwar nicht den kompletten Lebenszyklus abbildet, dafür aber die CO₂-Bindung im Baumaterial. Das ist zwar nur ein Teil der CO₂-Bilanz, aber deutlich besser als gar nichts“, erklärt Joachim Lorenz, der 2013 als Münchner Umweltreferent für die Einführung des CO₂-Bonus verantwortlich war.

Auch einen höheren Fördersatz hält er für angemessen: „Die ökologischen Folgekosten aufgrund des Klimawandels sind in den allgemein üblichen Berechnungen ungenügend abgebildet. Gäbe es eine ‚ökologische Kostenwahrheit‘, dann würde sich vieles sofort ändern und es könnte ein kreativer CO₂-Einsparungswettbewerb auf dem Markt entstehen. Momentan geschieht das Gegenteil: Die energieintensive Herstellung von Baustoffen wird durch die Befreiung von der EEG-Umlage subventioniert. Da ist ein hoher CO₂-Bonus für nachwachsende Baustoffe mehr als gerechtfertigt.“

Unabhängig von der Einführung eines eigenen Förderprogramms kann aber natürlich jede Kommune ein Vorbild sein, indem sie ihre eigenen Bauaufgaben in Holzbauweise ausführt. Hervorragende Beispiele hierfür gibt es inzwischen genügend. ■

WEITERE INFOS

Interview mit Muck Petzet
Graue Energie zählt

Interview mit Florian Lichtblau
CO₂-Bilanz ist entscheidend

Interview mit Hubert Röder
Warum Holzbau Klimaschutz ist

Interview mit Holger König
Wie viel CO₂-Vermeidung kostet

Interview mit Joachim Lorenz
Wieso ein CO₂-Bonus klug ist

in:

Landesinnungsverband des
Bayerischen Zimmererhandwerks
STOP CO₂

Heft I, Februar 2014

Heft II, Januar 2015

www.stopco2.jetzt

Technische Universität München
Holzforschung München
Bauen mit Holz = aktiver Klimaschutz
<http://tinyurl.com/oh4b6jw>

Landeshauptstadt München
Referat für Umwelt und Gesundheit
**Münchner Förderprogramm
Energieeinsparung (FES)**
mit CO₂-Bonus
<http://tinyurl.com/noe4zzc>

BAUFAMILIEN AUFGEPASST!

Wenn Sie massiv, natürlich und vor allem entspannt bauen wollen, dann ...



Lebenshäuser.
EINZIGARTIG. SCHÖN. GESUND.



...kommen Sie schnell vorbei. Ein Angebot erhalten Sie vom Chef bereits im Erstgespräch.

TERMINE INFO-ABEND:
www.simon-holzbau.de



simon

HAUS UND HOLZBAU
08042 97800 | 83661 Lenggries

ÖFFENTLICHES BAUEN

UMWELTASPEKTE SIND VERGABEKRITERIEN

Auch wenn es im Baualltag noch nicht richtig angekommen ist, gilt aufgrund eines Beschlusses des Bayerischen Landtags seit 2009: Bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen besteht nicht nur das Recht, sondern sogar eine grundsätzliche Pflicht, Umweltgesichtspunkte zu berücksichtigen. Es gibt allerdings noch wesentlich ältere Beschlüsse pro Holzbau.

Die „Richtlinien über die Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ (Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen – öAUMwR) wurden am 28. April 2009 von der Bayerischen Staatsregierung veröffentlicht und beginnen mit einem Hinweis auf die Bayerische Verfassung und den darin verankerten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen:

„Nach Art. 141 Abs. 1 der Verfassung ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der besonderen Fürsorge jedes Einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut. Mit Naturgütern ist schonend und sparsam umzugehen. Zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts gehört es, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen und auf einen möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten sowie die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten.“

Es folgt noch im gleichen Absatz ein Hinweis auf das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz und die darin verankerten Ziele Abfallvermeidung, Schadstoffminimierung und stoffliche Verwertung:

„Nach Art. 2 Abs. 1 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes haben Staat, Gemein-

den, Landkreise, Bezirke und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts vorbildhaft dazu beizutragen, dass die Ziele Abfallvermeidung, Schadstoffminimierung im Abfall und stoffliche Verwertung unvermeidbarer Abfälle erreicht werden. Diese Grundsätze und der Aspekt der Energieeffizienz sind – ebenso wie die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge von Bedeutung.“

ENERGIEEFFIZIENZ UND ABFALLVERMEIDUNG

Anschließend wird im Absatz „Bedarfsanalyse und Auswahl des Auftragsgegenstands, Planung und Bauvorhaben“ beschrieben, was die in der Bayerischen Verfassung und im Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz genannten Ziele für die staatlichen Vergabestellen konkret bedeuten und worauf diese künftig ihr Augenmerk richten sollten:

„(1) Bei umweltbedeutsamen öffentlichen Aufträgen zur Beschaffung von Gütern, über Dienstleistungen (z.B. Gebäudereinigung, Winterdienst) sowie über Bauleistungen hat die Vergabestelle zu ermitteln, welche umweltfreundlichen und energie-

effizienten Lösungen angeboten werden.

(2) Bei Dienstleistungen beziehen sich die Ermittlungen auf die Art der Durchführung und auf die zu verwendenden Stoffe, bei Bauaufträgen auf die Baustoffe; dabei ist der Baustoff Holz – seinen technischen und ökologischen Eigenschaften entsprechend – gleichberechtigt in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

(3) Dabei ist auch auf die im Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz enthaltene Verpflichtung zu achten, möglichst Erzeugnisse zu berücksichtigen, die sich durch Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit oder Verwertbarkeit auszeichnen, im Vergleich zu anderen Erzeugnissen zu weniger oder zu entsorgungsfreundlicheren Abfällen führen und aus Reststoffen oder Abfällen hergestellt worden sind; finanzielle Mehrbelastungen und eventuelle Minderungen der Gebrauchstauglichkeit sind dabei in angemessenem Umfang hinzunehmen.“

Schon die im Satz (1) geforderte Energieeffizienz ist ein Argument für die Holzbauweise, denn im Vergleich zu den künstlich hergestellten Baumaterialien benötigt die Ernte und Bearbeitung des natürlichen Rohstoffs Holz wenig Energie. Noch deutlicher ist der Unterschied allerdings bei der CO₂-Bilanz, denn Holz bindet bei seinem Wachstum große Mengen CO₂, während künstlich hergestellte Baumaterialien große Mengen CO₂ freisetzen. Diese Tatsache bleibt hier unerwähnt, dafür wird im Satz (2) die Holzbauweise ausdrücklich genannt.

Ein weiteres Argument für die Holzbauweise ist dann die in Satz (3) aufgeführte Abfallvermeidung, denn am Ende seiner Nutzungsphase lässt sich Holz sowohl stofflich als auch energetisch verwerten. Es ist ein Kreislaufprodukt und endet nicht als Bauschutt – ein wichtiger Aspekt angesichts der Tatsache, dass Bauschutt heute über die Hälfte des deutschen Müllaufkommens ausmacht und seine Entsorgung immer teurer wird.



Bildarchiv Bayerischer Landtag

Der Bayerische Landtag beschloss 2009 dass bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge Umweltaspekte zu berücksichtigen sind.



Eine Dokumentation der schönsten staatlichen Holzbauten erschien 2015 im Internet: www.holz-zeitlos-schoen.bayern.de

VERGABEBANDBUCH PLÄDIERT FÜR HOLZBAU

So ganz neu ist die staatliche Hervorhebung der positiven Eigenschaften von Holz allerdings nicht. Im Vergabehandbuch Bayern (VHB Bayern), das für alle staatlichen Behörden verbindlich ist und den kommunalen Auftraggebern zur Anwendung empfohlen wird, befindet sich eine Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 14. April 1967 über die „Verwendung von Holz im staatlichen Bauwesen“. Sie beginnt mit dem Satz: „Einem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 7. Februar 1964 entsprechend, wird im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen erneut angeordnet, dass bei allen staatlichen Baumaßnahmen, bei denen es wirtschaftlich und technisch vertretbar und sinnvoll ist, möglichst Holz als Baustoff zu verwenden ist.“

Auf neun Seiten geht die Bekanntmachung dann ausführlich auf die bautechnischen und architektonischen Eigenschaften von Holz als Baustoff ein und erläutert, wie und wo sich der Holzeinsatz im Bauwesen steigern lässt. Seit der Veröffentlichung dieses Textes hat sich im Holzbau allerdings sehr viel getan.

Drohte damals das Bauen mit Holz von anderen Baumaterialien völlig verdrängt zu werden, so erlebt es heute einen enormen Aufschwung: Die zur Zeit höchsten Holzgebäude in Deutschland und Österreich sind 8-Geschosser: der 2011 in Bad Aibling errichtete „H8“ und der 2012 in Dornbirn er-

richtete „LifeCycle Tower One“. Aber nicht mehr lange: 2016 soll in Flensburg der Bau eines 10-Geschossers beginnen, in Wien gar der Bau eines 24-Geschossers. Und in der schwedischen Hauptstadt Stockholm wird gerade ein 34-Geschosser geplant, der bis 2023 fertig sein soll.

Dass die Holzbauweise viele Architekten und Projektentwickler reizt und sich zum großen Trend entwickelt, liegt zum einen an ihrer Umweltfreundlichkeit, zum anderen an ihrer kurzen Bauzeit und hohen Qualität. Letztere sind das Resultat eines hohen Vorfertigungsgrads sowie IT-basierter Planungs- und Fertigungsmethoden.

Ein vermeintlicher Nachteil der Holzbauweise ist ihr angeblich höherer Preis. Doch das ist oft nur ein Gerücht. Anfang 2015 veröffentlichte Berechnungen des Münchner Architekten Holger König zeigen, dass das Bauen mit Holz oft preisgünstiger ist als das Bauen mit anderen Materialien. Doch selbst wenn es etwas teurer sein sollte: Der Nutzen für das Gemeinwohl ist ungleich größer. Der Preis allein sollte nicht über die Bauweise entscheiden – und er muss es auch nicht. Die Instrumente, um im kommunalen Bereich umweltfreundlich zu bauen, liegen schon lange auf dem Tisch. Man muss sie nur endlich einsetzen. ■

WEITERE INFOS

Bayerische Staatsregierung
**Öffentliches Auftragswesen;
Richtlinien über die Berücksichtigung
von Umweltgesichtspunkten bei der
Vergabe öffentlicher Aufträge**
28.04.2009, Az.: B II 2-5152-15
<http://tinyurl.com/nqxp2h4>

Oberste Baubehörde im Bayerischen
Staatsministerium des Inneren,
für Bau und Verkehr
**VHB Bayern – Handbuch für die
Vergabe und Durchführung von
Bauleistungen durch Behörden des
Freistaats Bayern** (Stand Mai 2015)
<http://tinyurl.com/nrz57ls>

Oberste Baubehörde im Bayerischen
Staatsministerium des Inneren,
für Bau und Verkehr /
Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie
**Informationen zum Vergabe-
und Vertragswesen in Bayern**
www.vergabeinfo.bayern.de

Qualität aus Deutschland

ERLUS Dachkeramik und Schornsteinsysteme

www.erlus.com

ERLUS

KOMMUNALE BAUPROJEKTE 2010-2015

BEISPIELE DER NEUEN HOLZBAUKULTUR

In den letzten Jahren wurden in Bayern ungewöhnlich viele kommunale Bauprojekte in Holzbauweise realisiert: vor allem Kitas, aber auch Schulen, Jugendzentren, Sporthallen, Kulturzentren und Verwaltungsgebäude. Und bei vielen Sanierungen

wurden die alten Fassaden durch neue aus vorgefertigten Holzelementen ersetzt. Im Folgenden eine kleine Auswahl von 67 Beispielen. Angeordnet sind sie nach Postleitzahl – das erleichtert bei Besichtigungstouren die Routenplanung.



Matthias Kestel

KINDERKRIPPE HIMMELSCHLÜSSELSTRASSE

Die 3-gruppige Kinderkrippe fügt sich durch ihre archaische Hausform in die von Einfamilienhäusern geprägte Umgebung ein. Außenwände und Dach sind in Holz-Systembauweise ausgeführt.

Standort: 80995 München-Feldmoching

Bauherr: Landeshauptstadt München, Referat für Bildung und Sport, www.muenchen.de

Planung: Stieglmeier Architekten www.stieglmeier-architekten.de



Claudia Hofnair

JUGENDFREIZEITZENTRUM PFIFFTEEN

Das Passivhausstandard erreichende Gebäude ist in Massivholz- und Holzrahmenbauweise ausgeführt. Die modulare Ordnung ermöglichte einen hohen Vorfertigungsgrad und eine kurze Bauzeit.

Standort: 81375 München

Bauherr: Landeshauptstadt München, Sozialreferat www.muenchen.de

Planung: Lichtblau Architekten www.lichtblau-architekten.de



Schankula Architekten

ERWEITERUNG MICHAELI-GYMNASIUM

20 Klassenräume, eine Pausenhalle und einen Sanitärbereich beinhaltet der Erweiterungsbau. Durch einen hohen Vorfertigungsgrad und damit kurze Bauzeiten wurde der Unterricht kaum gestört.

Standort: 81671 München

Bauherr: Landeshauptstadt München, Baureferat www.muenchen.de

Planung: Schankula Architekten www.schankula.com



Pollok + Gonzalo Architekten

SANIERUNG VOLKSSCHULE LOCHHAM

Die Stahlbeton-Skelettkonstruktion aus den 1970er-Jahren erhielt eine neue Fassade aus Holzrahmenbau-Elementen mit 24 cm starker Wärmedämmung, Dreifachverglasung und Sonnenschutzlamellen.

Standort: 82166 Gräfelfing-Lochham

Bauherr: Gemeinde Gräfelfing, www.graefelfing.de

Planung: Pollok + Gonzalo Architekten www.pollok-gonzalo.de



Füllemann Architekten GmbH

KINDERHAUS AM ABENTEUERSPIELPLATZ

Die reliefartige Lärchenholzfassade verändert ihr Aussehen je nach Blickrichtung. Das in Brettsperrholz- und Holzrahmenbauweise errichtete Gebäude erreicht Passivhausstandard.

Standort: 82205 Gilching

Bauherr: Gemeinde Gilching, www.gilching.de

Planung: Füllemann Architekten GmbH
www.fuellemann-architekten.de



Füllemann Architekten GmbH

BIV-KINDERKRIPPE

Der aus den 1980er-Jahren stammende Kindergarten wurde um eine 3-gruppige Kinderkrippe in Massivholzbauweise erweitert. Die Lärchenholzfassade sorgte für den Spitznamen „Obstkisterl“.

Standort: 82205 Gilching

Bauherr: Gemeinde Gilching, www.gilching.de

Planung: Füllemann Architekten GmbH
www.fuellemann-architekten.de



Balda Architekten GmbH

LANDWIRTSCHAFTSSCHULE IN PUCH

Wie bei landwirtschaftlichen Gebäuden traditionell üblich, wurde der Brettsperrholz-Bau auf einem massiven Sockelgeschoss errichtet. Die Fassade besteht aus unbehandelter Lärche.

Standort: 82256 Fürstenfeldbruck-Puch

Bauherr: Landkreis Fürstenfeldbruck
www.fuerstenfeldbruck.de

Planung: Balda Architekten GmbH
www.balda-architekten.de

Ihr Partner für kommunale Projekte.

gumpp & maier
lösungen aus holz



Gumpp & Maier GmbH
Hauptstr. 65
86637 Binswangen
info@gumpp-maier.de
www.gumpp-maier.de



Matthias Schamper

SANIERUNG GRUNDSCHULE AM HARDT

In acht Wochen wurde die alte 1.600 m² große Sichtbetonfassade durch hochwärmedämmte Holzelemente ersetzt. Diese und weitere Maßnahmen senkten den Primärenergiebedarf um 74%.

Standort: 82363 Weilheim

Bauherr: Stadt Weilheim, www.weilheim.de

Planung: plan3architekten
www.plan3architekten.de



Peter Czajka

GEMEINDESAAL GRAFENASCHAU

Die Mehrzweckhalle mit Schützenstand wurde an das Feuerwehrhaus angebaut. Markantes Element ist das innen und außen sichtbare Dachtragwerk. Die Fassade besteht aus Lärchenholz.

Standort: 82445 Grafenaschau

Bauherr: Gemeinde Schwaigen, www.schwaigen.de

Planung: Kottermair Rebholz Architekten
www.kottermairrebholz.de



Michael Heinrich

ANBAU SCHNITZSCHULE OBERAMMERGAU

Der Ausstellungspavillon der Berufsfachschule für Holzbildhauer dient zur Präsentation von Schülerarbeiten. Seine subtile Architektur wurde 2014 mit dem Holzbaupreis Bayern ausgezeichnet.

Standort: 82487 Oberammergau

Bauherr: Landkreis Garmisch-Partenkirchen
www.lra-gap.de

Planung: abp architekten burian + pfeiffer
www.abp-architekten.com



Brückner Architekten

MENSA KARL-LEDERER-MITTELSCHULE

Die Wände wurde in Holzrahmenbauweise errichtet, das Flachdach mit Brettschichtholzbindern. Die Markanz des Baukörpers wird durch die einheitliche Holzleistenschalung gestärkt.

Standort: 82538 Geretsried

Bauherr: Stadt Geretsried, www.geretsried.de

Planung: Brückner Architekten
www.brueckner-architekten.de



Thomas Zwillinger

KINDERHAUS STADTMÄUSE MIT FAMILIENZENTRUM

Die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Familienzentrum ist in Brettsperrholzbauweise errichtet. Sie besitzt eine bunte Holzfassade und im Obergeschoss große Terrassen als Spielflächen.

Standort: 83026 Rosenheim

Bauherr: Stadt Rosenheim, www.rosenheim.de

Planung: Hirner und Riehl Architekten
www.himerundriehl.de



KINDERKRIPPE AM KLOSTERBERG

Die dreigeschossige Kinderkrippe ergänzt den alten Kindergarten und erreicht Passivhausstandard. Ihre Rundungen folgen städtebaulichen Linien und bilden eine prägnante Gebäudeskulptur.

Standort: 83278 Traunstein

Bauherr: Stadt Traunstein, www.traunstein.de

Planung: ArchitekturWerkstatt Vallentin GmbH
www.vallentin-architektur.de



KINDERKRIPPE ST. MARTIN

Der Baukörper folgt mit seinem Dach dem leichten Hang und signalisiert mit seiner markanten Farbgebung, dass er eine öffentliche Nutzung beherbergt. Das Gebäude erreicht Passivhausstandard.

Standort: 84144 Geisenhausen

Bauherr: Gemeinde Geisenhausen, www.geisenhausen.de

Planung: ArchitekturWerkstatt Vallentin GmbH
www.vallentin-architektur.de



KINDERKRIPPE KIRCHBERG

Um die Erdgeschosswohnung im ehemaligen Schulhaus umnutzen zu können, wurden zwei Kuben in Holzrahmenbauweise mit einer Außenhaut aus knallroten Faserzementplatten „angedockt“.

Standort: 84307 Eggenfelden

Bauherr: Stadt Eggenfelden, www.eggenfelden.de

Planung: dolzer, mandl + partner
www.dmp-architekten.eu



ERWEITERUNG ALTE SCHULE ZU BÜRGERTREFF

Das 1901 errichtete ehemalige Schulhaus mit prachtvoller Sichtziegelfassade wurde für seine neue Funktion als Bürgertreff behutsam saniert und durch ein modernes Holzgebäude ergänzt.

Standort: 84329 Wurmansquick

Bauherr: Markt Wurmansquick, www.wurmansquick.de

Planung: Arc Architekten Partnerschaft
www.arcarchitekten.de



ERWEITERUNG KINDERTAGESSTÄTTE ST. MONIKA

Die in den 1970er-Jahren erbaute Kindertagesstätte wurde saniert und um eine Krippengruppe erweitert. Durch ein neues Dach zwischen den Bestandsgebäuden entstand eine zentrale Lichthalle.

Standort: 84329 Wurmansquick

Bauherr: Markt Wurmansquick, www.wurmansquick.de

Planung: Arc Architekten Partnerschaft
www.arcarchitekten.de



Stefan Müller-Naumann

KULTUR- UND KONGRESSFORUM ALTÖTTING

Das markante Satteldach setzt außen mit seiner Holzschindeldeckung und innen mit seinem offenen Tragwerk ein markantes Zeichen. 2015 gewann das Gebäude den Deutschen Holzbaupreis.

Standort: 84503 Altötting

Bauherr: Stadt Altötting, www.altoetting.de

Planung: Florian Nagler Architekten GmbH
www.nagler-architekten.de



dressler mayerhofer rössler architekten

KINDERTAGESSTÄTTE IM LINDENKREUZ

Das dreigruppige Gebäude mit Mehrzweckraum wurde in Holzrahmenbauweise mit hohem Vorfertigungsgrad erstellt. Die Bauzeit betrug vom Erdaushub bis zur Inbetriebnahme nur 7 Monate.

Standort: 85077 Manching

Bauherr: Marktgemeinde Manching, www.manching.de

Planung: dressler mayerhofer rössler architekten
www.dresslermayerhoferroessler.de



Maximilian Gottwald

MONTESSORI-KINDERKRIPPE

Der Baukörper wurde aus vorgefertigten Holzrahmenbau- und die Geschossdecke aus Brettsperrholz-Elementen errichtet. Die Fassade besteht aus einer hinterlüfteten Lärchenholzschalung.

Standort: 85092 Kösching

Bauherr: Markt Kösching, www.koesching.de

Planung: ABHD Architekten
www.abhd.de



Maximilian Gottwald

KINDERGARTEN ST. MARTIN TAUBERFELD

Die Geschossdecken des aus Brettsperrholz errichteten Gebäudes sind mit hellen Akustik-Elementen aus Weißtanne bekleidet, die Wände innen und außen mit einer dunkleren Schalung aus Lärche.

Standort: 85114 Buxheim-Tauberfeld

Bauherr: Gemeinde Buxheim, www.buxheim.eu

Planung: ABHD Architekten
www.abhd.de



Erich Spahn

KINDERTAGESPFLEGESTÜTZPUNKT POLLENFELD

Die Räume des Pavillons sind um einen kleinen Innenhof angeordnet, die Fassaden dorthin raumhoch verglast. Als Baumaterialien kamen vor allem Holz, aber auch Lehm zum Einsatz.

Standort: 85131 Pollenfeld

Bauherr: Gemeinde Pollenfeld, www.pollenfeld.de

Planung: Kühnlein Architektur
www.kuehnlein-architektur.de



KITA ECOLINO

Das Gebäude musste die streng ökologischen Anforderungen des Baugebiets erfüllen. Deshalb wurde es in Holzrahmenbauweise errichtet, mit Holzfasern gedämmt und mit Lärchenholz bekleidet.

Standort: 85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm

Bauherr: Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm,
www.pfaffenhofen.de

Planung: Architekturbüro Obereisenbuchner
www.architekturbuero-obereisenbuchner.de



FAMILIENZENTRUM IM STEINPARK

Das komplexe Raumprogramm wurde in miteinander verbundene Einzelhäuser aufgeteilt, so dass eine Art „Kinderdorf“ entstand. Es erhielt beim Holzbaupreis Bayern 2014 eine Anerkennung.

Standort: 85356 Freising

Bauherr: Stadt Freising, www.freising.de

Planung: nbundm* architekten,
www.nbundm.de



KINDERKRIPPE TRAUMALLEE

Der Baukörper wurde in sechs Monaten in Mischbauweise mit Holz- und Stahlbeton-Fertigteilen errichtet. Die hochwärmegedämmte Holzrahmenbau-Fassade ermöglichte Passivhausstandard.

Standort: 85356 Freising

Bauherr: Stadt Freising, www.freising.de
www.bildung.augsburg.de

Planung: Moosreiner Architekten
www.moosreiner-architekten.de



ERWEITERUNG OSKAR-MARIA-GRAF-GYMNASIUM

Zwei Bedingungen waren zu erfüllen: Das Gebäude sollte nicht teurer als eine Containerlösung und bei Bedarf jederzeit erweiterbar sein. Die Brettsperholz-Bauweise wurde beiden gerecht.

Standort: 85375 Neufahrn

Bauherr: Zweckverband staatliches Gymnasium Neufahrn /
Landratsamt Freising, www.kreis-freising.de

Planung: Deppisch Architekten,
www.deppischarchitekten.de



KINDERHAUS LÖWENZAHN

Der langgestreckte Baukörper besitzt eine beispielbare Dachterrasse. Er wurde aus vorgefertigten Brettsperholz-Elementen errichtet und außen mit unbehandelter Weißtanne verschalt.

Standort: 85386 Dietersheim

Bauherr: Gemeinde Eching, www.eching.de

Planung: Hirner und Riehl Architekten,
www.hirnerundriehl.de



Jacob Kanzleitner

KINDERGARTEN ST. MARTIN

Das in Mischbauweise errichtete Passivhaus-Gebäude besteht aus zwei unterschiedlich gestalteten Geschossen. Über der transparenten Gartenebene „schwebt“ ein Holzverschalter Baukörper.

Standort: 85465 Langenpreising

Bauherr: Gemeinde Langenpreising,
www.langenpreising.de

Planung: ArchitekturWerkstatt Vallentin
www.vallentin-architektur.de



Venus Architekten

KINDERHAUS HAIDGRABEN

Um einen zentralen Spielhof gruppieren sich alle Funktionsbereiche. Das Lärchenholz außen und das geölte Fichtenholz innen sorgen für eine ruhige und warme Atmosphäre.

Standort: 85521 Ottobrunn

Bauherr: Gemeinde Ottobrunn, www.ottobrunn.de

Planung: Venus Architekten
www.venus-architekten.de



Palais Mai

PFADFINDERHAUS ST. GEORG

Die Holzskelettkonstruktion steht in einem Wäldchen und berührt den Boden kaum. Seine Außenhaut besteht aus transluzenten Polycarbonat-Stegeplatten und einzelnen Glaselementen.

Standort: 85521 Ottobrunn

Bauherr: Gemeinde Ottobrunn, www.ottobrunn.de

Planung: Palais Mai GmbH
www.palaismai.de



Krug Grossmann Architekten

ERWEITERUNG REALSCHULE EBERSBERG

Die Erweiterung als zertifiziertes Passivhaus in Holzbauweise ist eine Ersatzmaßnahme für zwei bestehende Provisorien. Erd-, Ober- und Dachgeschoss sowie alle dazugehörigen Decken sind nahezu vollständig in Brettspertholz ausgeführt.

Standort: 85560 Ebersberg

Bauherr: Landratsamt Ebersberg, www.lra-ebe.de

Planung: Krug Grossmann Architekten GmbH
www.krug-grossmann.de



Pollok + Gonzalo Architekten

SANIERUNG KINDERHAUS ST. ELISABETH

Die Aluminium-Skelettkonstruktion aus den 1970er-Jahren erhielt eine neue Fassade aus hochwärmegedämmten Holzrahmenbau-Elementen. Der Energiebedarf wurde auf Passivhausniveau gesenkt.

Standort: 85570 Markt Schwaben

Bauherr: Markt Schwaben, www.markt-schwaben.de

Planung: Pollok + Gonzalo Architekten,
www.pollok-gonzalo.de



SANIERUNG GYMNASIUM NEUBIBERG

Das Schulgebäude aus dem Jahre 1976 musste grundlegend saniert werden. Die Verwendung von unbehandelter heimischer Lärche als Fassade setzt ein klar erkennbares Zeichen der Erneuerung.

Standort: 85579 Neubiberg

Bauherr: Zweckverband staatliche weiterführende Schulen
www.schulzweckverband.de

Planung: Venus Architekten, www.venus-architekten.de
Balda Architekten GmbH, www.balda-architekten.de



ERWEITERUNG RATHAUS ANZING

Das 1886 als Schulhaus errichtete Gebäude wird seit 1963 als Rathaus genutzt. Der notwendig gewordene Anbau wurde in Holzbautechnik ausgeführt und setzt sich gestalterisch vom Altbau ab.

Standort: 85646 Anzing

Bauherr: Gemeinde Anzing, www.anzing.de

Planung: Goergens + Miklantz Architekten
www.goergens-miklantz.de



KINDERKRIPPE SCHLOSSKINDER

Der einfache, kubische Baukörper ist funktional und kompakt organisiert. Die Stahlbeton-Skelettkonstruktion erreicht dank hochwärmegedämmter Holzrahmenbau-Fassaden Passivhausstandard.

Standort: 85764 Oberschleißheim

Bauherr: Gemeinde Oberschleißheim
www.oberschleissheim.de

Planung: PSA Pfletscher und Steffan
www.psa-architekten.de



KINDERHAUS STRASSÄCKERALLEE

Das für 10 Gruppen konzipierte Passivhaus-Gebäude ist 70 m lang sowie 20 m tief. Innen dominiert Fichte, außen witterungsbeständige Eiche. Rote Sonnensegel setzen farbige Akzente.

Standort: 85774 Unterföhring

Bauherr: Unterföhring, www.unterfoehring.de

Planung: Hirner und Riehl Architekten
www.hirnerundriehl.de



KITA JOSEF-FELDER-STRASSE

Die Außenhaut besteht aus rauen Lärchenholzschildeln, die teilweise auch die Innenwände bekleiden. Die unbehandelten Oberflächen der Brettsperrholz-Elemente sind überall sichtbar.

Standort: 86199 Augsburg-Göggingen

Bauherr: Stadt Augsburg, Bildungs- und Schulreferat
www.bildung.augsburg.de

Planung: hiendl_schneis architektenpartnerschaft
www.hiendlschneis.com



HAUS DER KLEINEN FREUNDE

Das gefaltete Dach ermöglichte spannende Innenräume, die hochwärmegedämmte Außenwand Passivhausstandard. In der Lärchenholzfassade setzen eingesetzte Laminat-Leisten bunte Farbakzente.

Standort: 86415 Mering

Bauherr: Gemeinde Mering, www.mering.de

Planung: Wossnig Architekten
www.wossnig.de



SCHMUTTERTAL-GYMNASIUM

Beim Bau des 4-zügigen Gymnasiums mit Dreifachsporthalle wurde großer Wert auf Nachhaltigkeit, Schadstofffreiheit und Plus-Energie-Standard gelegt.

Standort: 86420 Diedorf

Bauherr: Landkreis Augsburg, www.landkreis-augsburg.de

Planung: Hermann Kaufmann Architekten ZT GmbH
www.hermann-kaufmann.at
Florian Nagler Architekten GmbH
www.nagler-architekten.de



KINDERHAUS SONNENSCHN

Die Holzoberflächen der Brettsperrholz-Elemente sowie die amorph geformten und geschickt gesetzten Öffnungen sorgen für spannende Blickbeziehungen und eine locker-luftige Atmosphäre.

Standort: 86637 Wertingen

Bauherr: Stadt Wertingen, www.wertingen.de

Planung: Eberle Architekten
www.eberle-architekten.de



INNOVATIONSZENTRUM UNTERHAUSEN

Die Außenwände sind in hochwärmedämmender Holzrahmenbauweise ausgeführt. Die dunkelgrauen Faserzementplatten betonen die Form des Veranstaltungs- und Ausstellungsgebäudes.

Standort: 86697 Unterhausen

Bauherr: Gemeinde Oberhausen a.d. Donau
www.oberhausen-donau.de

Planung: Stumpf Wolfinger Ried Architekten GbR
www.swr-architekten.de



ALPSEEHAUS

Die ungewöhnliche Form des Ausstellungsgebäudes im Naturpark Nagelfluhkette erinnert an ein Raumschiff, doch es besteht aus Holz und anderen ökologischen Baustoffen aus der Region.

Standort: 87509 Immenstadt-Bühl am Alpsee

Bauherr: Stadt Immenstadt, www.immenstadt.de

Planung: Architekturbüro Michael Felkner
www.architekt-felkner.de



KINDERKRIPPE PUSTEBLUME

Die 4-gruppige Kita ist in Holzrahmenbauweise ausgeführt und erreicht Passivhausstandard. Die elegant geschwungene Fassade ist mit Lärche und farbigem Hochdrucklaminat bekleidet.

Standort: 87616 Marktoberdorf

Bauherr: Stadt Marktoberdorf, www.marktoberdorf.de

Planung: m2s müllerschurr.architekten
www.muellerschurr-architekten.de



KINDERKRIPPE WICHTELSTÜBLE

Das eingeschossige Gebäude besitzt eine in hochwärmedämmender Holzrahmenbauweise errichtete Außenwand und erreicht Passivhausstandard. Durch den außermittigen First wirkt es verspielt.

Standort: 87654 Friesenried

Bauherr: Gemeinde Friesenried, www.friesenried.de

Planung: m2s müllerschurr.architekten
www.muellerschurr-architekten.de



KITA SONNENSCHN

Das organische Grundrissformen aufweisende Gebäude ist in Holzrahmenbauweise errichtet. Die präzise Vorfertigung der größtenteils gebogenen Wandelemente sorgte für eine kurze Bauzeit.

Standort: 87700 Memmingen

Bauherr: Stadt Memmingen, www.memmingen.de

Planung: Architekturbüro Helmut Schedel GmbH
www.ab-schedel.de



KINDERGARTEN WESTERHEIM

Das überwiegend in Holzrahmenbauweise errichtete Gebäude erreicht mit seinen hochwärmedämmten Außenwänden Passivhausstandard. Das Pultdach machte in den Gruppenräumen Galerien möglich.

Standort: 87784 Westerheim

Bauherr: Gemeinde Westerheim, www.gemeinde-westerheim.de

Planung: Architekt Franz Arnold
www.architektarnold.de



SANIERUNG PETER-SCHWEIZER-GRUNDSCHULE

Die Stahl-Glas-Fassade des 1970er-Jahre-Stahlbaus wurde durch eine neue Holzrahmenbau-Fassade ersetzt. Deren Elemente wurden gebäudehoch in einer Größe von 7,90 x 2,45 m vorgefertigt.

Standort: 89423 Gundelfingen a. d. Donau

Bauherr: Stadt Gundelfingen a.d. Donau
www.gundelfingen-donau.de

Planung: lattkearchitekten
www.lattkearchitekten.de



Michael Voigt / Hochtief Building

PAUL-MOOR-SCHULE

Das sonderpädagogische Förderzentrum musste wie alle städtischen Neubauten Nürnbergs Passivhausstandard erreichen. Die hochwärme-gedämmte Außenwand ist mit Lärchenholz bekleidet.

Standort: 90411 Nürnberg

Bauherr: Stadt Nürnberg, Hochbauamt, www.nuernberg.de

Planung: Bernhard Heid Architekten
www.heid-architekten.de



Wolfram Reuter

KITA SONNENHÜGEL

Das ehemalige Druckerei-Gebäude erhielt bei seinem Umbau eine Fassade aus grau lasiertem Lärchenholz, sein Zugang eine transparente Überdachung und einen grassalm-ähnlichen Stützenwald.

Standort: 90513 Zirndorf

Bauherr: Stadt Zirndorf, www.zirndorf.de

Planung: Dürschinger Architekten
www.duerschinger-architekten.de



Wolfram Reuter

KITA MITTENDRIN

Die Fassade besteht aus verschiedenen breiten Fichtenholzbrettern in unterschiedlichen natürlichen Farben. Vor sichtschutzbedürftigen Räumen wurden sie teilweise über die Fenster geführt.

Standort: 90513 Zirndorf

Bauherr: Stadt Zirndorf, www.zirndorf.de

Planung: Dürschinger Architekten
www.duerschinger-architekten.de



Gerhard Hagen / KJS+ Architekten

KINDERHAUS LUMMERLAND

Das Gebäude wurde weitgehend mit Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen gebaut und gewann beim „Bundeswettbewerb HolzbauPlus 2012“ den Preis in der Kategorie „Öffentliches Bauen“.

Standort: 91080 Uttenreuth

Bauherr: Gemeinde Uttenreuth, www.uttentreuth.de

Planung: KJS+ Architekten
www.kjs-architekten.de



Francisco Lopez

MUSIKSCHULE UND KITA LAUF

Das 1.500 m² große Gebäude wurde im Wesentlichen in Brettstapelbauweise ausgeführt, baubiologisch zertifiziert, erreicht Passivhausstandard und besitzt eine sehr gute Raumakustik.

Standort: 91207 Lauf a.d. Pegnitz

Bauherr: Stadt Lauf a.d. Pegnitz, www.lauf.de

Planung: Pöllot Architekten
www.poellot-partner.de



Krug Grossmann Architekten

SANIERUNG JOHANN-STEINGRUBER-REALSCHULE

Das 1970er-Jahre-Gebäude erhielt bei seiner Generalsanierung eine eingeschossige Aufstockung in Holzbauweise und Passivhausstandard. Dies ermöglichte den Ausbau des Innenhofs zur Halle.

Standort: 91522 Ansbach

Bauherr: Landratsamt Ansbach, www.landkreis-ansbach.de

Planung: Krug Grossmann Architekten GmbH
www.krug-grossmann.de



Oliver Heiml

LIMESEUM

Leitidee für das Museum des zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Römerparks Ruffenhofen: Keinen schweren Massivbau in die Landschaft rammen, sondern einen leichten Holzbau auflegen.

Standort: 91749 Wittelshofen

Bauherr: Zweckverband Römerkastell Ruffenhofen
www.vg-hesselberg.de

Planung: Karl + Probst Architekten
www.karl-und-probst.de



Erich Spahn

KITA IN DER DR.-KURZ-STRASSE

Das für 6 Gruppen konzipierte Gebäude ist in Holzrahmenbauweise ausgeführt. Seine Hülle ist mit einer Kombination aus bunten Faserzementplatten und vertikaler Lärchenschalung bekleidet.

Standort: 92318 Neumarkt i.d. Oberpfalz

Bauherr: Stadt Neumarkt i.d. Oberpfalz, www.neumarkt.de
Landkreis Neumarkt i.d. Oberpfalz, www.landkreis.neumarkt.de

Planung: Bürogemeinschaft Neumüller + Maurer
www.architektur.nm.by



Erich Spahn

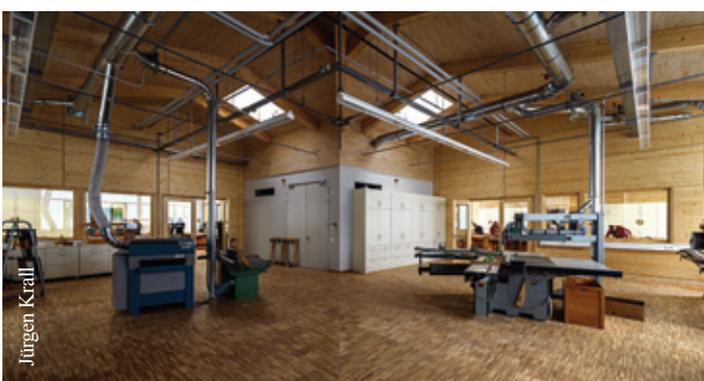
ERWEITERUNG MITTELSCHULE VOHENSTRAUSS

Das Bestandsgebäude wurde um einen zweigeschossigen Riegel erweitert. Beim Innenausbau entstand durch natürliche Materialien – vor allem Eichenholz – eine sehr wohnliche Atmosphäre.

Standort: 92648 Vohenstrauß

Bauherr: Stadt Vohenstrauß, www.vohenstrauss.de

Planung: ARCH 01 Architekturbüro Volker Schwab
www.schwabarchitektur.de
Hans Kleierl
www.architekt-kleierl.de



Jürgen Krall

SCHREINERHALLE BERUFSSCHULE FURTH IM WALD

Die große Holzhalle war in nur vier Wochen errichtet. Ausgesteift wird sie über einen in Stahlbeton bebauten Raum und eine Brandwand. Die Innenwände sind mit OSB-Platten bekleidet.

Standort: 93437 Furth im Wald

Bauherr: Landkreis Cham, www.landkreis-cham.de

Planung: planwerkstatt Architekten
www.planwerkstatt-architekten.com



Heidi Klein

SPORTHALLE BENEDIKT-STATTLER-GYMNASIUM

Bauen zur Stärkung der Ortsidentität: Sowohl für die Fassaden- und Innenraumgestaltung als auch für die Tragkonstruktion kam regionales Holz aus dem Bayerischen Wald zum Einsatz.

Standort: 93444 Bad Kötzing

Bauherr: Landratsamt Cham, www.landkreis-cham.de

Planung: Schnabel Architekten GmbH
www.schnabel-partner.de



Christian Böhm

SCHULE AM STADTPARK

Das sonderpädagogische Förderzentrum bekam eine luftige Gebäudehülle aus Lärchenholz. Sie umschließt die außenliegenden Balkone, die als Sonnenschutz und als Rettungsweg dienen

Standort: 94065 Waldkirchen

Bauherr: Landkreis Freyung-Grafenau
www.freyung-grafenau.de

Planung: ssp planung GmbH
www.ssp-architektur.de



Toni Ott

SANIERUNG MITTELSCHULE FÜRSTENZELL

Der Waschbetonbau aus den 1970er-Jahren wurde energieeffizient und weist durch die konsequente Verwendung von Holz im Innen- und Außenbereich eine deutlich positivere Atmosphäre auf.

Standort: 94081 Fürstzell

Bauherr: Marktgemeinde Fürstzell, www.fuerstzell.de

Planung: Arc Architekten Partnerschaft
www.arcarchitekten.de



Manfred Huber

ERWEITERUNG KINDERGARTEN BAYERBACH

Der Anbau erfolgte in Holzrahmenbauweise mit einer Brettsperrholzdecke. Die Fassaden sind mit einer unbehandelten Lärchenschalung bekleidet, die sich im Innenbereich fortsetzt.

Standort: 94137 Bayerbach

Bauherr: Markt Bad Birnbach, www.badbirnbach.de

Planung: Manfred Huber
www.architekt-mh.de



Stefan Schilling

ERWEITERUNG REALSCHULE ARNSTORF

10 Klassenzimmer und ein Musikraum wurden als eingeschossiger Holzrahmenbau auf dem Gerätetrakt der ehemaligen Sporthalle errichtet – durch Vorfertigung in einer Bauzeit von nur 5 Monaten.

Standort: 94424 Arnstorf

Bauherr: Markt Arnstorf, www.arnstorf.de

Planung: Asböck Architekten GmbH
www.asboeck-architekten.de



ERWEITERUNG KITA PUSTEBLUME

Die Außenwand ist eine hochwärmegedämmte Holzrahmenbaukonstruktion, an den Längsseiten mit vorvergrautem Fichtenholz und an den Giebelseiten mit Faserzementplatten bekleidet.

Standort: 94424 Arnstorf

Bauherr: Markt Arnstorf, www.arnstorf.de

Planung: Asböck Architekten GmbH
www.asboeck-architekten.de



FASSADE PARKHAUS AN DER BÜRG

Das neue Innenstadt-Parkhaus, 100 m lang und 18 m breit, erhielt eine vorgehängte Fassade aus 8 x 18 cm großen Lärchenholzlamellen, um ein einladendes Erscheinungsbild zu erzeugen

Standort: 94474 Vilshofen an der Donau

Bauherr: Stadt Vilshofen an der Donau, www.vilshofen.de

Planung: Architekturbüro H. Witzlinger
www.architekturbuero-witzlinger.de



ERSATZNEUBAU GRUNDSCHULE FÜRSTENSTEIN

Am Lehrstuhl für Schulpädagogik der Universität Passau wurde das Konzept „Gesunde Grundschule Fürstenstein“ entwickelt. Formen, Farben und Materialien sorgen für ein gutes Lernklima.

Standort: 94538 Fürstenstein

Bauherr: Gemeinde Fürstenstein, www.fuerstenstein.de

Planung: koeberl doeringer architekten
www.koeberl-doeringer.com



GEMEINSCHAFTSHAUS SELB-PLÖSSBERG

Das Jochen-Klepper-Haus, eine Jugendfreizeiteinrichtung in umgebauter Villa, wurde um ein Gemeinschaftshaus für den Ortsteil erweitert: ein Holzskelettbau mit Lärchenholzfassade.

Standort: 95100 Selb-Plössberg

Bauherr: Stadt Selb, www.selb.de

Planung: Beer Architektur Städtebau
www.beerarchitektur.de



ÄRZTEHAUS BERG.DOC

Von den sensibel rekonstruierten Bestandsgebäuden setzen sich die Ergänzungsbauten selbstbewusst ab. Sie sind in Holzrahmenbauweise errichtet und haben eine sägeraue Lärchenholzfassade.

Standort: 95180 Berg

Bauherr: Gemeinde Berg, www.berg-ofr.de

Planung: hüttnerarchitekten
www.huettnerarchitekten.de

Neuveröffentlichung:

Holzbau für kommunale Aufgaben

Bestellen Sie jetzt Ihr
kostenloses Exemplar unter
www.fg-holzbau.de



Für Kommunen bietet der moderne Ingenieurholzbau für fast alle Bauvorhaben zeitgemäße architektonische Lösungen. In der 72-seitigen Veröffentlichung „Holzbau für kommunale Aufgaben“ finden kommunale Baupolitiker hilfreiche Informationen zur Realisierung von Bauvorhaben in Holz. Sie greift grundsätzliche Themen wie Wirtschaftlichkeit, Brandschutz oder Gebäudeenergie auf. Aktuelle Fragestellungen zur Dauerhaftigkeit, Qualitätssicherung und Bauphysik von Holzkonstruktionen bilden einen besonderen Schwerpunkt.

Aus dem Inhalt:

Warum Holzbau bei kommunalen Projekten?

Dipl.-Ing. Arch. Harald Heußer, Frankfurt

Nachhaltiges und energieeffizientes Bauen

Prof. Dipl.-Ing. M. Sc. Econ. Manfred Hegger, Kassel / Darmstadt

Wirtschaftliches Bauen mit Holz

Prof. Dr.-Ing. Karsten Tichelmann, Darmstadt

Qualitätssicherung im Holzbau

Prof. Dipl.-Ing. Andreas Müller, Reutlingen

Dr.-Ing. Tobias Wiegand, Wuppertal

Planung für den Ernstfall: Brandschutz

Dr.-Ing. Michael Dehne, Dipl.-Ing. Dirk Kruse, Gifhorn

Zukunftsfaktor Gebäudeenergie (1): Entwicklung, Stand und Zukunft im Holzbau

Dipl.-Ing. Daniel Kehl, Leipzig

Zukunftsfaktor Gebäudeenergie (2): Wirtschaftliche Lösungen sind gefragt

Robert Borsch-Laaks, Aachen

Kostenfreier Service

bei Fragen rund um den Holzbau:

Fachberatung Holzbau

Telefon 030. 57 70 19 95

Montag bis Freitag 9 bis 16 Uhr

fachberatung@informationsdienst-holz.de